

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementpreis pro Nummer: 10 Pf.
 Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 25 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntags-
 Nummer mit Illustrirter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,50 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Bekannt-
 machung für 1897 unter Nr. 7437.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich, Ungarn 3 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montage.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonne
 zehnte oder deren Raum 40 Pf., für
 Vereins- und Versammlungs-Anzeigen,
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Inserate
 für die nächste Nummer müssen bis
 4 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,
 an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr
 vermittags geöffnet.

Korrespondent: Amt 1, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Donnerstag, den 16. Dezember 1897.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Die Oeffentlichkeit des Militär-Strafverfahrens.

Wir haben bei unseren Besprechungen des neuen Entwurfs einer Militär-Strafgerichts-Ordnung seine allgemeine Tendenz in großen Umrissen bereits wiederholt gewürdigt. Die Vorlage ist durchweht vom Geist der Strafrechtspflege zur Zeit des sinkenden Inquisitions-Prozesses, dessen Kennzeichen in der prozeduralen Rücksichtslosigkeit gegen den Verdächtigen liegt, gleichsam als sei er schon vor dem Urtheile zum Schuldigen gestempelt. Wir wollen uns jetzt noch einige Einzelheiten des Entwurfs etwas näher ansehen und zwar in erster Linie eine seiner wichtigsten Theile, nämlich die Oeffentlichkeit des Verfahrens. Ueberall werden wir dabei finden, daß das Charakteristikum des Entwurfs die Härte gegen den Angeklagten ist. Ueber die Oeffentlichkeit der Hauptverhandlung bestimmt der § 270 des Entwurfs:

„Die Oeffentlichkeit kann für die ganze Verhandlung oder für einen Theil derselben durch Beschluß des Gerichts ausgeschlossen werden, wenn sie eine Gefährdung der öffentlichen Ordnung, insbesondere der Staatssicherheit, oder eine Gefährdung militärischer Interessen oder eine Gefährdung der Staatlichkeit bedingt. Unter welchen Voraussetzungen und in welchen Formen der Ausschluß der Oeffentlichkeit aus Gründen der Disziplin zu erfolgen hat, bestimmt der Kaiser.“

Die wesentliche Abweichung von dem bürgerlichen Strafprozeß liegt hier zunächst darin, daß die Oeffentlichkeit auch ausgeschlossen werden kann, wenn sie eine Gefährdung militärischer Interessen bedingt. Die sonst so redseligen Motive sind an dieser Stelle merkwürdig schweigsam; sie begnügen sich mit der knappen Bemerkung, daß die Vorlesung mit Rücksicht auf die militärischen Verhältnisse geboten sei. Und doch wäre gerade hier Ausführlichkeit besonders am Platze gewesen, denn die wenigen Worte des Entwurfs sind so allgemein gehalten und von so außerordentlicher lauschulartiger Dehnbarkeit, daß damit der angeblich für Preußen neueingeführte Grundsatz der Oeffentlichkeit des militärischen Verfahrens je nach Ermessen des Gerichts für null und nichtig erklärt werden kann. Die Motive berufen sich sodann auf die bayerische Militär-Strafprozeß-Ordnung, allein sehr mit Unrecht. Während nach dem Entwurf schlechthin zum Ausschluß der Oeffentlichkeit jedwede militärischen Interessen ohne irgend welche Einschränkung genügen, ist es nach dem bayerischen Gesetz erforderlich, daß „besondere“ militärische Interessen diese Maßregel notwendig erscheinen lassen. Sodann aber dürfen in Bayern trotz des Ausschusses der Oeffentlichkeit der Beschädigte, ferner Militärrichter, der Kommandant und drei dem Angeklagten nahe stehende niemals ausgeschlossen werden. Diese wesentliche Kautel für die Oeffentlichkeit des Verfahrens fehlt im Entwurf und auch die Motive scheinen sie leider nicht zu kennen, da sie, ohne die Vorschrift mit einem Worte zu erwähnen, auf Bayern exemplifizieren, gleichsam als befände sich der Entwurf mit der bayerischen Militär-Strafprozeß-Ordnung in schönster Harmonie.

Auch hätte der Entwurf wohl daran gethan, seine Ausnahmefälle den außereuropäischen Ländern zuzuwenden, wie dies ja regelmäßig geschieht, wenn eine Vergrößerung der Krone angestrebt wird. Eine solche wird stets mit Rücksicht auf die fremden Nationen motiviert. Wir hätten auch hier gewünscht, daß eine Nachahmung der anderwärts geltenden Vorschriften nicht vermieden worden wäre. So sind z. B. in Frankreich die Sitzungen der Kriegsgerichte durchweg öffentlich. Die Oeffentlichkeit ist nur ausgeschlossen, wenn die Verhandlung die Sicherheit des Staates gefährdet oder der öffentlichen Ordnung beziehungsweise der Moral Abbruch thun kann. Die Rücksichtnahme auf die militärischen Interessen fehlt also völlig. Ebenso ist in Belgien die Oeffentlichkeit der Verhandlungen vor den Militärgerichten in demselben Umfange durchgeführt, wie vor allen anderen Gerichten, welche die Vergehungen gegen das bürgerliche Strafrecht aburtheilen. Auch unter den Mächten des Dreibundes findet sich eine, welche das Militär-Strafverfahren den modernen Rechtsgrundsätzen entsprechend organisiert hat und es vermeidet, das Volk in zwei Stände zu sondern, von denen der eine als geschlossene Kastei anderen Vorschriften unterworfen ist als der andere. Es ist dies Italien. Hier ist das Verfahren vor dem tribunale militare territoriale sogar in seinen vorbereitenden Amtshandlungen öffentlich, um so mehr natürlich in den Verhandlungen vor dem versammelten Gerichtshofe selbst. Jede Verletzung des Grundsatzes der Oeffentlichkeit macht das Verfahren null und nichtig. Ein Ausschluß der Oeffentlichkeit ist nur gestattet, wenn die gute Sitte und Ordnung gefährdet erscheint.

Der Entwurf der Militär-Strafprozeß-Ordnung für das Deutsche Reich geht einen anderen, mit den zu Gunsten des Angeklagten bei allen Kulturvölkern aufgestellten Garantien in schroffem Widerspruch stehenden Weg. Er läßt die Oeffentlichkeit zu, wenn es den Militärbehörden angemessen erscheint, nicht hinter verschlossenen Thüren zu verhandeln, und beseitigt mit einem Federstriche wieder, wenn man nicht wünscht, daß die breiten Schichten des Volkes etwas von dem Inhalt der Verhandlung erfahren. Denn der Entwurf — darüber wird sich niemand täuschen — vermeidet so sehr jede erschöpfende Begriffsbestimmung für die Grenzen der Oeffentlich-

keit, daß in Wahrheit die Militärbehörden hierüber allein zu entscheiden haben. Das Gesetz selbst giebt keine Gewährleistung für diese höchste Bürgschaft einer zuverlässigen Rechtsprechung. Um nun von dem kommenden Rechtszustand sich ein völlig zutreffendes Bild zu machen, muß man sich endlich vergegenwärtigen, daß der Gerichtshof in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle aus Männern bestehen wird, welche Gegner der Oeffentlichkeit sind. Man lese nur nach, was hierüber das Beibest des „Militär-Wochenblatts“ bei Publikation der sogenannten Reform des Militär-Strafverfahrens sagt. Da heißt es z. B.: „In der Armee ist man heute noch der Oeffentlichkeit der Hauptverhandlung durchweg abgeneigt,“ oder: „Die Gefahren einer nicht genügend beschränkten Oeffentlichkeit für die Armee liegen auf der Hand. Dem Eindringen fremder, zersetzender Einflüsse müsse vorgebeugt werden. Die bald hier bald da erfolgenden Versuche zur Untergrabung der Disziplin lassen sich nicht wegleugnen! Würde eine solche Oeffentlichkeit des Militär-Strafverfahrens diesen Gefahren nicht geradezu Vorschub leisten? Diese Blüthenlese wird genügen, um zu beweisen, daß das Verfahren nur dem Namen nach ein öffentliches ist. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß einem so gestalteten öffentlichen Verfahren gegenüber das geheime vorzuziehen ist. Hier weiß wenigstens jedermann, was Rechtens ist. Nichts aber ist gefährlicher, als wenn scheinbar auf dem Boden des gemeinen Rechtes in Wahrheit eine Unsumme Gesetzgebung bestehen bleibt. Dies aber wird das Ergebnis der praktischen Handhabung des Entwurfs sein. Hält man also den in dem Beibest zum „Militär-Wochenblatt“ vertretenen Standpunkt fest, daß „selbstverständlich jede Abschwächung der vorgeschlagenen Bestimmung ausgeschlossen ist“, so ist der Entwurf als eine Verschlechterung des geltenden, weil wenigstens ganz klar austretenden Rechtszustandes unannehmbar.

Vollends aber wird die letzte Spur einer geschlechtlich ein für alle Mal festgelegten Mündlichkeit beseitigt durch den zweiten Absatz des § 270: „Unter welchen Voraussetzungen und in welchen Formen der Ausschluß der Oeffentlichkeit aus Gründen der Disziplin zu erfolgen hat, bestimmt der Kaiser.“ Da der Kaiser in diesem Falle durch die Militärverwaltung oder das Kommando handelt, haben mithin diese über die Grenzen der Oeffentlichkeit nach freiem Ermessen zu bestimmen, ohne daß eine gesetzliche Schranke sie bindet. Eine analoge Bestimmung fehlt in Bayern. Man sieht auch hier wieder, daß in der Frage der Oeffentlichkeit des Verfahrens nicht Bayern dem Deutschen Reich den Weg gewiesen hat, vielmehr wird umgekehrt die Folge sein, daß Bayern den fest eingewurzelten preussischen Traditionen sich fügen muß.

Politische Uebersicht.

Berlin, 15. Dezember.

Aus dem Reichstage. Ein Tag der Abrechnung war es heute. Sechs Redner vom Bundesrathstische hatten sich, wie unsere Leser wissen, mit der Sonnabendrede unseres Genossen Bebel beschäftigt, und fast alle Redner aus dem Hause sind auf das gleiche Thema zurückgekommen. Beweis dafür, welche Bedeutung Regierung und Parteien den Ausführungen unseres Genossen beimessen. Heute nun nahm Bebel Gelegenheit, auf all' die Angriffe und Gegenreden zu antworten, denen er in den letzten Tagen ausgesetzt war. Bebel setzte sich zunächst mit dem Grafen Kanitz auseinander, welcher in der bekannten, von den Rednern der Rechten häufig beliebten hochmüthigen Weise über unsere Partei in einer ebenso langen als langweiligen Rede ausgefallen hatte. Bebel machte den Besitzer der gestikten Strohdächer darauf aufmerksam, daß das deutsche Erwerbsleben die 1 1/2 Millionen sozialdemokratischer Wähler nicht entbehren könne, während die Auswanderung sämtlicher Junger nirgend als Verlust, vielsach aber als Erlösung empfunden würde. Auch Herr v. Kardorff erhielt für seine geschmacklose Anzapfung unserer Parteiführer auf Grund der Fischer'schen Subelschrift eine Antwort, welche er sich schwerlich hinter den Spiegel stecken wird. Dann ging Bebel zur Kritik der Ausführungen des Herrn Paasche über, welche sich geradezu zu einer wissenschaftlichen Vernichtung dieses Herrn Professors gestaltete. Besonders schwer hatte der nationalliberale Schnellredner unserem Genossen allerdings die Kritik nicht gemacht, denn Nebenarten wie die: daß in Zeiten der Krisen die Kapitalisten auf die Renten verzichten, während die Arbeiter die alten Löhne fortbezogen, oder daß während der Krisen die Waarenproduktion steige und deshalb die Arbeiter von denselben nicht berührt werden, sind doch so haltlos, daß eben nur der Umstand, daß sie im Reichstag ausgesprochen wurden, eine Widerlegung rechtfertigt. Mit recht meinte deshalb Bebel, daß wenn Herr Paasche vor Arbeitern geredet hätte, diese ihn einfach ausgelacht haben würden. Ungemein treffend waren auch die Ausführungen über des Kanzlers Vereinsversprechungen und der Nachweis, daß sogar der sächsische Minister v. Meißner die Kanzlerzusage als positiv und ohne die jetzt hinein interpretirte Reserve genommen habe. Der Kanzler selbst habe übrigens am letzten Sonnabend eine ganz andere Definition zum besten gegeben wie am Montag.

Der Redner ging dann auf den Wandel in der Sozialreform ein, wobei er mit den Ministern Posadowsky und Dresfeld scharf ins Gericht ging. Besonders die Verweigerung der Wiederaufstellung der Arbeiter in dem Saar-

revier gab dem Redner Anlaß, zwischen der Begnadigung der Duellanten und den Bergarbeitern Vergleiche anzustellen.

So ging es von Punkt zu Punkt weiter, immer schärfer und schuldender wurde die Kritik. Vielleicht hat man auch am Bundesrathstische der Einsicht sich nicht verschlossen, daß trotz der sechs Redner von dort unser Redner Herr der Situation blieb. Wie wir übrigens erfahren, besteht die Absicht, die Verhandlungen mit den beiden Reden Bebel's in Broschürenform im Verlage der Vorwärts-Buchhandlung erscheinen zu lassen.

Nach Bebel sprachen noch der alldeutsche Dr. Haffe, der Pole Gzarinski, der Direktor des Bundes der Landwirthe Dr. Hahn und Ahlwardt. Der letztere kam erst um sechs Uhr zum Wort, doch entschädigte er durch die Art und Weise, wie er Kraut und Rüben durcheinandermengte und so Lachsalve auf Lachsalve provozierte, das Haus dafür, daß er es noch in so später Stunde mit einer Rede heimuchte. In ungemein scharfen Auseinandersetzungen zwischen Bebel und Stumm in Gestalt persönlicher Bemerkungen kam es am Schlusse der Sitzung aus Anlaß der Erwähnung des Hilfsredakteurs Finke an der Fischer'schen Broschüre, welchen Ehrenmann Herr von Stumm, da er ihn von seinen Rodschöpfen nicht abschütteln konnte, weiß zu brennen versuchte.

Bei der Beschlussfähigkeit des Hauses konnte auch heute die Verhandlung nicht geschlossen werden; dieselbe wird Morgen 12 Uhr fortgesetzt.

Wichtig ist „der Herr im Himmel“, aber mächtiger auf Erden König Stumm. Die protestantischen Geistlichen Preussens haben ebenfalls dem aufgepflanzten Geßler-Gute des Herrn v. Stumm ihre Neuerung bewiesen. Wo wäre von ihnen auch irgend welche Selbstständigkeitsregung zu erwarten! Die vierte ordentliche Generalsynode hat es am Montag ausdrücklich in einer Resolution für „geboten“ erklärt, daß sich die Geistlichen von einer mit der Würde und den Pflichten ihres Amtes nicht zu vereinbarenden agitatorischen Thätigkeit, wie sie der Erlass vom 16. Dezember 1895 im Auge hat, fernhalten. Dieser Erlass des Evangelischen Oberkirchenrathes von 1895 hatte jeden Versuch des Geistlichen, maßgebend und insbesondere außerhalb seines Amtsbereiches auf die dem kirchlichen Gebiete fremden öffentlichen Angelegenheiten einzuwirken, noch mehr, jede Parteinahme für die Forderungen des einen oder anderen Standes, der einen oder anderen Gesellschaftsklasse für schädlich und verwerflich erklärt. Die Kennerung stand in geradem Widerspruch zu der Kundgebung von 1890, worin — der damals herrschenden Stöcker-Walderssee-Strömung folgend — gerade umgekehrt die Hoffnung ausgesprochen war, daß eine unmittelbare Beteiligung der Geistlichen an sozialpolitischen Versammlungen, verbunden mit Rede und Gegenrede, Vorurtheile zerstreuen und eine friedliche Fortentwicklung begünstigen werde. Herr v. Puffamer, deweinst der Freund und Schützer Stöcker's, stellte sich natürlich, wie im Herrenhause so auch in der Synode, ganz und gar auf den Standpunkt Stumm's:

„Es handle sich hier lediglich darum, daß ein Theil der jungen Geistlichen in eine monströse Agitation geführt, in welcher es sich um das Banner der Emanzipation des vierten Standes handelt und das oberste zu unterst gelehrt wird. Wenn es in dem lieben Pommern soweit kommen konnte, daß ein Geistlicher sagte: Das ostelbische Junkerthum hat abgewirkt, es muß verschwinden, und die Geistlichen und Arbeiter sind berufen, das öffentliche Leben zu regenerieren, so sei das absolut unzulässig. Unsere ländliche Bevölkerung sei Unbeglückter und der Kirche anhängend, und wenn ihr von den Geistlichen solche Lehren gegeben werden, so müsse sie schließlich irre werden, namentlich an der Würde ihrer Kirche.“

Als im Sommer 1896 der Stumm'sche Schleifflein schrieb, es sei hohe Zeit, unsere Kirchen wieder zu reinigen von den „Schacherern und Duhlern um politische Macht, von den Massen- und Klassenverheerern im Priesterrode“, da protestirte noch die „Kreuzzeitung“, und die „Deutsche Tageszeitung“ sprach von ungläublich albernen Taktlosigkeiten. In Wäldern werden wir soweit sein, daß das sozialpolitische Glaubensbekenntnis des Herrn von Stumm von den preussischen evangelischen Kanzeln herab alle Sonntage verlesen und erläutert werden wird.

Die bayerische Regierung und die Militär-Strafprozeß-Ordnung. Die „Nationalliberale Korrespondenz“ theilt mit:

„Gegen den dem Reichstag vorgelegten Entwurf einer Militär-Strafprozeß-Ordnung wird, wie wir hören, die bayerische Regierung vor dem Reichstag ihren abweichenden Standpunkt geltend machen. Im Bundesrath hat außer Bayern noch ein Bundesstaat gegen die Vorlage gestimmt.“

Hier liegt also einer der seltenen Fälle vor, wo eine Bundesregierung mit den Beschlüssen des Bundesraths so unzufrieden ist, daß sie offen ihrer abweichenden Meinung Ausdruck geben will. Seitdem der württembergische Minister v. Wittmann gegen die beabsichtigte Weinsteuer im Reichstag sprach, was seinerzeit großes Aufsehen machte, ist ein solcher Fall nicht vorgekommen.

Also nicht einmal die Regierungen sind einmüthig für die jetzt geplante „Reform“ des Militär-Strafverfahrens. Wie sollen da die Vertreter des Volkes sich solchen Entwürfen bieten lassen!

Deutsches Reich.

— „Schwerhörig.“ Die Mittheilungen des Grafen Zichy über Ausrüstungen des Kaisers bezüglich China, Ungarn und des

Verbot des Nathan der Weise" sind offiziell demontiert worden. Man konnte nun neugierig sein, was Graf Richy zu dem Demontieren würde. Aus Budapest wird nun berichtet, der Widerspruch zwischen den Mittheilungen des Grafen und dem Demontieren sei wohl so zu erklären, daß der Graf sehr schwerhörig sei.

Sonderbar, höchst sonderbar! —

— Pastor Bodeleschwing hat diese Tage mit seiner berühmten Bielefelder Anstalt vor Gericht zu erscheinen. Allerdings nicht als Angeklagter. Ihm war, wie die Bielefelder aus unseren Prozessberichten wissen, nur die peinliche Pflicht aufzulegen worden, als Belastungszeuge gegen einen Mann anzutreten, der ihn und seine Anstaltsbrüder in einer Prosa schure schwer beleidigt hatte. Wir wollen den Angeklagten Bielefelder nicht verzeihen. Aber die Strafe von zwei Jahren Gefängnis, die die Bielefelder Richter über den freilich schiffbrüchigen Mann verhängen, dünkt uns denn doch über die Mähe doch angesichts des Umstandes, daß der Unglückliche selber aus eigener Anschauung und die Richter durch die Macht aravirender Zeugenaussagen ein Stück „praktischen Christenthums“ lernen lernten, gegen das im Namen der Menschlichkeit energisch protestiert werden muß. Eine nette Sorte Samariterdienst kam ans Licht durch die Aussagen des christlichen Hausvaters Richter, daß er „einen Kranken, der furchtbar priemte und dies nicht lassen wollte“, mit einer dicken Saite geschlagen habe, aber nicht auf den Kopf, sondern nur auf die Schulter. Ein merkwürdiges Bild ist es, wenn ein Zeuge bekundet, der Hausvater Engelmann habe einen Kranken fortwährend mit dem Kopf auf die Erde gestossen, der Hausvater aber behauptet, daß es der Kranke selber war, der die schmerzhaften Prozeduren an sich verordnete, eine Prozedur, von der er, der Hausvater, ihn fortwährend abgehalten habe. Bezeichnend ist es ferner, daß ein Anstaltsarzt die Thatfache, daß die Grenze des Erlaubten im Prügelausschlagen überschritten wird, mit der Bildungsschule der Wärter zu entschuldigen sucht, obgleich ein vollgerichtetes Maß der Peinlichkeit gerade den Hausvätern, also den höheren Chargen im Bereiche der christlichen Barmherzigkeit zufällt.

Man weiß, wie eine bestimmte Art „praktischen Christenthums“ im Ofzrichter- und im Alexianer-Prozess abgehandelt hat. Kein Mensch wird behaupten können, daß das praktische Christenthum nunmehr aus dem Bielefelder Prozeß mit einem besonderen Heiligenschein hervorgegangen ist. —

— Eine Enquete von Reichs wegen über die Beschäftigung schulpflichtiger Kinder soll, wie Herr v. Posadowsky mittheilte, eingeleitet werden. Infolge von dankenswerthen Anregungen aus den Kreisen der Volksschullehrer sollen Erhebungen veranstaltet werden, welche sich auf das Alter der beschäftigten Kinder, die Art der Beschäftigung, die Dauer und Lage der Arbeitszeit, die Beschaffenheit der Arbeitsräume, sowie auf die rechtliche Natur des Arbeitsverhältnisses und die bei Beschränkung der Kinderarbeit in betracht zu ziehende Höhe der Löhne erstrecken.

Dabei ist wohl zu beachten, daß der Bundesrath bis jetzt noch nicht einmal von der Befugniß Gebrauch gemacht, welche ihm § 154 Absatz 3 und 4 der Gewerbe-Ordnung einräumt: er hat die für Fabriken geltenden Schutzbestimmungen nicht auf die Werkstätten ausgedehnt.

Aber auch die jetzt beabsichtigte Enquete ist von vornherein unzulänglich. Es soll nur die gewerbliche Kinderarbeit, soweit sie außerhalb der Fabriken geübt wird, in die Erhebung einbezogen werden, — die landwirtschaftliche Thätigkeit und der Gesindedienst bleiben gänzlich unberücksichtigt. Wie notwendig auch hier das Eingreifen der Gesetzgebung wäre, ist ja längst bekannt; zur Zeit der Rabenlampagne erdient jedesmal der Reichsdrösel aus den betreffenden Distrikten. Aber es muß eben auch hier auf die Agrarier Rücksicht genommen werden; die Beeinträchtigung des Schulbesuchs, die Hinderung der körperlichen Entwicklung, die stilklichen Gefahren, die beim Nabenvergehen bekanntermaßen große sind, fallen da nicht schwer genug in die Waagschale.

Die Fragen, welche jetzt der Reichskanzler stellt, lauten wie folgt:

1. Wie hoch ist die Gesamtzahl der außerhalb der Fabriken gewerblich thätigen Kinder unter 14 Jahren für den Staat und die größeren Verwaltungsbezirke? Dabei sind als gewerblich thätig alle Kinder zu zählen, die eine auf Erwerb gerichtete Thätigkeit ausüben, sofern es sich nicht um eine Beschäftigung in der Landwirtschaft, dem Garten, Obst- und Weinbau oder im Gesehndienst handelt, auch wenn sie Bezahlung für ihre Dienste nicht erhalten und in keinem Vertragsverhältnis zu einem Gewerbetreibenden stehen, sondern nur ihren Angehörigen bei der Arbeit helfen. 2. In welchen Gewerbezweigen und mit welcher Art gewerblicher Arbeit sind die Kinder thätig? Dabei ist das Augenmerk insbesondere auf die einzelnen zur Herstellung des Gesamtproduktes dienenden Stufenstellungen zu richten, bei denen die Kinder vorzugsweise Verwendung finden. 3. Wie hoch ist annähernd die Zahl: a) der in den einzelnen Gewerbezweigen, b) der innerhalb der einzelnen Gewerbezweige mit den nach Ziffer 2 ermittelten Arten gewerblicher Arbeit beschäftigten Kinder für den Staat und die größeren Verwaltungsbezirke?

Wie zum 1. April l. J. sollen die Antworten eintreffen. Selbstverständlich wird dann die Reichskommission für Arbeiterentlastung sich damit zu befassen haben und es wird dann an der Zeit sein, auf eine gründliche und rasche Untersuchung und auf ein kräftiges Zugreifen hinzuwirken.

— Die nicht-hochschulmäßigen deutschen Industriellen haben sich bekanntlich unter der Führung der Chemischen Industrie zu einer „Zentralstelle für Vorbereitung von Handelsverträgen“ vereinigt — einer Art Gegenorganisation sowohl gegen den Zentralverband deutscher Industrieller, wie gegen den Posadowsky'schen Ausschuss. In ihren sorben veröffentlichten Satzungen werden die Ausführinteressen Deutschlands in den Vordergrund gestellt; die Zentralstelle soll hier informatorisches Material sammeln und verbreiten, sie erstrebt aber ferner auch eine Einwirkung auf Handelsverträge, auf die Regelung des Rechtschutzes im Ausland, auf „eine der Entwicklung des deutschen Außenhandels günstige Ausgestaltung der Zolltarife und des Verkehrsweßens“. Die Zentralstelle ist zwar in letzter Stunde zum Posadowsky'schen Wirtschaftsausschuss herangezogen worden. Insofern hört man aus dem programmatischen Rundschreiben das geringe Vertrauen zu der offiziellen Kommission heraus: „Wir wollen unser Vaterland bewahren helfen vor den unübersehbaren Folgen, welche eine Herbeiführung des Reges unseres über den Erdball verbreiteten Abfahrschreibungen oder jede Einseitigkeit der Interessenwahrnehmung bei der Entscheidung über unsere wirtschaftliche Zukunft haben könnte. Wir erstreben grundsätzlich die Verwirklichung des Systems der Handelsverträge.“ Unter den Ausschussmitgliedern befindet sich auch der Abg. Hoffmann, was wohl am besten den Unterschied gegen den Stumm-Bündel'schen Zentralverband hervorhebt. Freilichlerlich ist, wie die Dinge in Deutschland liegen, die Zentralstelle selbstverständlich auch nicht.

— Personalien. Der „Reichs-Anzeiger“ theilt jetzt mit: Der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, Freiherr v. Kottenhan, ist von seiner bisherigen Stellung behufs anderweiter dienstlicher Verwendung entbunden und der bisherige Direktor der Kolonial-Abtheilung des Auswärtigen Amtes Dr. Freiherr v. Nicht-hofen zum Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt ernannt. Freiherr v. Nicht-hofen bleibt mit der Leitung der Kolonial-Abtheilung bis auf weiteres betraut. —

— Die Gesetzentwürfe betreffend die Sicherung der Bauforderungen werden im „Reichs-Anzeiger“ mit einer Begründung zugleich mit einer Zusammenstellung der bisherigen Vorschläge zur Sache und einschlagender amerikanischer Gesetze veröffentlicht. Nach dem ersten Entwurf von 25 Paragraphen wird die Regierung ermächtigt, durch Verordnung für einzelne Gemeinden oder Theile von Gemeinden, in welchen die Errichtung von Neubauten in größerem Umfang zu erwarten ist, auf unbestimmte oder nur mit

Gebäuden untergeordneter Art besetzten Grundstücken die Bauverordnungen nur unter der Bedingung zu ertheilen, daß auf dem Grundbuchblatt der Baustelle ein Bauvermerk eingetragen wird. Alsdann können binnen sechs Monaten nach Ertheilung der Baueinwilligung die Baugeldbesitzer ihre Bauforderungen beim Grundbuchamt anmelden und wird für dieselben von Amts wegen eine als Baupfandbrief zu bezeichnende Sicherungshypothek in Höhe der Forderungen eingetragen. Solche Bauforderungen haben unter sich gleichen Rang; anderen Rechten gegenüber bestimmt sich der Rang nach der Eintragung des Bauvermerks. Bei der Zwangsversteigerung geht jedoch die Baupfandbrief vor eingetragenen Rechten in Ansehung des den eingetragenen Baustellenvermerk übersteigenden Theiles des Meistgebots vor.

Während dieser erste Gesetzentwurf als Reichsgesetz gedacht ist, ist der zweite Gesetzentwurf als Landesgesetz gedacht. Derselbe ordnet in denjenigen Gemeinden, in welchen eine Sicherung der Bauforderungen statthaft ist, die Errichtung von Bau- und Schöffengerichten zur Feststellung des Baustellenwertes an. Die Mitglieder des Amtes werden nach einem Dispositiv von den Gemeinden im Ehrenamt gewählt. Das Baustellenamt hat für die neuen Bauverträge einen dem durchschnittlichen Werthe entsprechenden Einheitsfuß für den Quadratmeter der Baustelle festzusetzen. Das Amt ertheilt danach die im Reichsgesetz erwähnte Bescheinigung über die Höhe des Baustellenwertes.

Wir werden auf diese Entwürfe noch des näheren zurückkommen.

— Herr Kontradmiraal Wätschel hat heute im Reichstag bemerkt, der „Vorwärts“ habe im Abdruck der Verfügung des Marine-Ministers, welche die neue „vaterländische“ Zeitung „Werk- und Hefenbote“ empfahl, den Passus weggelassen, der verbietet, die Arbeiter zu beeinflussen, die Zeitung zu halten.

Wir haben die Abschrift der Verfügung wortgetreu veröffentlicht, wie sie uns zugegangen ist. Wenn jener Passus in der Verfügung auch enthalten war, so ändert das an dem ganzen Sachverhalt nicht das geringste. Im Gegentheil, dieser Passus klingt fast wie Ironie. Was eine so warme Empfehlung von Seiten des Marine-Ministers und eine so eifrige Propaganda für das neue Blättchen unter den Meistern und Werkführern bedeutet, ist jedem klar. —

— Berliner Kaufmannschaft und Flottengesetz. Das Reichstagskollegium der Berliner Kaufmannschaft hat sich, wie wir neulich mittheilten, mit der Frage zu beschäftigen gehabt, ob es sich am liebsten an einer Kundgebung zu Gunsten der Flottenvorlage betheiligen solle. Die Antwort ist jetzt erfolgt. Das Reichstagskollegium hat einstimmig beschlossen, von einer Stellungnahme zu der Flottenfrage als einer rein politischen Angelegenheit, die nicht zu seiner Zuständigkeit gehöre, abzusehen, also einer Einladung zur Theilnahme an der geplanten Kundgebung keine Folge zu geben. —

— Politische Landraths-Propaganda. Herr Stubenrauch, Landrath im Kreise Teltow veröffentlicht folgende Bekanntmachung:

Im Monat Dezember werden im Kreise Teltow eine Anzahl von Vorträgen unter Leitung des Herrn Oberamtmann Ring über landwirtschaftliche Fragen stattfinden. Die Vorträge beginnen stets nachmittags um 2 Uhr und finden statt... (folgt die Angabe der einzelnen Besammlungen, in denen u. a. das Thema: „Der Kleingrundbesitz und die Getreidepreise“ erörtert werden soll.) Da eine möglichst zahlreiche Theilnahme erwünscht ist, erlaube ich die Herrn Gemeindevorsteher, sämtliche Landwirthe ihrer Gemeinde hiervon zu benachrichtigen und die im Kreisblatt enthaltene Einladung von Haus zu Haus zu diesem Zwecke zirkuliren zu lassen. Der Landrath, Stubenrauch.

So arbeitet schon jetzt der amtliche Apparat für die Wahlen im agrarischen Interesse. —

— Der Jar auf Reisen. Man schreibt der „Frl. Jg.“: Während gewöhnlich bei Hofen die größtmögliche Fahrgeschwindigkeit selbsteht wird, war bei der letzten Fahrt des Jarenpaares von Darmstadt nach Koburg der Befehl gegeben worden, daß der betreffende Polzug in möglichst langsam zu fahren habe. Es wurden auch thausächlich zur Zurücklegung der verhältnismäßig kurzen Strecke Darmstadt-Weilburg-Koburg zwölf Stunden gebraucht. Auf der ganzen Strecke war die Bahn außergerwöhnlich stark bewacht, und auch sonst waren alle möglichen Vorkehrungen getroffen. Im Zuge befanden sich 20 mit Revolvern bewaffnete Leibkafoten, die fortwährend die Gänge der Waggons abpatrouillirten; ein russischer Oberingenieur untersuchte die Maschinen und Koppelungen der Wagen und für jeden Wagen war ein eigener russischer Wagenwärter neben dem deutschen Personal in Thätigkeit.

Der Herrscher aller Reußen muß sich recht ungemüthlich in seiner Jarenhaut fühlen, wenn er solche ängstlichen Vorkehrungsregeln für erforderlich hält. —

Von der Saar, 12. Dezember. (Allg. Volkstg.) Die nächstjährigen Reichstags- und Landtags-Wahlen verurtheilen im Kreise Saarbrücken wie auch im Wahlkreise Otterweil-St. Wendel-Weisenheim, nach den bekannten stammlichen Vorgängen und ihren Folgen, schon heute eine rege Thätigkeit hinter den Kulissen, namentlich auch mit Bezug auf die Kandidatenfrage. Von der Lösung der letzteren hängt denn auch in beiden Kreisen für die in betracht kommenden Parteien außerordentlich vieles für den Ausgang ab. Besondere Ueberraschungen in dieser Frage, nach stammlichen Sinne, dürfen nicht zu erwarten sein und gilt es nach der heutigen Stimmung im letztgenannten Kreise für ausgeschlossen, daß Herr v. Stumm, selbst wenn er auch auf das Drängen eines kleinen Häufleins Getreuer hin, seinen Entschluß, nicht zu kandidiren, aufgeben sollte, hier geändert würde. Daß man im Kreise Weisenheim, der hier stets den Ausschlag gegeben, von Herrn v. Stumm nichts mehr wissen will, haben wir schon früher an dieser Stelle angedeutet. Den Saarbrücker Kreis anlangend, dürfte die „St. Joh. Jg.“ recht haben, die gestern im Anschluß an einen Artikel der „Frankf. Jg.“ schrieb, daß dort mit einer Kandidatur, die auch nur im leisen Verdacht Stumm'scher Beeinflussung oder Unterstützung steht, kein Geschäft zu machen ist; dafür ist der Patriotenkrieg gegen evangelische Pastoren und Handwerkervereine noch in zu lebhafter Erinnerung. Für den Kreis Saarbrücken haben schon verschiedene Versuche zur Kandidatengewinnung in nationalliberalem beziehungsweise freikonservativem Sinne stattgefunden, bis jetzt jedoch für diese Parteirichtung ohne Resultat. Für den Ausgang der Wahl dürfen hier ernstlich in Frage kommen die Zentrumspartei und die Abschwenkung bisheriger Nationalliberalen mit sozialem Programm, denen sich wahrscheinlich die Freisinnigen anschließen werden. Außer diesen Parteien werden noch die um Stumm, d. h. die freikonservativ-Nationalliberalen und die Sozialdemokraten auf den Plan treten.

Welsch, 15. Dezember. (Voss. Jg.) Der Streit zwischen den beiden hiesigen Bürgermeistern ist beigelegt. Oberbürgermeister Reichel hat die Amtsgeschäfte in vollem Umfang wieder aufgenommen. Dieser Streit hatte, wie wir meldeten, zu nicht weniger als sieben Duellforderungen geführt.

Was geschieht aber mit dem rauschigen Stadtobersten?

Dresden, 15. Dezember. (Voss. Jg.) Der Landtag nahm heute die erste Lesung des Gesetzentwurfs über Einführung einer Vermögenssteuer und Verschärfung der Erbschafts- und Schenkungssteuer vor. Gleichseitig stand die erste Lesung des Gesetzentwurfs über Gehaltsverhöhung der Volksschullehrer und Uebernahme der Mittelanstalten für dieselben von den Gemeinden auf den Staat auf der Tagesordnung. Die Konservativen erklärten sich mit einer Erhöhung der Gehaltsgebälter einverstanden, wollen aber die Grenze der Vermögenssteuer über 10 000 Mark hinausschieben. Für die Erbschaftssteuer wünschen sie eine Abschwächung der Progression nach unten und eine Erhöhung derselben nach oben.

Eine Minderheit in der Partei ist für eine Kapitalrentensteuer und verwirft die Vermögenssteuer. Der Nationalliberal Georgi bemerkt, daß seine Partei für die Einkommensteuer in der vorgeschlagenen Form sei, einige seiner Parteifreunde aber eine stärkere Progression wünschen. Die Vermögenssteuer müsse modifizirt werden.

Namens der Fortschrittler erklärte Streit, daß eine Progression bei der Vermögenssteuer und eine größere Schonung der kleineren Vermögen unbedingt erforderlich sei, ebenso müßten die kleineren Erbschaften geschont werden, wenn seine Partei den Entschluß zustimmen solle. Nach vierstündiger Sitzung erhält für unsere Partei Fräßdorf das Wort. Die Mehrheit sei sich über diese Steuervorlagen uneinig, weil man einmal die bestehenden Klassen treffen wolle, während bei den indirekten Steuern die Besitzlosen getroffen würden. Für erhöhte Progression bei der Einkommensteuer sei die Sozialdemokratie immer gewesen. Die Vermögenssteuer ist im Prinzip gut, aber in der Ausführung unvollkommen, und die Mehrheit werde sie noch unvollkommener machen. Auffällig sei, daß die Aktiengesellschaften von der Vermögenssteuer befreit bleiben sollen. Auch das Kirchenvermögen und der Besitz reicher Gemeinden könne herangezogen werden. Das Vermögen des königlichen Hauses werde auch leider von der Vermögenssteuer ausgenommen. Luxuriöse Hausrichtungen repräsentirten auch ein Vermögen, das nach der Vorlage der Steuer entzogen sein. Die Steuerentlastungen seien bei den Besitzenden nichts Ungewöhnliches, deshalb müsse der Staat möglichst scharfe Maßnahmen treffen, damit er zu seinen Steuern komme. Die Regierung solle sich durch den Theaterdramen der Besitzenden nicht abschrecken lassen, sondern fest zugreifen, denn hier sei noch etwas zu holen. Die Ueberschüsse aus der Vermögenssteuer könnten zur besseren Bezahlung der Eisenbahn-Arbeiter und zur Beseitigung des Schulgeldes verwendet werden. Wenn die Deputation die Vorlagen nicht allzu sehr verschlechtert, werde seine Partei zustimmen. Hierauf wird die Sitzung vertagt.

München, 14. Dezember. (Voss. Jg.) In der Abgeordneten-Kammer sprachen heute die Baurndländer Dr. Sigl und Dr. Raginger zur Bobensins-Vorlage und erklärten sich sowohl gegen den Reglementsentwurf, als auch gegen die Anträge des Ausschusses. Beide Redner stimmten darin überein, daß die Bobensins heute keinerlei Berechtigung mehr haben und deshalb so rasch als möglich beseitigt werden müssen. Der vorliegende Reglementsentwurf würde aber nur eine Verlängerung der Bobensinsfrist bedeuten und ein weiteres Vorwärtsschreiten nur erschweren. Dr. Raginger protestirte auch noch in sehr unterschiedener Weise gegen die Art der Behandlung, wie sie vom Ministerialrat aus gegenüber dem Abg. Wieland beliebt wurde. Minister v. Hiedel unternahm einen schwachen Versuch der Erwiderung, die er mit der Bitte um Genehmigung der Vorlage schloß. Der „freisinnige“ Abg. Sartorius gab für seine engeren politischen Freunde die Erklärung ab, daß sie zwar die von unserem Genossen Ehrhard vorgebrachten Bedenken gegen die Vorlage theilen, nichtsdestoweniger aber dafür stimmen werden.

Die Kammer der Reichsräthe hat sich gestern noch zu einer weiteren besprechenden That aufgerafft. Sie lehnte nämlich den von der Kammer der Abgeordneten angenommenen Antrag des Zentrum auf Erhöhung der Steuern für den Hausirhandel mit Druckschriften von 24 auf 50 M. ab und nahm lediglich die im Reglementsentwurf vorgesehene erhöhte Besteuerung für Betriebs- und Normalanlagen mit 30 M. an. Die hauptsächlich aus Ultramontanen bestehende Mehrheit im Hause der Reichsräthe ist also sogar den hohen Herren schon zu reaktionär. Gewiß kein Kompliment für solche „Volkvertreter“ wie Bichler und Konsorten.

Am Baden, 14. Dezember. (Voss. Jg.) Die Zentrums-Presse Baden bricht nun endlich ihr langes Schweigen zu der Ueberfahrenen Flottenrede. Der „Beobachter“, das Organ des Zentrumsführers Wader rüth zum „Abwarten“, und meint, das Uebergeheiß werde schließlich einen Widerspruch zwischen Fraktion und Presse bringen. Einen Entwurf zur Einführung des direkten Landtags-Wahlrechts soll, wie die immer sehr gut unterrichtete „Straßburger Post“ zu melden weiß, die badische Regierung einzubringen geneigt sein. —

— Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Gegen den „Kaddebadaisch“ soll außer der Anschuldigung der Majestätsbeleidigung wegen des Bildes, das Alexander, Kronprinz Friedrich II. als Soldaten und Christen betrifft, noch eine zweite Untersuchung wegen gleichen Vergehens in derselben Nummer eingeleitet worden sein. —

— Koloniales. Aus Kapstadt wird den „Times“ gemeldet, daß die erste Sektion der deutschen (etatwidrigen!) Bahnlinie nach Windhoek in Damaraaland eröffnet worden ist. —

Ceherreicht.

Prag, 14. Dezember. Heute sind drei weitere Personen wegen Betheiligung an den letzten Ausschreitungen zu Strafen von sieben Tagen Arrest bis sieben Monaten schweren Verlusts verurtheilt worden. — Wegen Beschimpfung eines Militärpostens beim neuen deutschen Theater wurde heute ein junges Mädchen, und wegen Einmischung in eine Amtshandlung der Vater desselben verhaftet.

Ungarn.

Budapest, 15. Dezember. Abgeordnetenhause. Auf eine Anfrage Franz Kossuth's über die 50jährige Jubelfeier der 1848er Ereignisse, wobei der Interpellant für den Fall, daß die Regierung an einer Feier des 11. April festhalten, aber den 15. März nicht feiern wolle, einen besonderen Antrag anknüpfte, erwidert der Ministerpräsident Baron Baffy, daß die Einbringung eines Antrages nicht notwendig sei, da es das ernste Bestreben der Regierung sei, die fünfzigste Jahreswende des 11. April 1848, als des Tages der Sanktionirung der 1848er Gesetze, feierlich zu begehen. Er (Redner) habe zur Zeit keine Veranlassung, an dieser Sache schon früher abgegebenen Erklärung etwas zu ändern. —

Ugram, 14. Dezember. Im kroatischen Landtage wiederholten sich heute die gesrigen Tumulte.

Frankreich.

Paris, 14. Dezember. Deputirtenkammer. Im Laufe der Beratung des Budgets des Arbeitsministeriums interpellirte der radikale Vertaug in betreff der Ueberbärdung der Eisenbahn-Angestellten. Der Arbeitsminister Turrel äußerte die Maßnahmen aus, welche getroffen seien, um eine Ueberbärdung zu verhindern, und erklärte, die Realements würden befolgt. Die Kammer billigte mit 322 gegen 141 Stimmen die Erklärungen Turrel's.

Sieben Mitglieder der von der Deputirtenkammer gewählten Panama-Kommission legten heute ihr Amt nieder, weil die Kommission es abgelehnt hatte, sich darüber tadelnd auszusprechen, daß von gewissen der Kommission vorgelegten Dokumenten der Presse Mittheilung gemacht worden ist. —

Paris, 15. Dezember. Der Minister der Kolonien Lebon erklärte auf Befragen, die dem Ministerium zugegangenen Nachrichten über die französische Expedition unter Major Ward aus befrägen in keiner Weise die von Brüssel aus verbreiteten Gerüchte von der Niedermehelung eines Theiles dieser Expedition. —

Italien.

Rom, 15. Dezember. Wie die „Agnola Stefani“ meldet, ist das Parlament zum 20. d. M. einberufen. —

Dänemark.

— Neue Siege der Sozialdemokraten in den Gemeinden: Bei der Armen-Kassenwahl in Jassid-Nöler wurden 4, bei der Gemeinderathswahl in Wöding ebenfalls 4, bei der Armen-Kassenwahl in Zeige-Dele 2 sozialdemokratische Kandidaten gewählt. In der Gegend um Aarhus besitzen die Sozialdemokraten nun bereits 53 Mitglieder in den Gemeinderäthen.

Wie die Allgemeine Omnibus-Gesellschaft mit ihren Schaffnern umspringt. Der frühere Omnibus-Schaffner Emil Riebe hatte gegen die Rentnerwitwe Bertha Klabl eine Privatklage wegen verleumderischer Beleidigung angestrengt, welche gestern vor der 148. Abteilung des Schöffengerichts zur Verhandlung gelangte. Durch die Verweisanahme wurde folgender Sachverhalt festgestellt: Am 8. Oktober fuhr Riebe mit einem Wagen der Allgemeinen Berliner Omnibus-Gesellschaft die Strecke Anhalter Bahn - Greifswalder Straße. In der Anhalterstraße bemerkte er, daß eine Frau laut schreiend hinter dem Wagen herlief. Trotzdem Riebe, der sich gerade auf dem Verdeck des Wagens befand und Fahrtscheine austeilte, sofort halten ließ, erging die Frau sich in lauter Weise darüber, daß der Schaffner eine halbe Stunde lang auf dem Verdeck Vorträge halte, es sei das fleißigste Benehmen eines dummen Menschen, sie brauche ihren Mann nur ein Wort zu sagen, dann fliege er heraus. (Dabei ist die Dame Witwe.) Der Schaffner ermahnte sie zur Ruhe, als die Dame aber nicht aufhörte zu skandalisieren, forderte er sie auf, ihm ihren Namen zu nennen. Als ihm dies verweigert wurde, rief er am Alexanderplatz einen Schuhmann heran, der die Dame zur Wache führte, als sie auch ihm gegenüber die Namensnennung verweigerte. Hierüber empört, ging die Dame am folgenden Tage nach dem Bureau der Gesellschaft, schilderte dem Bureauvorsteher Wehniger gegenüber das Verhalten des Schaffners und die ihr widerfahrte Unbill in den schmerzhaftesten Farben. Der Bureauvorsteher entließ darauf den Schaffner, ohne ihn vorher gehört zu haben, da dessen Benehmen als „froh und unverantwortlich“ zu bezeichnen sei. Dem Schaffner Riebe gelang es erst zum 15. November, wieder Stellung zu erhalten. Er suchte Genußsuchung auf dem Wege der Privatklage gegen die Witwe Klabl. In der Verhandlung behaupteten die übrigen Fahrgäste, welche dem Austritt beigewohnt hatten, übereinstimmend, daß der Privatkläger sich eines durchaus zurückhaltenden und artigen Benehmens befleißigt habe, bis die Beklagte ihn durch ihr fortgesetztes Lärmen zu energischen Schritten veranlaßt habe. Der Vorsitzende konnte nicht umhin, den Bureauvorsteher Wehniger auf seine eigentümliche Handlungsweise hinzuweisen, worauf dieser erwiderte, daß es sich ja nur um einen Schaffner gehandelt habe, und wozu sollte die Gesellschaft kommen, wenn sich jeder Schaffner gleich großartig beleidigt fühlen würde. Der Vertreter des Klägers, Rechtsanwalt Dr. Lubjanski, gebelte in schärfster Weise diese Äußerungen sowohl wie das willkürliche Verhalten der Gesellschaft, die auf die einseitige Bestätigung der verletzten und zunächst interessierten Dame hin einen ihrer Angestellten aus Brot und Lohn sehe. Wegen die Beklagte beantragte der Verteidiger eine empfindliche Geldstrafe. Der Gerichtshof verurteilte die Beklagte zu 25 M., wobei der Vorsitzende das Betragen derselben als höchst dreist und unangemessen bezeichnete, während der Kläger sich durchaus korrekt benommen habe. — Ob die Verleumdungsklagen auf diesem Stande skandalöser Arbeiterbehandlung endlich die Lehre ziehen werden, daß es eine persönliche Ehrenpflicht ist, sich gegen eine so rücksichtslos handelnde Gesellschaft zu organisieren?

Eine empfindliche Strafe ist der Kaufmannsrau Stöhr zuzutreiben worden, weil sie eine ihrem Sohne widereifene Mißhandlung mit gleicher Münze heimzahlte. Der Hergang, welcher der 8. Strafkammer am Landgericht II als Berufungssakanz unterlag, ist folgender: Die Pastorin, jetzige städtische Lehrerin Apis stand im vergangenen Sommer einer Ferienkolonie in Nieder-Schönhausen vor. Eines Tages weilte sie mit den Kindern der Ferienkolonie auf der Strauchwiese, wo sie die Kinder damit unterhielt, daß sie dieselben vorgelegene Lieder nachsagen ließ. In der Nähe hatten sich eine Anzahl Kinder des Ortes angesunden, welche Frau Apis dadurch ärgerten, daß auch sie sich an dem Vergnügen der Lieder beteiligten, und zwar in ungezogener Weise. Frau Apis, durch diese Unart gereizt, griff aus dem Hause den Sohn der Frau Stöhr heraus und schlug ihn. Auf das Geschrei des Knaben kam dessen Mutter herbei, gab in ihrer Erregung der Frau Apis eine Ohrfeige und belegte dieselbe mit Verwünschungen, die nicht salonfähig sind. Die Staatsanwaltschaft hielt ein öffentliches Interesse für vorliegend und erhob wegen dieses Vorganges die Beleidigungsklage gegen Frau Stöhr, welche vom Schöffengericht wegen ihrer Schlags- und Jungensfertigkeit mit einer Geldstrafe von 300 M. belegt wurde. In der Berufungssakanz plädierte der Verteidiger auf ein erheblich niedrigeres Strafmaß, indem er darauf hinwies, daß das Schöffengericht in analogen Fällen, wenn von privater Seite geklagt werde, auf Geldstrafen von höchstens 30 M. zu erkennen pflege, und daß es doch nicht gerechtfertigt sei, ein so ungewöhnlich hohes Strafmaß festzusetzen, weil die Beleidigte eine Lehrerin sei, die unberechtigter Weise den Sohn der Beleidigterin geschlagen habe. Der Gerichtshof verwarf die Berufung.

Schamlos. Wegen wissenschaftlich falscher Anschuldigung wurde am Dienstag der Schlächtergeselle Willibald Jakobs zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt. Er sprach an einem Oktoberabend ein junges Mädchen in der Ackerstraße an und blieb, trotzdem sie sich die Befreiung verbat, an ihrer Seite. Er hatte sogar die Frechheit, an der Ecke der Brunnenstraße von einem Schuhmann die Sifirung des jungen Mädchens zu verlangen, daß ihn belästigt habe. Der Beamte nahm beide mit zur Wache, dort schränkte Jakobs seine Anschuldigung dahin ein, daß das Mädchen Vorübergehende belästigt habe. Zum Glück mochte die Sifirte in demselben Revier; da ihre Angaben in betreff ihrer Personalien leicht auf ihre Wahrheit hin zu prüfen waren, wurde sie nach einer Viertelstunde entlassen. Jakobs hatte sich nun wegen wissenschaftlich falscher Anschuldigung und Freiheitsberaubung zu verantworten. Er legte ein reines Geständnis ab und gab an, daß er sich wegen der ihm gewordenen Abweisung rächen wollte. Es habe ihm schon leid getan, als er auf der Wache war und er würde die Bestätigung nicht wiederholt haben, wenn der Wachtmeister ihn nicht gewissermaßen dazu gedrängt hätte. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten eine Gefängnisstrafe von sechs Monaten. Die Fälle, daß schamlose Frauen auf der Strafe derartigen Anbilden und Belästigungen ausgesetzt würden, hätten sich in letzter Zeit in auffallender Weise vermehrt, es müsse entschieden mit strengen Strafen dagegen eingeschritten werden. Der Verteidiger wies darauf hin, daß der vorliegende Fall doch ungleich milder liege, als der kürzlich zur Verhandlung gelangte; der Angeklagte habe sich auch wenige Tage nach dem Vorkommis in der Zeitung begeben und um Vergebung gebeten. Der Gerichtshof trat noch zweimal in die Verhandlung ein, um den Tatbestand nach allen Richtungen hin zu ergänzen und erkannte dann: Der Richter habe das weibliche Publikum, welches sich auf der Strafe anständig bewege, zu schätzen — auf vier Monate Gefängnis.

Der Junge Dallmann. Als ein „Kassischer“ Junge offenbarte sich der Schuhmacher Dallmann, welcher gestern in einem Strafverfahren gegen den Schuhmacher Emil Schaaß vor der 138. Abteilung des Amtsgerichts I eine wenig beneidenswerte Rolle spielte. Schaaß sollte den Zeugen Dallmann am 4. November d. J. Mittag durch die Worte „Pump, Streibbrecher“ u. s. w. beleidigt und ihn am Abend desselben Tages gemißhandelt haben. Der Tatbestand war folgender: Der Angeklagte sowohl wie Dallmann arbeiteten in der Schuhwaarenfabrik der Gebrüder Simon, in welcher im Oktober d. J. ein Streik ausbrach, welchen sich beide angeschlossen. Nach etwa zwei Tagen überlegte sich jedoch Dallmann die Sache, wurde ein Streibbrecher und nahm die Arbeit in jener Fabrik wieder auf. Infolge dessen zog der Angeklagte, welcher bei Dallmann in Schlafstelle gewohnt hatte, von ihm weg. Nach einiger Zeit wurde der Streik bei Simon beigelegt und auch der Angeklagte nahm die Arbeit am 4. November d. J. wieder auf. Dallmann, welcher ebenfalls anwesend war, durchsuchte aus Rerger darüber, daß der Angeklagte von ihm fortgezogen war, dessen Sachen — um zu sehen, ob Schaaß nicht auch etwas mitgenommen habe. — Der Angeklagte stellte ihn deswegen zur Rede und es kam zu einem Wortwechsel, in welchem der Angeklagte den

Zeugen Dallmann durch die Worte „Pump, Streibbrecher“ u. s. w. beleidigt haben soll; schließlich soll, nach Dallmann's Befundung, der Angeklagte ihn auch noch mit einem Messer gedroht haben. Der Angeklagte, welcher nicht nur schlecht hört, sondern auch körperlich wenig entwickelt ist und im Gegenfah zu Dallmann einen schwächlichen Eindruck macht, will dagegen zuerst von Dallmann beleidigt worden sein; auch habe nicht er, sondern vielmehr Dallmann ihn mit einem Messer gedroht; das könnten alle Kollegen bezeugen. Der Gerichtshof lehnte jedoch eine weitere Verweisanahme für diesen Punkt ab. Als sich nach Schluß der Arbeitssunden der Angeklagte nach Hause begab, soll er — wie Dallmann zunächst behauptete — diesen mit einem Schlüssel einen Stoß verfehlt haben, sodas der Junge eine Verletzung am Handgelenk erhielt. Die Verletzung giebt der Angeklagte zu, er will aber in Nothwehr gehandelt haben. Durch die Verweisanahme wurde denn auch erwiesen, daß Dallmann nach Schluß der Arbeitssunden in dem Thorweg wartete; als der Angeklagte vorbeiging, stürzte der Junge Dallmann ihm nach, sagte ihm — wie gefogt wurde — „am Widel“, zog ihm das Fodel über den Kopf und „winkte ihm ein paar“ auf den Kopf. Der Angeklagte wollte sich losmachen und nahm hierzu allerdings irgend einen Gegenstand aus der Tasche, da er von Dallmann recht unfaßt hin und her gestochen worden war. Um einer Anklage gegen sich zuvorzukommen, lief Dallmann dann sofort zur Polizei. Er blieb zunächst im Termine dabei, daß der Angeklagte ihn angegriffen habe; nach Vernehmung eines anderen Zeugen erklärte er jedoch plötzlich, er wisse, daß man ihn meineidlich machen wolle; man möge ihm einen Eid nicht abnehmen, er verweigere die Aussage darüber, ob er zuerst geschlagen, dagegen könne er beschwören, daß er in der Mittagsstunde zuerst geschimpft worden sei u. s. w. Der Staatsanwalt hielt den Angeklagten trotzdem für glaubwürdig und beantragte wegen der Beleidigung 30 M. Geldstrafe, dagegen wegen Körperverletzung mangels Aufklärung die Freisprechung. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Löwenstein, charakterisierte den Zeugen Dallmann in trefflicher Weise, wies auf dessen Vorstrafen wegen Sachbeschädigung und Widerstandes hin und beantragte die Freisprechung wegen Körperverletzung und wegen der Beleidigung mindestens Kompensation, außerdem beantragte er, dem „Kassischen“ Zeugen Dallmann, der in feivoller Weise oder mindestens grob fahrlässig die Anzeige erstattet habe, die Kosten des Verfahrens und der Verteidigung aufzuerlegen. Der Gerichtshof lehnte zwar diesen Antrag ab, erkannte aber im übrigen nach den Anträgen des Verteidigers.

Der Prozeß wegen des Verkaufes ungeschlachten Fleisches aus der Falk'schen Kochanstalt auf dem Schlachthofe, welcher kürzlich nach mehrstündiger Verhandlung der Verurteilung verfiel, scheint eine weit größere Ausdehnung anzunehmen als bisher. Die Akten sind der Staatsanwaltschaft zurückgegeben, und die Sache ist in das Stadium des Vorverfahrens zurückversetzt worden. Es handelt sich zur Zeit um Ermittlungen in weit mehr Fällen, als die Anklage zuerst annahm. Die erneute Verhandlung dürfte, wie die „Allgemeine Fleischer-Zeitung“ mittheilt, kaum vor Februar oder März des nächsten Jahres stattfinden und mancherlei Ueberraschungen zu Tage fördern.

Milchhandel und Wandergewerbebeschein. Der Milchhändler Küpper in Altona vertritt täglich Milch mittels Wagen nach Altona, wo bestimmte Stunden die Waare von seinem Kutscher entnehmen. Gelegentlich erschienen am Wagen auch andere Leute und kauften Milch. Zur besonderen Vesteuerung gemäß dem Besetze über die Besteuerung des Handels im Umherziehen vom 3. Juli 1876 hatte Küpper diesen Handel nicht angemeldet, war also auch nicht im Besitze des Wandergewerbebescheins, der zugleich als Quittung für die in betracht kommende Steuer gilt. Er wurde beschuldigt, sich hierdurch gegen das genannte Gesetz vergangen zu haben, da der Verkauf von Milch an Nichtkunden in Altona mit seinem Einverständnis erfolgt sei. Die entscheidende Bestimmung im Gesetz lautet: „Wer außerhalb seines Wohnortes ohne Begründung einer gewerblichen Niederlassung und ohne vorherige Bestellung Waaren irgend einer Art mit Ausschluß der selbstgewonnenen Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft feilbieten will, unterliegt der Steuer vom Gewerbebetriebe im Umherziehen.“ Der Angeklagte berief sich auf § 59 der Gewerbeordnung, wonach ein Wander-Gewerbebeschein nicht bedürfe, wer selbstgewonnene oder rohe Erzeugnisse der Landwirtschaft feilbietet. Das Schöffengericht sprach ihn auch frei, jedoch verurteilte ihn das Landgericht als Berufungssakanz zu einer Geldstrafe von 36 M. Die Strafkammer führte aus, die Milch sei allerdings ein Hoberzeugniß der Landwirtschaft und könne darum vom Angeklagten auch außerhalb seines Wohnortes und des Sitzes seines stehenden Gewerbebetriebes feilgeboden werden, ohne daß er hierzu des Wander-Gewerbebescheins bedürfe. Inzwischen wurde durch den § 59 der Gewerbeordnung nicht die oben citirte Bestimmung des Gesetzes vom 3. Juli 1876 angetastet. Die Steuerpflicht vom Gewerbebetriebe im Umherziehen bleibe bestehen und deshalb hätte K. den Gewerbebeschein doch lösen müssen. Auf die Revision des Verurtheilten hob das Kammergericht die Vorentscheidung auf und wies die Sache unter folgender Begründung in die Berufungssakanz zurück: Soweit das Gesetz vom 3. Juli 1876 zur Besteuerung des Gewerbebetriebs im Umherziehen verfährt, sei es durch § 59 der Gewerbeordnung nicht aufgehoben worden. In der dritten Bestimmung, die Steuerpflicht betreffend, heißt es aber wörtlich: „wer... feilbieten will“, der Wille zum Feilbieten werde also vorausgesetzt. Der in einzelnen Fällen thatächlich erfolgte Verkauf an Fremde spreche für diesen Willen noch nicht. Auch sehe der Begriff des Feilbietens gewisse positive Voraussetzungen voraus. Ob solche, zum Beispiel ein direktes Anbieten, vorliegen, sei nachzuprüfen.

Versammlungen.

Eine öffentliche Studentenversammlung tagte am Dienstag Abend in Keller's Hofkafé, in der Abgeordneter August Vogel über das Thema „Akademiker und Sozialismus“ sprach. Die Versammlung war von 2500—3000 Personen — meist Studenten und sonstiges akademisches Publikum — besucht und schon lange vor Beginn vollzählig gefüllt. Den Vorsitz führte Curt Baake. Genosse Vogel führte aus, es könne vielleicht seltsam erscheinen, daß er als Politiker zu den Studenten komme. Er hoffe auch keineswegs, diese, soweit sie unserer Partei fernstehen, plötzlich zu überzeugten Sozialdemokraten machen zu können. Es genüge ihm, wenn die Studenten angeregt würden, sich ernstlich mit dem Sozialismus, der wichtigsten Kulturfrage des Vorkommens, zu beschäftigen. Der Redner bezeichnet es als sehr wünschenswerth, daß der Student wenigstens ein Semester in einer größeren Universitätsstadt zubringe, um dort Arbeiter-Versammlungen besuchen und die soziale Lage der Arbeiterklasse kennen lernen zu können. Es sei durchaus falsch, den Studenten von aller Politik fernhalten zu wollen. Politische Tendenzen treten schon auf der Schule und besonders in den akademischen Vorlesungen an den Studenten heran; aber gerade von der Beschäftigung mit den Ideen des Sozialismus wüßte man ihn zurückhalten; aus Politik. Solcher einseitigen Ausbildung müsse man entgegen zu treten suchen. Das wir heute so viele unverständliche gerichtliche Urtheile erleben, hänge damit zusammen, daß die Richter in den sozialen Vorkommnissen ihrer Klasse befangen und oft nicht in der Lage seien, die soziale Lage der Angeklagten und deren politische Denkwiese zu verstehen. Auch die heutigen Studenten würden später Beamte, Richter, Staatsanwälte, höhere Lehrer u. mit mehr oder weniger großen Einfluß auf das öffentliche Leben. Da sei es denn eine bedeutungsvolle Aufgabe, die Studenten zur vorurtheilsfreien Betrachtung des Lebens und der sozialen Strömungen unserer Zeit zu veranlassen, damit sie die so gewonnene Kenntniß im späteren Leben verwenden können.

Von diesem Gesichtspunkte aus giebt der Redner eine ausführliche Geschichte der sozialistischen Bewegung. Die Bewegung ging nicht im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Entwicklung und hatte in dieser ihren Ursprung. Man denkt eben nicht, was man

will, sondern was man muß. Auf die akademischen Verhältnisse wirkte der Niedergang des Mittelstandes dadurch ein, daß jetzt viele Kleinbürgerliche Familien das Beste zusammenraffen, um den Sohn studieren zu lassen und ihn dadurch der Sphäre des niedrigeren Mittelstandes zu entziehen. Dadurch aber werde das heutige Ueberangebot an gelehrter Arbeit und das Studentenproletariat geschaffen. Den Auseinandersetzungen über die Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse folgte eine Darlegung der Ziele der sozialdemokratischen Partei und ihres Programms. Der Sozialismus will, das alle Kulturmittel der Gesamtheit zu gute kommen sollen. Jeder soll Rechte und Pflichten haben, aber keiner Rechte ohne Pflichten (Befehl). Um diese Ziele zu erreichen bedürfe, man keiner Revolution oder Gewalt. In diese denke die Partei nicht; sie sei nicht möglich, aber auch nicht nötig. Die Herren Stamm und Krapp seien die besten Revolutionäre. Man baue heute sehr viele Kirchen, aber man baue noch mehr Fabriken, und hier eben würden die Sozialdemokraten geschaffen. Die Sozialdemokraten haben das Ideal, der Menschheit zu nützen. Schaffen Sie sich auch Ideale, um ihnen im späteren Leben nachzustreben. Mit einer Auspielung auf das baldige Weihnachtifest schließt der Redner, indem er die Studenten ermahnt, dafür zu sorgen, daß das Wort „Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen“ zur That und zur Wahrheit werde. Wünschender, wiederholter Beifall lohnte den pacifistischen Vortrag.

In der Diskussion sprach zuerst Herr v. Egidy. Er glaubte, daß wohl alle Anwesenden den Zielen des Redners mit Herz und Sinn zustimmten. Diese Zustimmung solle man sich als eine Religion bewahren. Er warnt aber davor, sich konfessionell an die Glaubenslehren der Sozialdemokratie zu binden. Es sei doch sehr fraglich, ob die Zentralisirung der ganzen Volkswirtschaft notwendig sei. Auch freie Genossenschaften könnten zum Ziele führen. Die Hauptfrage sei: Der Entwurfsung die Bahn frei! — Pastor Faber wendet sich gegen eine Neuerung Bedel's „Noth lehrt denken“, während die Christen sagen: „Noth lehrt denken“. Das stünde nicht miteinander im Widerspruch. Er sei auch ein Mann des praktischen Lebens und habe soeben ein Patent auf eine neue Sebmashine bekommen. Aber er wisse doch das Christenthum zu schätzen und wisse, daß nur ein veredelteres Christenthum das freie Denken verhindern wolle. — Einjosif Dahlke hält eine Umgestaltung des Volkstheaters und eine Theilnahme der Massen an den Kulturkämpfen für nötig. Um dies zu erreichen, müsse das Volk aber erst fähig werden, aus andern als persönlichen Gründen große Ideen zu vertreten. Wir brauchen bessere Menschen, bevor es besser werden könne, und diese können nur durch Erziehung gewonnen werden. Das sei der Fehler der Sozialdemokratie, daß sie die Resultate vorweg nehmen wolle, bevor die geeigneten Menschen da seien. — Dr. Friedberg macht darauf aufmerksam, daß ja keine Partei so viel für die Erziehung thue, wie schon jetzt die Sozialdemokratie. Die zahllosen öffentlichen Versammlungen, die ganze Gewerkschaftsbewegung wirken auf die Erziehung der Menschen hin. Der Redner geht näher auf das physische Elend des heutigen Proletariats ein und fordert die Studenten auf, ihre Augen für das Sehen von Noth und Elend zu äben und im späteren Leben für die Ideen der Menschlichkeit einzutreten. — Nachdem noch Dr. Veuller ebenfalls gebeten hat, aus dieser Versammlung eine ernste Anregung mit nach Hause zu nehmen, ergreift Bedel zu einer kurzen Schlußrede das Wort. Herr v. Egidy müsse sich doch nun bald von dem Freithum seiner Bestrebungen überzeugen. Er kämpfe für seine Ideen seit einer längeren Reihe von Jahren unter großen persönlichen Opfern, habe aber so gut wie nichts erreicht. Egidy warne vor der Zentralisirung; das Individuum an sich sei aber nicht und nur in der Vereinigung mit andern eine Macht. Was die Aeußerungen des Pastors Faber betreffe, so sei das offizielle Christenthum eben anderer Meinung über das freie Denken, als Herr Faber. In allen großen Kulturkämpfen der letzten Jahrhunderte hat das Christenthum auf der Seite der Volksgegner gestanden und war der Repräsentant alles Rückschritts. Der Redner geht noch auf die irrthümliche Geschichtsauffassung des stud. Dahlke ein und legt dar, daß die Sozialdemokratie in ihrem Programm auch jetzt schon der Schule die höchste Aufgabe zuweise und verlange, daß die gesammten Erziehungskosten von der Volksschule bis zur Universität vom Staate getragen werden sollen. Man solle nur dafür sorgen, daß diese hohen Ideale bald in die Wirklichkeit umgekehrt werden können.

Literarisches.

Die Weihnacht-Nummern des „Wahren Jakobs“ und des „Süddeutschen Postillon“ liegen vor. Beide haben sich bewährt, lediglich in Beziehung auf den Widerspruch etwas Besonderes zu bieten. Der „Wahre Jakob“ bringt u. a. Gedichte von Arno Holz und zahlreiche zum theil sehr ansprechende Illustrationen. Der „Süddeutsche Postillon“ enthält neben anderem eine an kräftigen Tönen reiche Schilderung des Magdeburger „Bilderslums“ und zwei große Wandtafeln, von denen das eine „Nichts Traum in den zwölf Nächten“ darstellend, den meisten Beifall finden wird.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Riel, 15. Dezember. (W. D.) Der Kaiser ist mit dem Prinzen Adalbert heute Nachmittag 3 Uhr 10 Minuten hier eingetroffen. Er fuhr in einer Salonpasse der „Hohenzollern“ an Bord des Kreuzers „Gestirn“, welcher die Kaiserherrschaft hülte. Die Schiffe haben den Salut. Etwa 10 Minuten verblieb der Kaiser auf dem „Gestirn“. Er hielt eine Ansprache an die Mannschaften, in der er die Bedeutung der bevorstehenden Reise hervorhob und die Ermahnung an sie richtete, sich tapfer zu halten und stets ihres Fahnenweises eingedenk zu sein. Morgen Vormittag 9 Uhr erfolgt die Abfahrt des Geschwaders durch den Kaiser Wilhelm-Kanal. Ugram, 15. Dezember. In der heutigen Sitzung des Landtages Abg. Potoczki für 70 Sitzungen beschlossen. Weiterer Lärm entstand, als bei der Verlesung der Eingänge die Verlesung der von dem ungarischen Reichstage zugesandten Schlußrechnungen verlangt wurde und der Präsident erklärte, daß dieselben in ungarischer Sprache abgelesen seien. Die ganze Opposition erhob sich mit den Worten: „Zurück damit! Das ist eine Beleidigung des kroatischen Volkes; wir protestiren gegen diese Infamie!“ Die Sitzung wurde sodann unter großer Erregung geschlossen. Paris, 15. Dezember. (W. D.) „Patrie“ kündigt an, daß das Krieggericht sich mit der Untersuchung Okechajy's befaßt werden. Der Untersuchungsrichter ist bereits ernannt. Aufsehen erregende Verhaftungen stehen bevor. Antwerpen, 15. Dezember. (W. D.) Der Dampfer „Prinz Albert“, der mit einer Erziehung aus Viborg unterwegs, wird ein mit Getreide beladener Dreimastler kollidiren 70 Meter vom Kanal entfernt, miteinander. Der „Prinz Albert“ sank innerhalb eines Zeitraumes von drei Minuten. Der größte Theil der Mannschaft konnte sich retten, ein Ingenieur, ein Feizer und ein Matrose sind umgekommen. Haag, 15. Dezember. (W. D.) Die zweite Kammer nahm mit 46 gegen 41 Stimmen ein Amendement zum Marinbudget an, durch welches die für den Bau eines neuen Kriegsschiffes geforderte Summe abgelehnt wird. Der Marineminister beantragte hierauf, die weitere Berathung anzufügen. Kopenhagen, 15. Dezember. (W. D.) Das Landwirtschaftsministerium erließ aus Anlaß von Fällen der Wank- und Klauenfische in Schweden ein Einfuhrverbot für Klauenfisch aus Schweden. Frankfurt, 15. Dezember. (W. D.) Ein Abgeandter der Regierung der Vereinigten Staaten von Nordamerika ist hier eingetroffen mit dem Antrage, tausend Kenntnisse anzufordern und hundert Männer anzuwerben für eine Entdeckungsexpedition nach Nordpolf. New-York, 15. Dezember. (W. D.) Eine hier aus Baltimore eingetroffene Depesche meldet, daß das hiesige Kabinett demissionirt hat.

Reichstag.

11. Sitzung vom Mittwoch, den 15. Dezember 1897.

Am Tische des Bundesraths: Graf Posadowsky, von Goltz.

Präsident v. Buel eröfnet die Sitzung um 1 1/4 Uhr. Ein schleuniger Antrag des Abg. Richter wegen Einstellung eines Strafverfahrens gegen den Abg. Dr. Wachnide beim Landgericht in Stargard wird debattelos angenommen.

Darauf wird die erste Lesung des Stats fortgesetzt.

Abg. Graf Kanitz (L.) wendet sich gegen die Ausführungen des Abgeordneten Richter über die Börsefrage. Ich bestritte, daß das Börsengesetz und Landwirtschaftlichen Schaden bereitet hat. Der Abg. Richter hat darauf hingewiesen, daß ein Posten Getreide nach Frankreich ausgeführt worden ist; das ist früher auch geschehen, um die Preise auf dem Berliner Markt zu treiben. Die Aufhebung des Terminhandels ist ein erkenntlicher Schritt zur Befriedigung unserer Börsehandels. — Stände der Preis im Ausland höher als im Inlande, dann würde kein Getreide eingeführt werden. Es ist aber Getreide eingeführt worden und zwar in steigenden Mengen. Diese Thatsache beweist, daß unser Preis nicht so schlecht steht gegenüber dem Auslande, wie Abg. Richter es behauptet. Das ist doch eine günstige Folge dieser Befehdung. Der Versuch, die Termingeschäfte in das Ausland zu verlegen, was immer in Aussicht gestellt worden ist, ist als mißglückt anzusehen. Durch die Aussprüche der Abgg. Richter und Richter, es müßte der Getreideterminhandels wieder eingeführt werden, werden Hoffnungen genährt, die ganz unerfüllbar sind. Die bisherige Haltung des preussischen Handelsministers ist mir eine durchaus sympathische. Ich halte es nicht für nöthig, wie andere in unseren Kreisen, daß man verlangt, daß auch noch gegen andere Veranlassungen der Börse vorgegangen wird. Redner wendet sich weiter zu der Frage der Entvölkerung des platten Landes. Die Polonisirung hängt damit eng zusammen. Wir müssen versuchen, den deutschen Arbeiter in den östlichen Provinzen fest zu machen; dann würde die Polonisirung aufhören.

Da ich Mitglied des Volkswirtschaftlichen Ausschusses bin, muß ich mir in der Besprechung der Handelsverträge Referire auflegen. Ich muß aber den Abg. Richter daran erinnern, daß der russische Handelsvertrag nur mit einer ganz geringen Majorität durchgebracht ist, und zwar mit Hilfe der Sozialdemokraten. Die Hebung des Wohlstandes ist ausgeblieben. Das jetzige planlose System der Handelsverträge muß aufhören; an die Stelle müssen autonome Tarife treten, auf deren Grundlage für jedes Zugeständnis auch ein solches von dem anderen Staate gemacht wird. Grundsätzlich aber muß die Vorbereitung der künftigen Verträge sein als die der jetzt laufenden. Abg. Richter stellt sich den Abschluß eines Handelsvertrages mit Amerika viel zu leicht vor. Sogar Amerika gegenüber müssen wir sehr vorsichtig sein und nicht allzu viel Werth auf die Negativklausel des Dingley-Tarifs legen. In Amerika spricht man es offen aus, die Negativklausel ist der reine Schwindel, man hofft aber, daß Deutschland doch auf den Quabub hineinfallt. Wenn bei der Revision der Handelsverträge nicht vorsichtig verfahren wird, wird der Zerfallungsprozess in der Landwirtschaft noch gefördert werden.

Noch ein paar Worte zur Flottenvorlage. Sie wird ja schließlich zu Stande kommen, wenn sie auch der Eins mit schwerer, der Andere mit leichteren Herzen annehmen wird. Wir brauchen die Flotte zum Schutze der Verproviantirung. Man darf sich aber nicht zu sehr auf die ausländische Zufuhr verlassen, der deutschen Landwirtschaft wird doch im Kriegsfall die Aufgabe der Ernährung des Vaterlandes zufallen. Die deutsche Landwirtschaft ist deshalb noch wichtiger für die Wehrkraft des Vaterlandes als die Flotte. Möchte diese Gelegenheit sich noch mehr in der Regierung Bahn brechen. (Beifall rechts.)

Abg. Bebel (Soz.): Graf Kanitz hat sich in seiner Rede vornehmlich mit der freistimmigen Partei beschäftigt. Nur einmal erwähnte er uns Sozialdemokraten, als er sagte, der russische Handelsvertrag sei mit ganz geringer Majorität und nur mit Hilfe der Sozialdemokraten zu Stande gekommen. Aus dem Tone, in dem er das sagte, und aus dem Beifall seiner Parteigenossen war zu schließen, daß er unsere Stimmen so zu sagen als minderwerthig einschätzte. Unsere Stimmen sind aber genau so viel werth, wie die Stimmen der Konservativen, ja in gewissen Sinne noch mehr werth, denn hinter unseren Stimmen stehen 1 767 000 Wähler, hinter den Konservativen kaum 1 Million. Unsere Stimmen kommen vorwiegend aus Arbeiterkreisen, die der Staat nicht entbehren kann, während dem Staat nicht nur kein Schaden, sondern sogar ein Gewinn einfließt, wenn ihm die 15 oder 20 000 Junkerfamilien verloren gingen. (Bravo links, Unruhe rechts.)

Auf Grund meiner Rede bin ich von sechs Ministern und von zwei Nebenern aus dem Hause attackirt worden. Selbstverständlich werde ich heute auf die Haupteinwürfe antworten und zwar zuerst auf die der Abgeordneten von Kardorff und Paasche. Herr v. Kardorff hat sich auf die Broschüre eines gewissen Rechtsanwälters Fischer bezogen und gemeint, wenn nur der zehnte Theil der bestaunlichen Angst davor gegen uns wahr wäre, dann lände es um die Moral der Führer der Partei sehr schlecht. Wer im Glashause sitzt, sollte sich hüten mit Steinen zu werfen, Herr v. Kardorff, er sollte sich vor allem hüten, sich bei seinen Angaben auf eine Persönlichkeitsfrage zu stützen, ohne sich vorher zu vergewissern, mit welcher Sorte von Menschen er es eigentlich zu thun hat. Dieser Fischer ist nun ein Mensch, der wegen gemeiner Vergehen schwer bestraft ist. Er ist wegen Körperverletzung und Angriffe auf einen Beamten in Ausübung seines Amtes zu zwei Monaten Gefängnis und dann wegen Meißelheberei zu einem Jahr Gefängnis verurtheilt worden. (Hört! hört!) Später ist er noch wegen Betrugs bestraft worden. Was für ein Bürsche er ist, zeigt auch der Erpressungsversuch, den er an seinem Schwager verübt hat. Er schreibt in einem Briefe, den dieser uns zur Verfügung gestellt hat, folgende: „Weißt Du Lump noch, daß Du mir armen Menschen vor dem Palaste des Kaisers senden wolltest, um dort eine Dynamitbombe zu werfen? Mir armen Menschen wolltest Du zum Werkzeuge Deiner anarchistischen Pläne brauchen. In Brandenburg a. d. H. hast Du Lump Deine Wohnung zu geheimen sozialdemokratischen Versammlungen hergegeben. Dich Lump bringe ich auf das Justizhaus. (Hört! hört!) Aus dem Stil und der Orthographie des Briefes geht hervor, daß Fischer gar nicht fähig war, die Broschüre gegen uns zu schreiben. Er hat einen Eideschwörer dazu gesucht und der stellte sich ihm in der Person eines Redakteurs des Organs der Herren v. Kardorff und Stumm. Es ist ein gewisser Fink. Ich mache nur darauf aufmerksam, daß diesen Fink von dem Vorstande des Vereins „Berliner Presse“ auf Grund ehrenrühriger Handlungen der Rath entheilt worden, er möge seinen Austritt freiwillig nehmen. (Hört! hört!) Herr Fink ist daraufhin aus dem Verein ausgeschieden. (Hört! hört!) Wieder die moralische Qualifikation der beiden Personen, auf die sich Herr v. Kardorff stützt, brauche ich kein Wort mehr zu verlieren. (Sehr richtig! links.) Ich erwarte ruhig das Urtheil des Hauses.

Nun zu Herrn Paasche. Er ist einer der Professoren mit großem Wortschatze, auf die das Wort Raoud aus Onest paßt: Der Mann kann alles beweisen. (Recht! links.) Man denkt bei ihm auch an das Wort aus der Paulisterei: Hundertdreißig Professoren, Vaterland, du bist verloren. (Recht! links.) Er ist gestern als lautester Lobredner des Kapitalismus aufgetreten und hat ihn mit aller Rühmlichkeit verherrlicht, die selbst Herr v. Stumm nicht aufzubringen vermocht hätte. Seine Rechtfertigung der indirekten Steuern ist durchaus falsch und unhaltbar. Bismarck, der für den Abgeordneten Paasche sicherlich eine Autorität ist,

hat am 22. November 1875 die indirekten Steuern als Steuern auf die Luxusgegenstände der großen Masse bezeichnet. Auch die Zentrurdredner Prihn und Vieder haben anerkannt, daß die indirekten Steuern die arbeitenden Klassen besonders belasten. Herr Paasche aber lantelt uns, ausgerüstet mit der ganzen Wissenschaft, von oben herab ab (Heiterkeit) und beruft sich dabei auf die Statistik, aus der er auch beweist, daß die Zahl der selbständigen Erfindungen in der Zunahme begriffen ist. Die Zahl der selbständigen Landwirthe beträgt 2 376 000, die Zahl der Wirtschaftsbearbeiter 95 178. Unter diesen selbständigen Landwirthen sind aber eine sehr große Zahl von solchen, die in ihrer Lebenshaltung gar nicht anders als Arbeiter angesehen werden können, deren Einkommen eher noch niedriger als das vieler selbständigen Arbeiter ist. Diese zu den selbständigen Unternehmern rechnen zu wollen, ist doch verkehrt. In Industrie und Gewerbe sind dagegen 1 774 481 selbständige Geschäftsführer und Leiter und 268 747 Aufsichtsbearbeiter. Auch unter diesen sind eine Anzahl kleiner Leute, die in ihrer Lebenshaltung um kein Jota besser stehen als die Arbeiter. Der Beweis dafür ist, daß sich eine große Zahl unter ihnen zu den Sozialdemokraten zählen. Bezüglich der Lage der Handwerker hat uns die Statistik Auskunft gegeben, die uns vor einem Jahre vorgelegt wurde. Sie giebt allerdings nur Rechnung über 60 Theile des Deutschen Reiches, aber über solche, die als maßgebend angesehen werden können. Sie umfaßt 61 200 Handwerker, nicht weniger als 37 949, also weit über die Hälfte, hatten nicht eine Hilfsperson, nicht einen Lehrling eingestellt. Sie sind in der Hauptsache nicht wie Tagelöhner, die kaum als Unternehmer gezählt werden können. Wie liegt es aber in bezug auf das Einkommen? Darüber giebt uns Auskunft eine Statistik, die Prof. Wücher vor einem Jahre in Leipzig über 5617 Handwerker ausgenommen hat. Leipzig ist eine der wohlhabendsten Städte in Deutschland, so daß diese Handwerker sich also nicht in einer Art besonderer Nothlage befinden. Und wie lautet das Resultat? Nicht weniger wie 2341 oder rund 42 pCt. sind unter diesen, die ein Einkommen von 300—500 M. haben. (Hört! hört!) 66,8 pCt. haben weniger als 1250 M. Einkommen. Solchen Thatsachen gegenüber, die nicht von Sozialdemokraten aufgestellt sind, denen gegenüber man den schwärzesten Verdacht haben könnte, sondern von mehr oder weniger interessirten Leuten, haben wir alle Ursache, uns so zu verhalten, wie wir es gethan haben. Bei dieser Gelegenheit möchte ich über die Lage des kleinen Gewerbes auch auf anderes hinweisen. Ich sagte neulich, es gäbe Betriebe, die von 1882 bis 1895 bis zu 50 pCt. an selbständigen Handwerkern eingebüßt haben. Das war noch zu günstig. Nimm mehr habe ich mich überzeugt, daß von den selbständigen Spinneern, die 1882 noch vorhanden waren, 1895 67 pCt. verschwunden sind, ebenso von den Schmiedern nur noch 58 pCt., von den Webem 56 pCt., von den Nagelschmieden 55 pCt., von den Wästelmachern 45 pCt. u. s. w. Die Mühlen, die 1882 sich noch auf 42 255 bezifferten, sind 1895 auf 30 635 zurückgegangen. 14 620 kleine Mühlen sind also in den 13 Jahren verschwunden und dies bei einer Bevölkerungszunahme von 7 Millionen! Dabei ist doch die Produktion deswegen nicht gehemmt; sie ist vielmehr riesenhaft gewachsen! Die Zahl der Brauereien hat in diesem Zeitraum um 4000 abgenommen, aber die Bierproduktion ist von 17 bis 18 auf 31 Millionen Hektoliter gestiegen. Die Zahl der selbständigen Unternehmer nur ist reduziert, die Zahl der in diesen Betrieben beschäftigten Arbeiter aber hat zugenommen. Damals habe ich in den allgemeinen Ausführungen nachzuweisen versucht, daß bei dem rapiden Zusammenbruche der Gesellschaft in der Industrie, im Verkehr, Handel und Gewerbe, bei der riesenhaften Vermehrung des Proletariats es notwendig sei, daß die Interessen der Arbeiter in ganz anderem Maße berücksichtigt werden müssen, als es bisher geschehen ist. Das war die Kardinalforderung. Wir wollen dasselbe Maß von voller Gleichberechtigung gegenüber den Arbeitern wie gegenüber den anderen Klassen der Bevölkerung haben. Ich habe dies begründet mit dem Hinweis auf die Thatsache, daß einerseits die Masse des Proletariats riesenhaft zunimmt und auf der anderen Seite die Mitwirkung der Arbeiter bei allen Unternehmungen mit Nothwendigkeit brauchen. (Zuruf bei den National-Liberalen: Das haben wir ja garnicht bezweifelt.) Das haben Sie gestern allerdings stark bestritten. — Weiter habe ich angeführt, daß die Zahl dieser Selbständigen, worunter eine große Zahl nur sogenannter Selbständiger ist, 2 380 000 beträgt. Diesen stehen in Summa 6 290 000 Arbeiter gegenüber, also die dreifache Zahl! Haben denn diese Arbeiter keine Angehörigen? Zuruf bei den National-Liberalen: Die Statistik beweist das, daß die Angehörigen der Arbeiter, ihre Kinder, Familienangehörige, die der Unternehmer an Zahl übersteifen. Im Handel und Verkehr haben wir 848 000 Selbständige; eine große Zahl derselben steht vor dem Untergange; die großen Kaufgeschäfte, wie sie von Wertheim und anderen in Berlin begründet worden, machen Jedem tausende in wenigen Jahren kaputt. Den Selbständigen stehen 292 000 Mann Komptoirpersonal und 1 233 000 anderes Personal gegenüber, also auch hier fast doppelt so viel wie selbständige Unternehmer, wobei eine große Zahl kleiner Beamten, die auch nur ein proletarisches Einkommen besitzen, ebenfalls mit zur Last der indirekten Steuern herangezogen werden. Dr. Paasche und Graf Posadowsky haben nun darauf hingewiesen, daß in einer Reihe deutscher Staaten die direkten Steuern erlassen seien, in Preußen, in Hamburg bis 900 Mark, in Sachsen bis 400 Mark. Aber ich weis aus meiner Thätigkeit im sächsischen Landtage, daß die meisten dieser Staaten bis 600 Mark kaum mehr ergeben, als die gekannteste Erbschaftsteuer. Deshalb ist man in verschiedenen Staaten, auch in Preußen, dazu übergegangen, diese untersten Klassen von den direkten Steuern ganz zu befreien. Sie müssen dabei aber festhalten, daß man infolge der Tendenz, möglichst große Verpflichtung auf die Gemeinde abzuwälzen, in der Gemeinde von einer Steuerbefreiung gar keine Rede sein kann. Es giebt Gemeinden in der Nähe von Berlin, in denen Leute mit 700—800 Mark Einkommen mehr als 10 bis 20 Mark Einkommensteuer bezahlen müssen!

Ich wende mich nun zu den weiteren Ausführungen des Abg. Paasche. Was er da an Anschauungen und Behauptungen vorgebracht hat, das war mir im höchsten Grade befremdlich. Ich kann sagen, er hat eigentlich in allem, was er über die wirtschaftlichen Verhältnisse gesprochen hat, die Wahrheit direkt auf den Kopf gestellt. Ich glaube nicht, daß irgendwem und irgendwo ein Professor der Nationalökonomie, selbst Herr Professor Wolf nicht, den Sie ja gerade als Sozialistenkritiker nach Deutschland berufen haben, derartige Anschauungen unterstützen würde. Was Sie über das Wesen der Krisis alles nicht wissen, das grenzt ans Unglaubliche. Sie haben nie von dem Zustande gehört, in der die Waarenproduktion einen solchen Umfang angenommen hat, daß die Waaren keinen Abfah mehr finden könnten, indem die Waarenzufuhr gestört ist, das Blut des Gesellschaftskörpers durch die Ueberfütterung stockt. Es häuft sich eine große Menge von Waaren auf, die unverkäuflich sind; der Unternehmer ist gezwungen, seinen Betrieb zu verkleinern, eine Menge seiner Arbeiter zu entlassen, die Arbeitszeit im Jahre einzuschränken. Die Industrie des betreffenden Zweiges liegt darnieder, die Arbeiter werden droilos. Und da spricht Herr Paasche noch von der günstigen Lage der Arbeiter im Falle einer so vergrößerten Produktion. Wenn Herr Paasche diese seine Ansichten, diese Behauptungen nationalökonomischer Weisheit nicht hier in diesem hohen Hause vorgebracht hätte, wenn er nach unseren Industriegebieten, nach Wärlen-Ebersfeld oder dem Voglande, oder auch nach Rottbus gegangen wäre, und dort das vor Arbeitern gesagt hätte: die ganze Versammlung hätte ihn einfach ausgelacht. (Sehr richtig!) Meine Herren, die Theorie, die vor nunmehr

50 Jahren zuerst im kommunistischen Manifeste niedergelegt ist, hat durch die Gewalt der Thatsachen sich als unumstößlich erwiesen: In dem Maße, wie die kapitalistische Produktion durch die Entwicklung sich vervollkommenet, nähert sie sich mehr und mehr einem Zustande, in dem sie außer Stande ist, die Produktionsmittel unterzubringen, die sie produziert hat, wo sie einfach nicht weiter kann; wir sehen den Lauf dieser Entwicklung an der Textilindustrie. Die Textilindustrie gehört zu den am meisten entwickelten Produktionszweigen in allen Kulturländern; und wir sehen überall die Erscheinung, daß sie ihrer Produktion nicht mehr Herr werden kann. England hat sich durch die indischen Baumwollspinnereien in Kalkutta, Bombay noch eine Konkurrenz im eigenen Lande geschaffen, die sie nicht mehr los wird. Neulich steht es in Amerika u. Die Textilindustrie ist die erste, die diesen Prozeß durchmacht, die Eisenindustrie wird die zweite sein. Und so vollzieht sich diese Entwicklung in allen Punkten. Herr Abgeordneter Paasche. Sie haben davon gesprochen, daß die Finanzlage jetzt durchaus günstig stehe; diese günstige Finanzlage ist doch nur dem Umstande zu verdanken, daß wir seit 2 Jahren uns in einer Periode der Prosperität befinden, die die arbeitende Klasse in die Lage setzt, ihre Konsumtion zu erweitern. Kommt nun die Krisis — und nach einem Jahre werden Sie ja die ersten Anzeichen sehen — dann ist die Einschränkung dieser Konsumtion natürlich wieder notwendig; und ihre erste Wirkung wird sein eine Verminderung der Einnahmeposten des Reiches. Was Sie da gesagt haben, Herr Paasche, das heißt doch einfach das Blaue vom Himmel herunterstreuen; das sollten Sie schon um ihres guten Rufes als Professor willen unterlassen.“ (Heiterkeit.)

Was nun Herr Paasche von der Entwicklung der Kohlen-Industrie gesagt hat, das war derart, daß selbst auf unserer Seite, bei den Sozialdemokraten, sich ein leises Mitteln mit den armen Kohlenbaronen regte. Nur 1/2 pCt. Dividende hätten sie bekommen; da ist ja freilich der Entbehrungslohn viel zu klein, als daß die Unternehmer ihre Arbeit weiter auszuweiten könnten. Nur wird dabei übersehen, was sich die guten Leute, um den Anschein ihrer wenig glänzenden Lage hervorzurufen, alles an Abstrichen leisten. In keinem Zweige hat die Konzentration so zugenommen, wie in unserer Kohlenindustrie. Abgesehen vom Inlandkonsum ist der Absatz im Auslande ein enormer; so groß, daß man im Ausland für unsere Kohlen vielfach billigere Preise zahlt, als bei uns. Ich kann sagen: die deutschen Kohlenbarone haben in den letzten Jahren ausgezeichnete Geschäfte gemacht. Und darum erhebt die überaus traurige Lage der in der Kohlenindustrie beschäftigten Arbeiter auch eine ganz andere Forderung, als bis jetzt. (Beifall.)

Ich komme nun zu dem, was der sächsische Bevollmächtigte Graf Hohensthal gesprochen hat. Er sagte in der Einleitung seiner Rede, er spreche nur aus Achtung vor diesem hohen Hause, das ihm wohl übel nehmen würde, wenn er schweige; ich glaube, es hat ihm viel mehr übel genommen, daß er gesprochen hat. (Große Heiterkeit.) Der Herr Graf Hohensthal hat vielfach das angegriffen, was ich garnicht gesagt habe. Ich habe gesagt: in Sachsen und Sachsen seien tausende von Familien durch die Wasserfluth geschädigt worden, ohne daß die Regierung für genügende Abhilfe gesorgt hat; ich habe zugegeben, daß man in Sachsen bereits durch eine Vorlage an die Linderung der Noth herangetreten ist. Aber das genügt eben nicht. Man ist eben an diese Sache nicht mit der Einsicht, mit der Energie herangetreten, die die Regierung in anderen Fängen, z. B. bei der Militärvorlage, angewandt hat. Man hat weder in Sachsen noch in Preußen an die sofortige Bewilligung einer größeren Summe gedacht. Freilich, Herr Hohensthal hat sich darauf bezogen, und auch Herr Posadowsky hat es mit gehobener Stimme verurtheilt, daß der preussische Staat, nachdem 2 Millionen bereits aus Privatmitteln aufgebracht waren, weitere 2 Millionen bewilligt hat. Nun, da hat sich wieder einmal der preussische Staat in seiner ganzen Knickrigkeit gezeigt, die man an ihm gewohnt ist. Nicht 2 Millionen, 20 Millionen wären da notwendig gewesen. Jene Distrikte sind von jeher durch die Ueberfütterungen schwer geschädigt worden; da hätte man bereits vor zwei Jahrzehnten ausgiebige Wasserbauten herstellen und die anderen Schutzmaßregeln gegen die drohende Gefahr treffen sollen. Wenn von den für die Flotte ausgeworfenen Millionen nur 10 Millionen für Sachsen verwendet würden, dann könnten ganze Gegenden gerettet, Steuerzahler erhalten werden. Dazu ist aber kein Geld da, das ist nur für neue Ferkelzuchtungsanstalten von Menschen vorhanden. Der sächsische Bevollmächtigte hat mir ungerechte Angriffe auf seine Regierung vorgeworfen. Ich habe auf das korrekte Verhalten seiner Regierung in Sachen der Aufhebung des Koalitionsverbotes hingewiesen, aber allerdings auf einen Zuruf meiner Freunde hin hinzugesagt, ich weisse, daß es bei dem reaktionären Herzen des Herrn v. Meisch nicht dazu kommen würde, daß die sächsischen Konservativen Recht behalten und das sächsische Vereinsrecht sogar in seiner heutigen Gestalt noch verschlechtert wird. Ich gebe zu, daß nach der Rede des Herrn v. Meisch, die ich jetzt gelesen habe, die leise Hoffnung besteht, daß er dem Drängen der sächsischen Konservativen widerstehen wird, aber nur eine leise Hoffnung. Wie wenig sie in Sachsen unter meinen Parteigenossen getheilt wird, beweist der Umstand, daß von ihnen jetzt im Lande eine große Protestbewegung gegen die Verschlechterung des Vereinsgesetzes eingeleitet wird. Sehr interessant aber bleibt, daß Herr v. Stumm das jetzt geltende sächsische Vereinsrecht für reaktionär genug hält, um auf weitere Korrelate verzichten zu können. Im übrigen hatte der sächsische Bevollmächtigte gar keinen Grund zu erklären, er werde sich durch meine Reden u. nicht abhalten lassen, dem Gesetze Geltung zu verschaffen. Gesetze mögen so reaktionär sein, wie sie wollen. Bestehen sie einmal, dann müssen sie auch befolgt werden. Und gerade die Regierungen haben die Pflicht, auf strenge Beachtung der Gesetze zu dringen. Nun hat aber der Minister des Innern in Sachsen selbst zugegeben, daß dem Vereinsrecht mit vielerlei Maß gemessen werde. Das ist das Gegentheil von Achtung der Gesetze. Von der konservativen Partei und anderen ist das Verbot des Inverbindlichretens offenkundig oft in Sachsen gebrochen worden, ohne daß dagegen eingeschritten worden wäre. Ich kann nur wünschen, daß jetzt in der That die Gesetze beachtet werden und gegen Sozialdemokraten nicht anders angewendet werden als gegen Liberale und Konservative. Nun noch einmal das Versprechen des Reichskanzlers. Er hat jetzt erklärt, daß er die glatte Aufhebung des Koalitionsverbotes nicht in Aussicht gestellt habe, er habe wohl den Wunsch gehabt, aber nicht die Hoffnung. Hätte der Reichskanzler damals dies erklärt, dann würde die Mehrheit anders gestimmt haben. Der Reichskanzler hat also etwas verschwiegen, was er schon damals gewußt hat, um uns in falschem Glauben zu erhalten. (Sehr richtig, links.) Neben der Erklärung des Reichskanzlers kommt aber auch die Erklärung des Herrn v. Bötticher in betracht. Dieser rief von der Annahme des Antrags Auer ab und meinte, die Erklärung des Reichskanzlers sei rechtlich und politisch unannehmbar. Kann man sich klarer ausdrücken? Herr v. Bötticher sagte hinzu: Es liegt kein Grund zur Besorgnis vor, sämtliche Regierungen der Bundesstaaten, in denen ein solches Verbot besteht, haben sich anbeifig gemacht, die Aufhebung dieses Verbotes zu bewirken. Ist das aber noch kein schlagender Beweis, so will ich noch die offizielle Rede des Herrn v. Meisch im sächsischen Landtag verlesen. Er sprach von einer Erklärung, die der Reichskanzler im Namen des sächsischen Bundeskanzlers und anderer Bundesstaaten im Reichstage abgegeben hat. (Hört, hört! links) und sagte hinzu, die sächsische Regierung müsse nun erfüllen, was sie versprochen habe. (Hört, hört! links.) Das Versprechen war eben die glatte Aufhebung des Koalitionsverbotes und so ist es überall aufgefaßt worden. Der Reichskanzler hat die Sache am Sonnabend noch anders dargestellt, wie am

Darauf folgenden Montag. Am Sonnabend sagte er noch, er hätte den Wunsch, aber nicht die Hoffnung auf eine glatte Aufhebung gehabt, am Montag sagte er, er hoffe auf eine Verständigung in Preußen, also auf die Wepadung mit den sogenannten Korrelaten. Bei solchen Widersprüchen des höchsten Beamten im Reich innerlich dreier Tage darf man sich nicht wundern, wenn das Ansehen der Regierung im In- und Ausland schwer diskreditiert wird. Graf Pofadownsky sagte, die Arbeiter brauchen die Aufhebung des Verbots nicht so notwendig, sie hätten ja das Allgemeine Wahlrecht. Herr Pofadownsky hat den größten Teil seines Lebens in den östlichen Provinzen zugebracht, wo die Feldarbeiter noch Heloten und Paras sind (Sehr richtig! links) und kein Koalitionsrecht haben; für die Anforderungen und Bedürfnisse des industriellen Arbeiters hat er gar kein Verständnis, er läßt nur agrarisch und hat nur Mitgefühl mit den Junkern, mögen diese noch so armhaftig sein. (Beifall links.) Wenn die deutschen Arbeiter weder die Aufhebung des Koalitionsverbots, noch das Koalitionsrecht nötig haben, dann haben Sie doch die jetzt bestehenden Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung auf, dann schaffen Sie doch klaren Tisch! Dann wissen wir wenigstens, was wir zu erwarten haben, dann läßt sich uns nicht länger! Dann ist aber die schwärzeste Reaktion da! (Bewegung.) Freilich, schon nach den Verhandlungen der letzten Tage wissen die deutschen Arbeiter, was sie von dieser Regierung und von diesem „Minister für Sozialreform“, vom Grafen Pofadownsky zu erwarten haben! (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Der Reichskanzler hat dann zu erklären versucht, warum er die Bäcker-Arbeiter nicht empfangen habe. Er sagt, weil die Aufhebung der Bäckereiverordnung gar nicht in Frage kommt. Die Antwort hat mich denn doch sehr verwundert. Weiß denn der Herr Reichskanzler nicht, daß die Regierung seit Monaten Erhebungen über die angeblichen Schädigungen der Bäckermeister durch die Bäckereiverordnung veranstaltet? Und hat der Reichskanzler nicht selber der Bäckermeister-Deputation möglichste Berücksichtigung ihrer Wünsche zugesagt? (Hört! hört! links.) Ich wäre ja sehr zufrieden, wenn die Bäckereiverordnung aufrecht erhalten bliebe. Aber warum hat das der Reichskanzler nicht der Gehilfendeputation mitgeteilt? (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die armen Leute gerieten geradezu in Verzweiflung, als sie nicht empfangen wurden. Sie sahen die Abweisung so an, als sei nun ihre Sache ganz verloren. Als gesagt wurde, die Bäcker und Schlächter seien nach den Ergebnissen der Statistik von 1895 von der kapitalistischen Verkümmern des Handwerks am wenigsten berührt, sie könnten daher am ehesten die Leistungen der Sozialreform tragen, was erwiderte da Graf Pofadownsky? „Ja, sagte er, damals 1895 war die Bäckereiverordnung auch noch nicht da.“ Er hat damit sagen wollen: Möglicherweise hat die Bäckereiverordnung ruiniert, was der Kapitalismus nicht ruiniert hätte! So beurteilt dieser Minister die Verordnung. Und dabei steht sie doch bloß auf dem Papier, sorgen die Polizeibehörden doch nur mit unverantwortlicher Lässigkeit für ihre Durchführung. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Direktor im Reichsamt des Innern Wöbde schüttelt mit dem Kopf. An Ihnen (zu Wöbde) haben die Unternehmer die Hauptklage, von Ihnen erwarten die Arbeiter garnichts. In einer Petition der Bäckermeister wird angegeben, daß die Verordnung täglich überschritten wird und daß die Bäckermeister nur solange nicht verloscht werden, als ihre Arbeiter sie nicht angeben. Noch nie ist so offen eingehanden worden, daß eine bestimmte Unternehmerklasse absichtlich ein Reichsgesetz zum Schaden der Arbeiter fort und fort übertritt. In einer Innungszeitung für Bäckermeister sind Musterantworten auf die Fragen der Regierung nach den Wirkungen der Verordnung mitgeteilt. Da heißt es als Antwort auf Frage 1: Seit Befehlen der Verordnung muß meine Magd viel mehr Arbeit leisten und ich ihre einen höheren Lohn zahlen, weil mein Gehrling in der beschränkten Zeit die Arbeit nicht mehr leisten kann. Auf Frage 2 soll geantwortet worden sein: Seit Einführung der Verordnung sitzen meine Gehilfen mehr im Wirtshaus als früher und leisten schlechtere Arbeit. Auf Frage 3 wird die Antwort vorgeschrieben: Ich habe jetzt einen größeren Wechsel der Gehilfen als früher, weil ihr ganzes Achten jetzt darauf geht, früher fertig zu werden. Ausdrücklich wird hinzugefügt: „Wir haben durch diese Beantwortungen nichts zu fürchten, da die Namen der antwortenden Bäckermeister nicht bekannt gegeben werden.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Es ist einfach eine Anweisung, wie man die Behörden am besten belügen und beschwindeln kann! (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) In Osnabrück fand in diesem Sommer ein Bäckereimeistertag statt. Bei dem Festessen, das bei solchen Veranstaltungen ja immer die Hauptsache ist (Weiterkeit), wurde folgendes Festlied gesungen:

Die erste Regel muß es sein
In haden stets das Brot recht fein;
Je kleiner 's Brot, je größer dann
Am Beute der Verdienst dann.
Bei kleinem Lohn und kleinem Brot
Da leidet nie ein Bäcker Noth!
Er mähet sich, wird fugelund,
Fast jeder wiegt 200 Pfund!

(Stürmische allseitige Weiterkeit.) Und diese Leute behaupten, sie gingen an der Bäckereiverordnung zu grunde!

Im Laufe nun zu den Ausführungen des Herrn Handels-
ministers. Zunächst hat er mir Ausführungen angehört, die ich in dieser Weise gar nicht gemacht habe. Ich habe nur versucht nachzuweisen, wie notwendig es sei, daß die Reichs-
regierung und Gesetzgebung sich mit dem Schutze der deutschen
Arbeiter in den Bergwerken beschäftigen. Ich habe zur
Charakterisierung der Pflichten der Sozialreform des christlichen
Staates angeführt, wie nötig es sei, sich mit dieser Frage zu be-
schäftigen, beweise der Fall, daß mehrere hundert Arbeiter nicht
wieder in Staatsbetrieben beschäftigt wurden, weil sie 1893 an dem
großen Streik teilgenommen haben. Diese Mitteilung hat
im Reichstag erheblichen Eindruck gemacht, sogar bei dem
Staatssekretär Graf Pofadownsky. Er hat ausdrücklich er-
klärt, auch diese Mitteilung werde berichtigt werden.
Er hat sie aber nicht berichtigt; er konnte es einfach nicht. Er hat
dafür das Geschäft der Erklärung jenes Vorgehens seinem
Kollegen, dem Handelsminister, überlassen. Und dieser hat es vor
dem Reichstag, vor der Welt, damit zu rechtfertigen gesucht, indem
er aus den Vorgängen im Jahre 1893 deduzierte, daß solche Dinge,
wie sie da vorkamen, es nötig gemacht hätten, daß diese Leute
nicht mehr in Staatsbetrieben beschäftigt würden. Meine
Herrn, was der Herr Reichstag nicht gesagt hat, das ist,
daß die Arbeiter damals durch die Maßnahmen der Verwaltung
zur Arbeitseinstellung gereizt worden sind. Nach den Erklärungen
des Herrn v. Berlepsch ist damals ausdrücklich anerkannt worden,
daß die Bergverwaltung den grundlegenden Arbeitslohn von 3,90
auf 3,70 M. herabgesetzt hat, daß ferner die neue Arbeitsordnung
einen großen Teil der Arbeiter aufs lebhafteste empörte. Ich kon-
statire auch, daß in jenem Nothwehr, wo damals so gut wie gar keine
Sozialdemokratie existierte, die Arbeiterfrauen sich in einer Weise
an den Versammlungen beteiligten, wie wir es bis dahin und
später noch niemals in Deutschland erfahren haben — ein Beweis,
daß auch sie von der Nothwendigkeit des Streiks über-
zeugt waren. Daß bei solchen Gelegenheiten Dinge vorkommen,
die nicht zu billigen sind, das ist doch menschlich.
Vom menschlichen Standpunkt, garnicht zu sprechen vom christlichen,
sollte dann doch endlich Verzeihung für so kleine Vergehen gewährt
werden. Haben diese Leute gefehlvollige Dinge begangen, Fenster
eingeworfen u. s. w., dann sind sie auch auf grund der Gesetze be-
straft worden. Und wenn einer bestraft ist, dann ist Sühne ein-
getreten für sein Vergehen, und dann soll ein anständiger Mensch
und eine Staatsverwaltung, die drei Jahre vorher den Erlaß be-
kam: Die Bergwerke sollen Musterbetriebe werden! in erster Linie
verpflichtet sein, eine solche Nachsicht zu üben, namentlich wo jetzt
Arbeitskräfte selbst aus dem Gefängnis heraus geholt worden

sind. (Sehr richtig! links.) Ich meine denn doch, wenn die kaiserliche Gnade insbesondere den Duellanten, die einen Nebenmenschen aus einer trivialen Ursache ermordet haben, zu theil wird, wenn Polizeibeamte, die wegen der schwersten Gewaltthatigkeiten zu langen Jahren Zuchthaus verurtheilt sind, nach wenigen Monaten begnadigt werden, wenn hochhehliche fittliche Verbrecher nach kurzer Zeit, die sie im Gefängnis verbracht haben, begnadigt werden, — dann, meine ich, soll man auch diesen Arbeitern die Begnadigung zu theil werden lassen, indem man sie wieder in Arbeit aufnimmt. (Sehr richtig! links.) Wie's etwas, daß das zweierlei Maß charakterisiert, mit dem man heute im Deutschen Reich und namentlich in Preußen die besseren und oberen Klassen und auf der anderen Seite die Arbeiterklasse behandelt, so ist dies hiermit in der aller erklärlichsten Weise gethan. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Ausführungen des Herrn Kriegsministers werde ich bei dem Militäretat beantworten; es betrifft besonders seine Darlegungen über das Volkstheer. Der Herr Kriegsminister hat sich mir gegen-
über als schlechter Stratege gezeigt; ich hoffe nicht, daß er einmal im Kriege ein ebenso schlechter Stratege sein wird. Ich habe in meiner ganzen Rede kein Wort von der Volkstheer gesprochen. Er hat vermuthet, ich würde darüber reden, und sich seine Rede vorher zurechtgelegt. (Weiterkeit links.) Die Rede mußte an den Mann gebracht werden, und so hörten wir denn die wunderbaren Summen. Nun, in demselben Augenblick vermuthlich habe auch ich meine Privatstunden benutzt, die Kosten der Einrichtung der Volkstheer zu berechnen. Da bin ich zu ganz anderen Resultaten gekommen und habe die Absicht, diese in Form einer Broschüre zu veröffent-
lichen, und wenn der Herr Kriegsminister es erlaubt, werde ich ihm ein Exemplar desigiren. (Weiterkeit.) Jedenfalls werde ich die Hauptresultate bei Gelegenheit des Militär-Etats vorbringen. Dagegen hat es mich angenehm berührt — angenehm nur in einer Beziehung —, daß der Herr Kriegsminister gestern eine neue Artillerievorlage in Aussicht stellte. Am Sonnabend schien dies noch nicht der Fall zu sein. Die neue Artillerievorlage kommt; sie bedeutet eine erhebliche Verstärkung der Artillerie, sie bedeutet also auch einen erheblichen Posten für einmalige Verwendung und eine Steigerung der regelmäßigen Ausgaben. Sehr angenehm und dankenswerth, daß diese Mittelbelegungen gemacht werden in einem Momente, da die neue Marinevorlage bevorsteht und ein Theil des Reichstages sich den Kopf zerbricht, woher künftig die Steuern kommen sollen. In der Thronrede wurde ferner gegen das Ende hin mit Bestimmtheit konstatiert, daß die Beziehungen zu den fremden Mächten die allerbesten sind, daß also Aussicht bestehe, daß der europäische Friede erhalten werde. Ich erinnere mich ferner, im Sommer eine Reihe von Reden gelesen zu haben von europäischen Fürsten in Petersburg, Wladivostok, in Ham-
burg u. s. w.; da hat mir insbesondere eine Rede außer-
ordentlich imponirt, jene in Petersburg, in der es hieß:
Wenn der Friede geführt werden sollte, dann werde ich an der Seite Czar Majestät (des Kaisers) von Rußland nämlich mit meiner gesamten Macht stehen, den Friedensstörer niederzuknüppeln. — Ja, das ist ein schönes Wort; aber wenn die Sache so ist, wenn überall die Häupter der Großstaaten davon überlaufen, daß sie den Frieden erhalten wollen: woher kommen denn die sorgfältigsten kolossalen Rüstungen, wie können Sie die noch rechtfertigen? Wer ist denn eigentlich der Friedensstörer? Ist es etwa das Volk? Bisher haben diejenigen, die an der Spitze der Völker stehen, die Kriege provoziert, und wenn die nun alle entschlossen sind, den Frieden anrecht zu halten, — ja, meine Herren, dann brauchen wir keine Flottenrüstungen, keine neue Artillerieforderungen mehr, dann können wir viel leichter an das Abrücken denken! Es sind eben hier die unlösbaren Widersprüche, die ja in dem bei uns herrschenden System in der trasslichsten Weise zu Tage treten.

Graf Pofadownsky hat namentlich sehr heftig meine Ausführungen in bezug auf die Nichterwirklichkeit des Unfallversicherungs-
gesetzes bekämpft. Zum Schein hätten Sie die Vorlage allerdings nicht einbringen wollen. Ich konstatire ausdrücklich, daß in der Kommission über die Unfallversicherung, deren erste Sitzung, wenn ich nicht irre, am 1. April begann, in der Zwischenzeit zwischen der Mehrheit der Unfallversicherungs-
Kommission und den verhandelten Regierungen Abmachungen ge-
troffen wurden über die Punkte, die in der zweiten Sitzung geändert werden sollten, daß die so in der zweiten Sitzung zu hande ge-
kommene Vorlage dem nächsten Reichstage vorgelegt werde, damit er verhältnismäßig leicht über sie hinwegkommen könne. In diesem
Glaubens ist die Unfallversicherungs-Kommission auseinander-
gegangen. Daß wir diesem so zu hande gebrachten Gesetze schließlich nicht zugestimmt haben würden, das hat mit der von uns an dem
Verhalten der Regierung geübten Kritik nichts zu thun. Ich konstatire
daß die Regierung darauf diese Vorlage den Unfallgenossenschaften
zur Beurtheilung unterbreitet hat, d. h. eine Vorlage, die der Reichs-
tag bereits erörtert hat, ist nachher Gegenstand der Erörterungen
insbesondere im Zentralverein der Großindustriellen gewesen. Den
Verbalungen dieser Herren legt die Regierung solchen Werth bei,
daß sie zehn Regierungskommissare hingeschickt hat. (Hört!
hört! links.) Die Großindustriellen sind freilich keine Bäckere-
gesellen. Aus der Antwort der Großindustriellen auf die Vorlage
werden Sie den Grund ersehen, weshalb die Regierung mit der
Vorlage nicht mehr an den Reichstag kommt. Ich werde Ihnen
einige Sätze vorlesen: „Das Streben der Reichsbehörden, Mängel zu
beseitigen, hat der Zentralverband seinerzeit dankbar anerkannt, er
hat aber weiter erkennen müssen, daß jeder dahin zielende Versuch
von der Sozialdemokratie und den in dieser Beziehung und in Feind-
seligkeit gegen die Betriebsunternehmer gleich oder ähnlich
gesinnten Parteien dazu benutzt werden ist und wohl
auch künftig benutzt werden wird, das ganze Gesetz
in seinen grundlegenden Bestimmungen in einer weit über die Ab-
sichten der verhandelten Regierungen hinausgehenden Weise zu
ändern. Daher hält es der Zentralverband für wünschenswerth und
besser, so lange diese Gefahr fortbesteht, daß auf einen Versuch
gänzlich verzichtet werden möchte, die Mängel zu beseitigen, durch
welche ja die Wirksamkeit der Gesetze für die versicherten
Arbeiter in keiner Weise beeinträchtigt worden ist.“ Die
Mitglieder der nationalliberalen Partei haben ihre Zu-
stimmung in der Kommission zu dem Entwurf gegeben (hört!
hört! links) und jetzt sagt man, daß die vereinigten Sozialdemokraten
Freundschaften gegen die Unternehmerklasse im Schilde hätten.
Wenn diese Herren maßgebenden Einfluß auf die soziale Gesetz-
gebung erlangen, dann ist es im Deutschen Reich weit gekommen.
Dagegen protestiren wir. Diese Herren haben ja auch Herrn Rösche,
der doch wahrhaftig kein Sozialdemokrat ist, aus den Berufs-
genossenschaften hinausgedrängt. Herr Rösche ist diesen Leuten zu
radikal. Man spricht immer von den ungeheuren Lasten
der Industrie bei der Versicherungs-Gesetzgebung. Die Profite
der deutschen Unternehmerklasse und namentlich der Aus-
gehörigen des Zentralverbandes der Großindustriellen haben
aber eine Pöbe erreicht, wie sie seit 1870 nicht da war. (Sehr
richtig! links.) Graf Pofadownsky sagt, jeden Tag wird eine Million
für die Arbeiter ausgegeben; jawohl, aber die Hälfte wird von den
Arbeitern selbst bezahlt. (Sehr richtig! links.) Die Arbeiterkraft
hat 184 Millionen, die Unternehmer haben 157 Millionen beigetragen.
Am Lohn bemessen, betragen die Mehraufgaben für die Unternehmer
kaum 5 pCt., andererseits sind zahlreiche Lohnerhöhungen mit dem
Hinweis auf die Versicherungslasten den Arbeitern abgeschlagen
worden. Graf Pofadownsky hat dann die Verhältnisse der
Arbeiter auf dem platten Lande berührt. Er hat die un-
günstigen Verhältnisse geschildert, die darin bestehen, daß
die Landwirthe so schwer unter Arbeitermangel zu leiden haben.
Er hat sich mit seinen Ausführungen gewiß die Herzen der
Agrarier in hohem Maße gewonnen. Er hat auch dieser
Richtung hin mit einer Klarheit und Bestimmtheit gesprochen,
wie es schon lange nicht von Regierungstisch geschehen ist. Ich habe in
meiner letzten Rede schon ausgeführt, daß die Arbeiterzustände auf
dem Lande so ungünstig sind, daß der Teufel nach den großen Städten
ganz naturgemäß ist. Nach den Ausführungen des Grafen Pofa-
downsky müssen wir mit neuen Agrarjollen, also auch mit höheren
Lebensmittelpreisen rechnen.

Damit werden Sie die gesammte industrielle und gewerbliche
Arbeiterklasse und auch die gesammten Kleinunternehmer gegen die
Agrarpolitik in die Schranken rufen. Und noch eins: In dem
Maße, wie durch hohe Zölle agrarischer Art die Grenzen gegen das
Ausland geschlossen werden, in demselben Maße werden die
jenseitigen Staaten, auf deren Zustimmung Sie bei den Zoll-
abmachungen rechnen, bei der Einfuhr unserer Industrie-
Artikel für eine Zollermäßigung nicht zu haben sein. Die Folge
wird eine schwere Schädigung des deutschen Handels
und der deutschen Industrie sein. Auf die Dauer kann das Agrar-
thum nicht herrschend bleiben, dem widerspricht die Zunahme der
industriellen Bevölkerung.

Daß die Zustände auf dem Lande die Arbeiter mit aller Macht in
die Industriegebiete treiben, werden Sie nicht befechten können.
Welcher Mensch, der halbwegs Anspruch darauf macht,
als Kulturmensch behandelt zu werden, läßt sich die
Gefährde-Ordnung gefallen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)
Der zehnstündige Normalarbeitstag wird nicht bloß von uns auch
für das Land verlangt, sondern auch von anderen Leuten, die sich
mit den Verhältnissen dort vertraut gemacht haben. So hat ein
Pastor Wagener in seinem Buche einen solchen zehnstündigen
Normalarbeitstag gefordert, der in der Entzeit auf zwölf Stunden
ausgedehnt, in der Winterzeit auf acht Stunden vermindert werden
soll. Wenn wir aber solche Forderungen stellen, dann heißt es, es
ist unmöglich. Die Kost auf dem Lande ist schlecht, die
ganze Lebensweise viel schlechter als die städtische.
(Sehr richtig! links.) Das sagt der Pastor Göhre, das
sagt auch sein Freund von Gerlach in seinen Schriften.
An der polnischen Grenze wohnen zahlreiche Familien
in förmlichen Erdhöhlen, die nur ein paar Luftlöcher haben. Da
dürfen Sie sich nicht wundern, wenn die Arbeiter nach der Stadt
wallen. So lange Sie (nach rechts) nicht den Arbeitern ihre Heimath
angenehm und zufrieden machen, so lange werden Sie auf keinen
grünen Zweig kommen. (Bravo links.) Was nun die
Schriften des Herrn Hille betrifft, so will ich Sie nicht
damit ermüden, Stellen daraus vorzulesen. Ich kann nur
sagen, die in diesen von Herrn von Stamm empfohlenen
Schriften auf die Sozialdemokratie enthaltenen Angriffe sind geradezu
skandalös und gemein. Es scheint aber jetzt, als solle die ganze
Arbeiterklasse nur mit offiziöser und offizieller Literatur belästigt
werden. Die Regierung benutzt die Nachstellung, die sie als Arbeit-
geber auf die Arbeiter hat, dazu, um eine Art geistigen Terrorismus
anzubringen. (Sehr richtig! links.) Im „Vorwärts“ war gestern das
von Herrn Turpin erlassene Zirkular abgedruckt, vom 26. November
1897 datirt, in dem ein Blatt für die Marine-Arbeiter empfohlen
wird, daß sie zu vaterländischer Gesinnung erziehen soll.
Wo kommen die Kosten für dieses Blatt her? Etwas auch aus dem
Marine-Prefonds? Wo kommt aber dieser Prefonds her? Darüber
bitte ich um Klärung. Ich werde in der Budget-Kommission noch
daran zurückkommen. Es könnte ja schon werden, wenn der Kriegs-
minister, der Minister der Post, der Eisenbahn, dem Marine-
minister in dieser Richtung folgen würden. Da sind es
Zeitungen, hier Zeitungen, hier wieder Flugblätter und
Flugschriften. Dazu hat die Regierung aber gar kein Recht,
dazu ist sie gar nicht autorisirt. (Sehr richtig, links.)

Zum Schluß muß ich noch auf die Schlussbemerkungen eingehen,
die Graf Pofadownsky in seiner Rede gegen mich gemacht hat. Er
zitierte die von mir in Hamburg gesprochenen Worte — ich freue
mich, daß die Herren meine Reden so genau gelesen haben — (Weiter-
keit): „Vom Profit raucht der Schornstein!“ Er folgerte aus diesem
Satz, daß ich mich von meinen alten Ansichten losgesagt habe. Nach
meiner vorgelegten oder heutigen Rede wird er wohl an einen Canossa-
gang meinerseits nicht mehr glauben. (Weiterkeit.) Die Worte wurden
gebraucht bei Gelegenheit einer Opposition meinerseits gegen das
Verlangen meiner Freunde, recht viel Paret-Unternehmungen zu
gründen. Ich sagte: Wenn Ihr glaubt, daß solche Unternehmungen
viel Gewinn einbringen können, so irrt Ihr Euch. Denn wir müssen
bei uns viel höhere Löhne zahlen, als es der Privatunternehmer
heute thut. Die Löhne sind um 20 pCt. höher, als die höchsten Löhne
in Privatgeschäften. Von großen Gewinnen kann also schon
deshalb keine Rede sein. Das waren meine Darlegungen. Und
ich habe hinzugefügt: Wenn wir bei einem Unternehmer unsere
Zeitungen drucken lassen, wie es z. B. mit dem „Vorwärts“ ge-
scheht, dann verlangt der Mann selbstverständlich seinen Profit,
denn ohne Profit raucht kein Schornstein. Wie man das nun dazu
benutzen kann, als hätte ich etwas gesagt, was gegen die sozial-
demokratische Auffassung sei, oder gar eine Art Umkehr von meinen
sozialistischen Ideen, das beweist nun einmal wieder, wie ungeheuer
unwissend diese Herren in bezug auf die elementarsten Anschauungen
der Sozialdemokraten sind, sonst wäre es ganz unmöglich, solche
Behauptungen aufzustellen. Er sagt weiter, ich hätte geäußert: alle
unsere Unternehmungen mit Ausnahme des Hamburger Unter-
nehmens seien gescheitert. Das habe ich nicht gesagt. Ich habe nur
gewarnt: Wir sind nicht über den Berg; glaubt nicht, daß nicht
noch einmal die Zeit kommen kann, wo man mit Annehm-
lichkeiten gegen uns vorgeht, und was dann geschieht, das haben
wir im Jahre 1878 erlebt. Da sind alle unsere Unter-
nehmungen, mit Ausnahme des Hamburger Unternehmens gescheitert,
zu grunde gegangen durch die Maßregeln der Behörden. So hat
der Sach geäußert, und nicht, wie der Graf Pofadownsky es dargestellt
hat. Er hat noch mit besonderer Genauigkeit hinzugefügt, auch in
Frankreich seien solche kollektivistischen Unternehmungen seit den
Staatsverhältnissen von Louis Blanc bis zu den Glas-
bläsern von Aisi gescheitert. O, über diese Weisheit!
Unglaublich, daß ein deutscher Minister am Ende des
neunzehnten Jahrhunderts, 50 Jahre nach dem Zusammen-
bruche von Staatsverhältnissen, die mit dem Sozialismus gar nichts
zu thun hatten, solche Unkenntnis verträglich! Ich rathe dem
Grafen Pofadownsky, einmal die kleinen Aufsätze von Lassalle
nachzulesen, da wird er Aufklärung über die Bedeutung
dieser Bekladden finden, die 1848 nach der Februar-
Revolution vom Bürger-Ministerium ins Leben gerufen
wurden, um die Arbeiter zu fördern und damit den Socialis-
mus zu bekämpfen, daß man dem Unternehmen eine Gestalt gab, in
der es mit Nothwendigkeit zu grunde gehen mußte. Sozialistische
Unternehmungen sind auf dem Boden der bürger-
lichen Gesellschaft überhaupt nicht ins Leben
zu rufen. Wer so etwas versuchen würde, dem erklärten
wir hier verträglich, dem sagten wir: Du bist kein Sozialdemokrat,
Du weißt nicht, was die Sozialdemokratie erstreckt. Die Konsum-
und Produktionsgenossenschaften aber, die es in Deutschland giebt, be-
ruhen auf dem Genossenschaftsgesetz, das Sie gegeben haben. So-
weit Arbeiter ihre kleinen Mittel dazu zusammengelegt haben, haben
wir ihnen seinerzeit gesagt: Täusch! Euch nicht, bei den großen
Mitteln der bürgerlichen Genossenschaften seid ihr nicht in der
Lage, solche Unternehmen halten zu können, insbesondere, wenn ihr
darauf angewiesen seid, daß auch bürgerliche Kaufleute, daß
auch Geschäftsleute die Artikel in diesen Läden abkaufen; sie werden
Euch nicht unterstützen, weil sie ihre eigenen bürgerlichen Genoss-
schaften heute vorziehen. Und daran sind auch die meisten Genoss-
schaften zu grunde gegangen. Worin bestand 1863 Lassalle's
Opposition gegen Schnitz-Delitzsch? In dem Nachweise, daß die
Produktiv-Genossenschaften in gar keiner Weise den Arbeitern helfen
können.

Weiter hat Graf Pofadownsky geäußert, mein Anspruch hätte
ihn sehr überrascht, daß die Zurückführung der kapitalistischen Gesell-
schaft in die Zustände des Mittelalters mit ihren Feinden, ihrem
Jusfuzwange, ihrer Dürftigkeit und ihrem Vornrechte unser Ideal sei.
Wenn der Herr Graf eine Idee vom Sozialismus hätte, dann
hätte er sich sagen können, daß man Bebel nicht ge-
sagt haben, denn dann wäre er ja ein Thor. Der Herr Graf
zitiert mich: „Die schwierigen Zustände des Mittelalters
beruhten auf dem Kapital.“ Was für eine Ausdrucksweise! Ist
mir gar nicht eingefallen. Ich habe gesagt, die schwierigen Zu-
stände, in denen sich heute der ganze Mittelstand befindet, entspringen
aus den Wirkungen, welche die kapitalistische Produktionsweise erzeugt
hat. Es ist mir, auch nicht einen Augenblick lang, der Wunsch beige-
kommen, man solle, um diesen armen Mittelstand zu retten, wieder ins

Mittelalter zurückzuführen. Das ist eine furchtbar billige Polemik, die sich Graf Posadowsky gestattet, wenn er mich solchen Unsinn sagen läßt. Ich habe gesagt: die kapitalistische Wirtschaftsweise ruiniert die Mittelstände; diese kapitalistische Wirtschaftsweise sind Sie weit entfernt zu unterbinden, im Gegenteil, bereit zu unterstützen. Die Kapitalisten sind die tonangebenden Mächte. Beweise, das Verhalten der Regierungen dem Zentralverband der Industriellen gegenüber. Beweise das Wort des Herrn v. Bötticher: Meine Herren, wir arbeiten nur für Sie! (Abg. Dahn: So war es nicht gemeint.) Doch, so war es gemeint; wir haben es wiederholt Herrn v. Bötticher gesagt: das kam aus seines Herzens Innerstem heraus. Genug! Was sind die Regierungen anders, als der Verwaltungsausschuß der bestehenden Klassen! Als ich das vor sieben Jahren einmal im Reichstage hier sagte, sah ein Herr so nahe bei mir, wie jetzt dieser Herr da auf der Tribüne und meinte: Sehr richtig! Und das war der Verwaltungsrath Herr v. Bötticher. Die bestehenden Klassen einmal, die bestehenden Klassen zweimal, die bestehenden Klassen zum dritten Male und dann erst die Arbeiter. So sieht es!

Als rother Faden ist durch die Ausführungen des Grafen Posadowsky der Gedanke gegangen: Wir müssen mit der Sozialreform sehr langsam und vorsichtig vorgehen. Davon sind wir überzeugt. In dem Augenblick, wo ich in der Zeitung las, daß an die Stelle des Herrn v. Bötticher Graf Posadowsky getreten sei, wußte ich, was die Uhr geschlagen. Ich hätte sehr gewünscht, er wäre im Reichstage geblieben, er ist ganz gut hinpaß (Heiterkeit), aber er paßt nicht ins Reichsamt des Innern. Das haben seine bisherigen Reden gezeigt. Die Sozialreform ist so gut, wie eingesagt. Wir werden allerlei kleine sozialreformerische Mittelchen bekommen, auf sozialreformerische Maßregeln müssen wir verzichten. Das wird und kann nicht so bleiben. Wenn Sie nicht wollen, dann zwingen Sie die Arbeiter dazu. Schon regt es sich auch unter den Arbeitern des Zentrums. Der Nachener und der bayrische christlich-soziale Textilarbeiter-Verband wollen an den Reichskanzler um 10 beziehlich 10 1/2 stündige von Gefes wegen eingeführte Arbeitszeit einschneidend den kleinen Pausen appellieren.

Kein Mensch mit offenen Augen kann auch nur eine Minute darüber im Zweifel sein, daß die Massenproletarisierung mit jedem Tage zunimmt, daß die Masse der Arbeiter mehr und mehr die ungeheure Mehrheit in unserm Staatswesen bildet, und der Staat und die Gesellschaft bei Gefahr ihrer eigenen Existenz genöthigt sind, diesen Arbeitern gerecht zu werden! (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Prof. Haff (nall.): Der deutsche Reichstag legt sich in auswärtigen Angelegenheiten eine Zurückhaltung auf, die der Würde einer großen konstitutionell regierten Kulturnation nicht entspricht. Die Kämpfe des Deutschlands in Oesterreich gegen das tschechische und polnische Volk müssen hier besprochen werden. Ich hoffe der Zustimmung der Mehrheit aller Parteien sicher zu sein, wenn ich erkläre, daß unsere Sympathie unsern deutschen Volksgenossen gehört, die bis 1866 mit uns vereint waren. Meinem deutschen Empfinden steht der letzte deutsche Arbeiter und Bauer, ja der rothe Demokrat näher, als der hochgeborene polnische konservative Graf oder tschechische Fürst. Gegen die Beschimpfung, die unsere österreichischen Brüder gestern von welscher Seite erfahren haben, protestiere ich. Die Deutsch-Oesterreicher sind ebenso wenig wie wir für Annexion. Wir verlangen kein Einschreiten unserer Regierung, höchstens insoweit, als die Sicherheit deutscher Reichsbürger in Frage kommt, die in der Bartholomäusnacht in Prag vom tschechischen Vöbel bedroht war, zu dem ich auch den Bürgermeister von Prag rechne. Den Loos des deutschen Kaisers in Pest hat ein ungarischer Ministerialrath im „Vesti Hirlap“ so ausgelegt, daß Millionen deutscher Volksgenossen im Oden dem nationalen Untergange preisgegeben werden sollen. Dagegen sollte der Reichskanzler protestieren.

Abg. v. Czarkowski (Pole): Wenn die Polen die Rechte in Preußen hätten, die die Deutschen in Oesterreich haben, würden sie sehr zufrieden sein.

Direktor im Reichs-Marineamt, Contre-Admiral Büchsel: Die Thatsache ist richtig: der Staatssekretär der Marine hat in der That den Arbeitern eine Zeitung empfohlen. Er hat bei den heutigen Zuständen der Arbeiterliteratur das Recht und die Pflicht, eine Zeitung zu empfehlen, die die Interessen der Arbeiter der Schiffsindustrie vertritt und auf dem Boden der bestehenden Gesellschaftsordnung vertritt in verständlichem Sinne redigiert ist. (Bravo! rechts.) Für die Herstellung und Verbreitung des Blattes giebt der Staatssekretär aber keinen Pfennig aus. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Dahn (wildt.) dankt den Abg. Haff und Zimmermann für ihre nationalen Aeußerungen in der Oesterreicherfrage. Man werde ihnen in Oesterreich dafür dankbar sein. Was die Regierung nicht thun dürfe, dürften die Abgeordneten thun. Er bringt dann den Fall einer Mißhandlung eines deutschen Lehrers in Brasilien zur Sprache, der nichts anderes gelhan habe, als bei einem Ausfluge der Kinder neben der brasilianischen auch eine deutsche Fahne mitgeführt zu haben. Schließlich bespricht er die deutsche Handels-Vertragspolitik. Er giebt dem Landwirtschaftsminister den Rath, die Grenzen gegen die Einfuhr von Schweinen und Gänsen zu schließen und sich besser über die Nothwendigkeit von Erlässen von Quarantänemaßregeln zu informieren. Die den großen Getreide-Importländern vom Reiche gewährten Zollkredite seien wahre Liebesgaben. Wenigstens in diesem Punkte sollte die Regierung den Wünschen der Landwirtschaft entgegenkommen. Es scheine so, als habe man diese Liebesgaben nicht auf, um den Großhandel in guter Stimmung für die Flottenvorlage zu erhalten. Die preussische Regierung sei zu spät an die Ausführung des Wörfengesetzes herangegangen. Sie habe einen schweren Fehler gemacht, daß sie die Wölfe nicht als Einheit aufgefaßt habe. Effektenbörse und Produktenbörse hätten gemeinsam der Neuordnung unterworfen werden müssen. Die Regierung müsse wie gegen den Hauptlast auch gegen die Frühlörse und die Klosterbörse vorgehen. Das Ober-Verwaltungsgericht werde hoffentlich die Entscheidung des Bezirksausschusses aufheben. Bei der Verhandlung vor dem Bezirksausschuß scheine der Regierungsdirektor durchaus ungenügend informiert gewesen zu sein. (Sehr richtig! rechts.) Der Getreide-Zerkaufhandel besteht in Berlin in der alten Weise fort, obwohl er durch das Gesetz verboten sei. Die Getreidepreise seien nicht zurückgegangen, sie seien bei uns ebenso hoch wie in New-York und Chicago. Die Beseitigung des Getreideterminhandels habe eine sprunghafte Preisbewegung verhindert. Im Zentralkomitee des Schutzverbandes gegen agrarische Uebergriffe sei mehr als die Hälfte Juden, deren Interesse dem der Landwirtschaft schmeicheln zuwiderläuft. Ihre Interessen liegen bei den großen internationalen Spekulationen. Ueber hohe Schutzzölle schreien diese Herren dann Ach und Weh oder Au und Weh, je nach dem Stamme, dem sie angehören.

Abg. Ahlwardt (Antif.) (Heiterkeit): Ich hätte nicht geglaubt, daß ich bei der vorgerückten Zeit und der Ermüdung im Hause hier auf der linken Seite mit solchen, dem Thierreich entstammenden Tönen empfangen werden würde. (Heiterkeit.) Ich kenne dieses naturgeschichtliche Konzert ja schon. (Heiterkeit.) Ich bitte um Entschuldigung, daß ich noch so spät rede, aber ich habe das Wort nicht eher bekommen und da ich's einmal habe, gebe ich's nicht her. (Große Heiterkeit.) Nun läßt Ahlwardt eine oft von Heiterkeitsstürmen unterbrochene Kritik aller Parteien folgen. Aus seinen weiteren Ausführungen heben wir die folgenden Stellen hervor: Dem Mittelstande kann nur mit energischen Mitteln geholfen werden. (Allseitiges Lachen.) Die Großindustrie muß so belastet werden, daß sie dem Mittelstande nicht mehr gefährlich werden kann. Deshalb schlage ich vor eine möglichst große Umfassener, die ihr vor allem die Reingung nehmen wird, möglichst viel und möglichst billig zu produzieren. Zweitens ist die Anweisung des Kreditwesens unumgänglich notwendig. Durch eine Verstaatlichung der Reichsbank hoffe ich eine Aenderung. Die Landwirtschaft hat gewiß ein besonderes Interesse. Ich siehe

auf dem Boden (Heiterkeit), daß es darauf ankommt, daß die produzierenden Landwirthe für ihre Produkte mehr bekommen, während doch der Konsument nicht mehr zu geben hat. (Große Heiterkeit.) Warum sollte in Deutschland nicht eine Vergesellschaftung des Getreidehandels möglich sein! Durch Ausschaltung der Mittlerpersonen, des Handels, würde der Landwirtschaft außerordentlich genützt werden. Hieran läßt Ahlwardt seine bekannte Antisemitenrede folgen, der die folgenden Sätze entnommen seien: Die Juden sind als Gäste nach Deutschland gekommen, und jetzt haben sie nach einer Schätzung die Hälfte des ganzen Nationalreichthums. Die Juden bilden eine Organisation im Staat, sie drängen sich in alle Kreise. Glauben Sie, daß Herr Singer aus Liebe zu den Arbeitern mit seinen Millionen zu ihnen gekommen ist? Nein, um ihre Bewegung so zu dirigieren, daß sie dem Judenthum nützlich werden. Die Juden nisten sich überall, also auch in der Arbeiterbewegung ein.

Präsident v. Buol unterbricht den Redner und fordert ihn auf, sich an den Ort zu halten.

Abg. Ahlwardt schließt seine Bemerkungen mit einem Hinweis darauf, daß er geglaubt habe, wenn von der Landwirtschaft, von Zuckersteuer, vom Wörfengesetz zc. die Rede war, auch von den Juden sprechen zu dürfen.

Daraus wird die Verhandlung vertagt.

Zur persönlichen Bemerkung:

Abg. Freih. v. Stumm (Rp.): Der Abg. Bebel hat hier den Herrn Fink schwer angegriffen und meinen Namen in unmitttelbarem Zusammenhang damit gebracht. Ich darf konstatieren, daß dieser Herr die Behauptungen des Abg. Bebel für unwahr erklärt, nicht nur darin, daß er bei der Abfassung der erwähnten Schrift nicht mitgewirkt, sondern sie lediglich auf Anforderung des Verlegers in stilistischer Beziehung einer Prüfung unterzogen hat, vor allen Dingen ist auch unwahr die ganze Geschichte in bezug auf den Verein „Berliner Presse“. Herr Fink ist freiwillig, wie er sagt, aus dem Verein ausgetreten, und niemals ist ihm eine Aufforderung zugegangen. Ich fordere den Abg. Bebel auf, wenn er seine Behauptungen aufrecht halten will, dies in einer Form zu thun, welche es dem Herrn Fink gestattet, die Wahrheit an anderer Stelle festzustellen.

Abg. Singer (Soj.): Der Abg. Ahlwardt hat sich erdreistet, mir zu insinuirn, daß ich aus materiellen Motiven der Sozialdemokratie beigetreten sei. Ich halte es nicht für nöthig, meinen Parteigenossen gegenüber ein Wort darüber zu sagen, ich halte es überhaupt für überflüssig, idiotischen Ausführungen gegenüber eine Abwehr zu brauchen.

Präs. v. Buol erklärt den Ausdruck „idiotische Ausführungen“ für unzulässig.

Abg. Bebel: Da Herr v. Stumm seine Bemerkung damit einleitete, daß ich einen Ehrenmann hier gewohnheitsmäßig angegriffen hätte, darf ich konstatieren, daß es mir nicht eingefallen wäre, Herrn Fink zu erwähnen, wenn nicht der Abg. v. Karborski die Gelegenheit ergriffen hätte, die Broschüre Fink's in die Debatte hineinzuziehen. Daß Herr Fink die Broschüre im Auftrage des Verlegers redaktionell corrigirt hat, ist zugegeben. Damit ist alles zugegeben, was ich zu diesem Punkt gesagt habe. Auch das übrige halte ich aufrecht. Es ist dem Herrn von dem Verein „Berliner Presse“ nahegelegt worden, aus dem Verein auszufcheiden, weil er vor einigen Jahren sich in Amerika der Beschleifung schuldig gemacht hatte und dies von einem New-Yorker Journalistenverein festgestellt wurde. Deshalb nun sich Freiherr v. Stumm mit ganz besonderem Interesse dieses Herrn annimmt, erklärt sich aus dem, daß er nach eigener Angabe seit 4 Wochen Geschäftsführer der freikonservativen Partei ist und deren Korrespondenz leitet.

Frhr. v. Stumm: Es geht doch wohl nicht an, jemand wegen stilistischer Korrekturen als Eideschwörer zu bezeichnen. So lange der Abg. Bebel der Aufforderung, die ich an ihn richtete, nicht nachkommt, ist, da Herr Fink diese Behauptungen absolute Verleumdungen nennt, hier niemand in der Lage, die Wahrheit festzustellen. Und ich halte es für eine Verleumdung und halte es um so mehr dafür, als ich den Herren ins Gedächtnis zurückrufen will, daß bei den Verhandlungen des Militäretats, wo der Abg. Bebel Militärmißhandlungen zur Sprache brachte, wiederholt hier klargestellt ist, daß die Behauptung wider besseres Wissen völlig aus der Luft gegriffen ist.

Abg. Ahlwardt: Ich habe nur behaupten wollen, daß der Abg. Singer hauptsächlich wohl arbeite, um die sozialdemokratische Bewegung so zu führen, daß sie den Interessen der Juden diene. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Noch gemeiner!) Ob das noch gemeiner ist, ist eine Sache für sich. Dann möchte ich sagen: Ich glaube, die Anekdote „idiotische Rede“ und die Drohung mit der körperlichen Züchtigung bedauern die Herren selbst. Sie sind ihnen nur im Augenblick der Erregung entfahren.

Präsident v. Buol stellt fest, daß der Abg. Ahlwardt nicht die Absicht gehabt, zu beleidigen und empfiehlt, diese Sache als erledigt zu betrachten.

Abg. Bebel: Freiherr v. Stumm hat behauptet, ich hätte verleumdet, ja daß ich überhaupt Verleumder sei und Unwahres wider besseres Wissen wiederholt behauptet hätte. Herr Freiherr v. Stumm! Verleumdung bedeutet: Etwas wider besseres Wissen behaupten, und wenn Sie dieses Wort aufrecht halten, erkläre ich Sie für einen gemeinen Menschen.

Präsident v. Buol ängelt.

Abg. Bebel (fortsetzend): In der Sache selbst habe ich mich auf Thatsachen und Angaben gestützt von Leuten, die genau unterrichtet sein konnten. Ich werde diesem Ehrenmann Herrn Fink Gelegenheit geben, zu thun, was er verlangt. Daß der Freiherr von Stumm die Vertbeidigung so weit treibt, daß er verucht aus glauben zu machen, daß sich an die Redaktion der Broschüre nicht eine Mitarbeiterschaft angeschlossen, zeigt, daß er die Unheilssähigkeit des deutschen Reichstages sehr niedrig einschätzen muß.

Abg. Frhr. v. Stumm (Rp.): Ich würde dem Abg. Bebel nichts erwidern, denn jede Beleidigung meiner Person durch ihn, ist für mich eine Ehre, wenn ich nicht dem Hause gegenüber die Verpflichtung fühlte, zu erweisen, daß ich mich nicht unparlamentarisch geäußert habe. Aus meinen Worten war der Vorwurf der persönlichen Verleumdung nicht herauszulassen. Ich habe nur gesagt, Herr Fink behauptet, Bebel habe ihn verleumdet und ich habe gesagt, Herr Bebel habe sich auch schon bei Besprechung von Soldatenmißhandlungen zum Träger von Verleumdungen gemacht.

Präsident v. Buol: Die Aeußerung des Herrn v. Stumm gegen ein Mitglied des Hauses, jede Beleidigung die es ausspreche sei eine Ehre für ihn, involvirt eine Beleidigung dieses Mitglied. Ich rufe deshalb Herrn v. Stumm zur Ordnung.

Abg. Bebel (Soj.): In diesem Hause glaubt es kein Mensch, daß Herr Fink bei der Broschüre nur die Korrektur geleistet hat. Herr v. Stumm hat mir direkt den Vorwurf persönlicher Verleumdung gemacht.

Präsident v. Buol verliest das Stenogramm, aus dem hervorgeht, daß v. Stumm gesagt hat, Fink neune die Behauptung Bebel's eine Verleumdung.

Abg. Bebel: Ich bitte auch das Stenogramm weiter zu verlesen, bis zu der Stelle, wo von Verleumdungen des Militärs die Rede ist.

Präsident v. Buol: Das Stenogramm liegt mir bis zu dieser Stelle noch nicht vor. Ich werde es präsen und eventuell morgen auf die Angelegenheit noch einmal zurückkommen.

Hierauf wird die Sitzung geschlossen.

Nächste Sitzung Donnerstag 12 Uhr. Tagesordnung: 1. Antrag der Weichsitzordnungs-Kommission betr. das Mandat des Abgeordneten Baasche (nall.). 2. Fortsetzung der Staatsberatung. 3. Erste Besetzung der Militär-Strafprozess-Reform.

Kommunales.

Mit dem sittenpolizeilichen „Nisgriff“, der in den letzten Tagen so viel böses Blut erregt hat, wird sich demnächst auch die Stadtverordneten-Versammlung zu beschäftigen haben.

Von dem Stadtverordneten Cassel und noch 41 Stadtverordneten ist folgender Antrag bei der Stadtverordneten-Versammlung eingegangen: „Die Stadtverordneten-Versammlung beschließt, den Magistrat zu ersuchen, in Verhandlungen mit dem königl. Polizeipräsidium über geeignete Maßnahmen und Anordnungen zu treten, durch welche die sittenpolizeiliche Untersuchung und vorherige Verhaftung unbescholtener Frauen und Mädchen in Zukunft verhindert wird.“

Ferner hat der Stadtverordnete Perls in Gemeinschaft mit noch 21 Stadtverordneten nachstehenden Antrag in der Stadtverordneten-Versammlung eingebracht: „Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, beim Polizeipräsidium dahin zu wirken, daß eine größere Gewähr geschaffen werde gegen ungerechtfertigte polizeiliche Sittirung und Festhaltung, sowie für eine nähere Behandlung von Polizei-Arrestanten, ferner auch eine Reform der Sittenpolizei dem Polizeipräsidium zu empfehlen.“

Als vor gut Jahresfrist die Reformbedürftigkeit der Kriminalpolizei an einer Anzahl unentdeckter Morde, die sich um den Fall Werner-Große herumgruppirten, ganz besonders grell zu Tage trat, wurde lebhaft die Reorganisation dieser polizeilichen Einrichtung verlangt. War etwas von einem Erfolg zu spüren? Man hegte damals noch verschiedentlich den Glauben, daß in der politischen Polizei gewandte Leute vorhanden sein müßten, und verlangte, daß diese Spezies sich durch die Jagd auf unentdeckte Morde nützlich machen sollte. Der Bedarf höherer Prozeß, sowie der Tausch-Prozeß haben aber dargehan, daß die politische Polizei selbst noch in weit höherem Grade reformbedürftig ist als die Kriminalpolizei. Wer weiß aber etwas von einer Reform zu berichten? Zeht kommt gleichermassen die Reformbedürftigkeit der Sittenpolizei an Tageslicht. Wer hofft in diesem Falle? Unsere Meinung war von Anfang an, daß die preussische Polizei gar nicht anders sein kann, als sie jetzt ist, und daß eine Aenderung in unseren Sicherheitszuständen erst eintritt, wenn das heutige System sein natürliches und wohlverdientes Ende gefunden hat. Die Herren Cassel und Perls verdienen für ihren Eifer gewiß alle Anerkennung, ob auf einen ernsthaften Erfolg werden sie sich wohl selber nicht zu machen.

Da zwischen der Schillingstraße und der Oberbaumbrücke eine feste Verbindung der beiden Spreer-Ufer bis jetzt fehlt, ist die städtische Baudeputation zur Zeit mit einem Projekte beschäftigt, nach welchem im Zuge der Eisenbahnstraße und in der Verlängerung derselben eine massive Brücke und im Anschluß daran die Eisenbahnstraße zur Mühlenstraße fortgeführt werden soll. Von dem Ergebnisse der Beratungen der Baudeputation wird es abhängen, ob nicht ein bereits in früherer Zeit aufgestelltes Projekt zur Verwirklichung gelangt, nach welchem die Mantelstraße über die Köpnickstraße hinweg bis zur See durchgelegt und in der Verlängerung dieser Straße bis zur Mühlenstraße unter Erbauung einer Brücke durchgeführt werden soll. Es würde bei Ausführung dieses Projektes ein durchgehender Verkehr von der Kottbuser Brücke resp. dem Kottbuser Ufer nach dem Köpnick-Platz und weiter nach der Frankfurter Allee und nach der Friedenstraße geschaffen werden.

Lokales.

Ueber die Dienstmädchen-Verhältnisse in Berlin enthält die Schrift des Dr. Hirschberg über die soziale Lage der arbeitenden Klassen in Berlin mehrere ganz lehrreiche Angaben. Die Zahl der in Berliner Haushaltungen angestellten Dienstmädchen veranschlagt er auf 65 000. Trotzdem nun die Zahl der Dienstmädchen gleich bleibt, oder richtiger, mit der zunehmenden Bevölkerung alljährlich etwas steigt, findet fortwährend eine sehr starke Zu- und Abwanderung der sich als Dienstmädchen meldenden Personen statt. Im Jahre 1895 wurden über 45 000 als zugezogen in Berlin gemeldet, und 34 000 wurden noch ausserhalb abgemeldet oder schieben durch Heirat aus der Klasse der Dienstmädchen aus. Was das Alter der Mädchen betrifft, so war von je 1000 erst 12 bis 14 Jahre alt: ein 8, 14 bis 16 Jahre alt waren von 1000 Dienstmädchen 47, 16 bis 18 Jahre waren von 1000 95, 18 bis 20 waren 131, 20 bis 30: 522, 30 bis 40: 128, 40-50: 48, 50-60: 23, 60-70: 8, über 70 Jahre alt waren von je 1000 Dienstmädchen nur 2. Man sieht also, daß die jüngeren Altersklassen sehr stark überwiegen. Ueber 40jährige Dienstmädchen sind nur noch spärlich vertreten. Wenn die Mädchen bis etwa zum 40. Jahre ihre Arbeitskraft verkauft haben, dann finden sie nur noch sehr schwer Stellung, und denjenigen, die nicht Gelegenheit zu anderen Erwerb oder zu einer Heirat gefunden haben, bleibt dann meistens nichts übrig, als wieder ihre heimathlichen Dörfer und Städte aufzusuchen, um dort das Dasein zu beschließen. Auch hieraus erklärt sich der oben nachgewiesene starke Abzug von Mädchen und das fortwährende Zustromen frischen Nachwuchses. Die jungen Dinger kommen in Schwarm mit allen Hoffnungen der Jugend in die große Stadt hinein, um diese dann, wenn die Hoffnungen und Wünsche langsam zu Grabe getragen sind, alt und abgearbeitet wieder zu verlassen, — günstigen Falls mit einigen hundert Mark ersparten Geldes.

Wenig erbaut sind die Berliner Droschkentischer von der Nachricht, daß noch ein neuer Taxameter-Apparat zur Einführung gelangen soll, trotzdem bereits fünf verschiedene Konstruktionen hieher im Gebrauch sind. Die sechste Konstruktion, welche wiederum verschiedene Verbesserungen aufweisen soll, stammt von einer Dresdener Firma. Das ist des Guten entschieden zu viel, und die Droschkentischer werden Mühe haben, sich in all dem Taxameterwust schließlich auszukennen. Dazu kommt noch, daß zu jedem Apparat eine Beschreibung erforderlich ist, welche die Kutscher sich zumest auf eigene Kosten beschaffen müssen. Diese sind demnach gezwungen, sich mit sechs Beschreibungen zu versehen, da sie bei dem häufigen Arbeitswechsel die Bekanntschaft mit allen sechs Taxameter-Konstruktionen machen. Daß die Fahrgäste zum theil kein besonderes Gewicht auf die Fahrpreis-Anzeige legen, beweisen die Fälle, in denen die Kutscher auf ausdrücklichen Wunsch der Fahrgäste den Apparat nicht einschalten. Das dies unter Umständen nicht strafbar ist, hat die Gerichtsverhandlung gegen den Kutscher Albert Lorenz bewiesen. Das Gericht sprach denselben frei, weil derselbe von seinem Fuhrherrn die ausdrückliche Erlaubnis hatte, auf Wunsch von Fahrgästen auch ohne Taxameter, d. h. ohne den Apparat einzuschalten, als gewöhnliche 1. Klasse zu fahren. Um nun den vielfachen Denunziationen wegen Betrages als grund von Fahrten mit nichteingeschalteten Apparaten zu entgehen, legt es in der Absicht der Droschkentischer, diese Erlaubnis allgemein von ihren Fuhrherrn zu erwirken.

Die Entbindung einer Prinzessin ist ein Ereigniß, das in patriotischen Kreisen mit Jubel begrüßt zu werden pflegt, während der weniger patriotische Theil der Bevölkerung theilnahmslos daneben steht. Heute haben wir aber eine Ausnahme zu verzeichnen: die Tochter eines norddeutschen Fürsten, die Gräfin eines regierenden Staatsoberrhaupstes, hat einem Kind des Volkes das Leben geschenkt. Es handelt sich dabei nicht um ein Wunder, sondern um einen natürlichen Vorgang, für den allerdings die ärztlichen Händel keine Fürsorge getroffen haben. Erstreckt ist es immerhin, daß man endlich auch in den höheren Regionen einen Boden für das Zusammenwirken mit Proletariern gesucht und gefunden hat.

Der Vater des Kindes soll sich übrigens erboten haben, für dieses zu sorgen, ein weiteres Zeichen dafür, daß das Volk mehr an seinen Gebieteren hängt, als man im allgemeinen annimmt. Vielleicht trug zu diesem Anerbieten besagten Vaters der Umstand bei, daß die Prinzessin „es“ befohlen hatte. Wer hätte gedacht, daß Prinzessinnen so beschlagenerisch sein können.

Aus der Gegend der Hasenhalde. Das umfangreiche Gelände, welches von der Wärsdstraße, Bergmann, Kaiser Friedrich- und Gneisenaufstraße begrenzt wird, ist vom Fiskus für den Preis von 3 000 000 Mark an den Kommune-Rath Lübeck verkauft worden. Derselbe hat mit der Parzellirung dieses Terrains bereits begonnen und es werden in nächster Zeit dort Miethskafenen errichtet. Gleichzeitig mit der Parzellirung wird auch die südliche Hälfte der

Grüßenausgabe zwischen Waldstraße und Kaiser Friedrich-Platz, sowie die Verbindungsstraße zwischen Grüßenaus- und Bergmannstraße, nach einem mit der städtischen Bau-Deputation getroffenen Abkommen, vom Kommerzienrat Wabbe auf seine Kosten endgültig reguliert worden.

Nach Spandau auf die Festung gebracht worden ist am Montag der Vorsteher der Militär-Eisenbahn-Station Gausdorf, Sergeant Vorsteher von der 2. Betriebskompanie des Eisenbahn-Regiments Nr. 2. Vorsteher soll zu einer langen Freiheitsstrafe verurteilt worden sein, und zwar wegen Verleumdung eines Vorgesetzten. Welcher Art die Verleumdung und der ganze Vorgang war, ließ sich nicht ermitteln.

Die Direktion der **Vahnenhofer Brauerei** theilt uns mit, daß unsere Annahme, die Brauerei werde nach Verschmelzung mit der Schloßbrauerei fürstlich in die Wälder nach Pfaffenwalde verlegt, nicht zutreffend ist, vielmehr soll in dem bisherigen Betrieb keine Aenderung eintreten. Auch sonst ist in den geschäftlichen Unternehmungen keine Aenderung geplant.

Polizeibefehl an das Gesinde. Folgendes kulturhistorische Dokument giebt das Polizeipräsidium zum besten: Nach der Gesinde-Ordnung soll das Gesinde, wenn der Tag des Dienstauftritts auf einen Sonn- oder Feiertag fällt, an dem lehrvorausgehenden Werktage anziehen. Da der 2. Januar 1898, an welchem gesetzlich der Dienstauftritt erfolgen soll, auf einen Sonntag fällt und der 1. Januar ein Feiertag ist, so muß das Gesinde beim bevorstehenden Quartalswechsel bereits am 31. d. M. anziehen.

Für die hohen Holzpreise bei den jetzigen Holzversteigerungen in den Forsten der Berliner Umgebung werden besondere Gründe angegeben. Der Holzbedarf Berlins ist bisher vorwiegend aus den Ostprovinzen gedeckt worden. Die Waldbesitzer dieser Provinzen haben nun aber neuerdings einen Ring zur Erzielung höherer Holzpreise geschlossen. Dem gegenüber haben die großen Holzfirmen in Berlin beschlossen, vorläufig aus den Provinzen Ost- und Westpreußen und Posen kein Holz zu beziehen, sondern ihren Bedarf aus der Provinz Brandenburg zu decken. Durch ihren Wettbewerb sind, wie die „Voss. Ztg.“ schreibt, natürlich hier die Preise sehr schnell in die Höhe gegangen. Zu Regel mußten kürzlich sämtliche Viehtungslüste abziehen, ohne überhaupt ein Gebot abgegeben zu haben, weil einer der Berliner Großhändler den ganzen Einschlag vorher aufgekauft hatte.

Ein Opfer des „Erfindergeistes“ ist der Arbeiter Karl Volkmann geworden, der in einer Fabrik der Stromstraße beschäftigt war. Volkmann sann allenthalben Erfindungen nach und grante sich, daß er auf Fabrikarbeit angewiesen war. Gestern Abend warf er sich in der Gegend der Siedingerstraße vor einen Eisenbahnzug der Hamburger Bahn, der den Kopf vom Rumpfe trennte.

Von dem seit Anfang November verschwundenen **Freiseur Kuhn** vom Potsdamer Platz 4 konnte bisher noch keine Spur aufgefunden werden. K. ist zuletzt in Zehlendorf gesehen worden. Auf dem Bahnhof erklärte er einem ihm bekannten Stationsbeamten, daß er nach seinem Grundstück in Zehlendorf sich begeben wolle, um sodann mit dem nächsten Zuge die Rückfahrt nach Berlin anzutreten. Er verließ den Bahnhof und ist nicht wieder zum Vorschein gekommen. Die ursprüngliche Annahme, daß an ihm ein Verbrechen verübt worden sei, erscheint hinlänglich. Die genaue Abklärung des vermissten Grunewaldes unter Benutzung von Schweisshunden ist ohne Ergebnis geblieben. Es bleibt nur noch die Vermuthung übrig, daß K. sich bei dem am vergangenen Tage herrschenden Nebel während eines Spazierganges durch den Grunewald verirrt hat und in einem Wasserloch verunglückt ist.

Feuerbericht Dienstag Abend erfolgten gleichzeitig zwei Alarmlösungen. Einmal handelte es sich Kasanien-Allee 2 um einen Schaufensterbrand und dann Elsassstraße 73 um einen Gardinenbrand. Gegen 8 Uhr abends mußte Alexanderstraße 66 ein Kellerbrand gelöscht werden, der die Wehr längere Zeit beschäftigte. Stroh und mehrere Kellerverschläge gingen hier in Flammen auf. Endlich erfolgte Mittwoch Abend 7 1/2 Uhr nach Urbanstraße 7 noch ein Alarm. Hier handelte es sich um einen Zimmerbrand, der verschiedene Möbel zerstörte, aber durch die Feuerwehre noch rechtzeitig beseitigt werden konnte.

Theater. Die Weihnachtskomödie des Passage-Panoptikums „Ein illustriertes Quodlibet“ mit Gesang, Tanz und lebenden Bildern, ausgeführt von der Wiener Operetten-Gesellschaft, wird zum ersten Mal am Freitag, den 17. d. M. gegeben. — Das Olympia-Theater will uns mit, daß es seine Spielanlagen verbessert habe.

Aus den Nachbarorten.

Nicht in der Artilleriewerkstatt in Spandau, sondern in der dortigen Geschützfabrik besteht der vorgestern erwähnte Mißstand, daß die Arbeiter ihren Lohn erst drei Stunden nach Beendigung der Nachtlour ausgezahlt bekommen. Das Ersuchen um Abänderung muß daher an eine andere Adresse gerichtet werden, was hiermit geschieht.

Sieben Arbeiter ertranken. Auf dem frisch geschüttelten Damu der im Bau begriffenen Eisenbahn-Artemen-Neuruppiner-Wittstock am Ruppiner See war eben ein Sandzug mit zwölf beladenen Vorwärt von der Maschine auf den großen Arbeitsbahn geschoben worden, von dem aus die Schüttung erfolgt. Ob nun der Kahn ungenügend verankert war, oder wie es sonst gekommen sein mag, der auf dem Schiffe liegende Schienenstrang hatte sich nach der Seite hin verschoben; der Kahn verlor, als der schwere Zug hinauf fuhr, das Gleichgewicht und neigte sich stark nach der einen Seite; vier Rowies stürzten in den See. Auf der schmalen Galerie, die am Boot entlang führte, stand eine Anzahl Arbeiter zur Entladung bereit. Sie wurden in die Fluthen hinabgerissen. Einigen gelang es, sich zu retten, mehrere wurden unter verzweifelter Anstrengung in Sicherheit gebracht; vermißt werden noch sieben, die wahrscheinlich von den nachrückenden Erdmassen begraben, auf dem Grund des Sees liegen. Die Unglücksstelle wurde sofort polizeilich abgesperrt, weil der Andrang der Theilhaber und Neugierigen ein sehr starker war. Hertzgeretend war der Jammer der Frauen der Arbeiter, die in ihrer Ungewißheit über das Schicksal ihrer Männer am See schreiend auf und nieder liefen. Ein Arbeiter hatte erst am Sonntag Hochzeit gemacht.

Die Vorgänge in der Sadelschwing'schen Anstalt vor der Strafhammer Giesefeld.

In der Verhandlung vom Dienstag erscheint als erster wesentlicher Zeuge der Gärtner Schürmann: Ich habe einmal gesehen, als auf Klein-Labor ein Kranker bei der Arbeit in Krämpfe fiel, als dieser wieder zu sich kam, sagte er die Arbeit fort, er wurde aber schließlich so schwach, daß er einen Stuhl, den er trug, wieder hinsetzen mußte. Infolge dessen zog Bruder Schneider den Kranken derartig an Ohr, daß er denselben das Ohr einriß. Der Kranke lief unter großem Geschrei in die Station. Bruder Schneider lief dem Kranken nach und schlug ihn heftig mit einem dicken Stod auf den Kopf und auf den Rücken. Ich habe infolge dessen den Bruder Schneider zur Rede gestellt. Dieser antwortete: Die Kerls müssen gezüchtigt werden. Ich ging infolge dessen mit dem Kranken zu Herrn Pastor v. Bodelschwing, um uns dort zu beschweren. Wir wurden aber von der Pförtnerin abgewiesen. Wie begaben uns daher zu dem Hausvater Bäcker und verlangten, daß der Fall angezeigt werde. Hausvater Bäcker lehnte aber die Anzeige ab. In einem anderen Falle kam ich gerade hinzu, als Bruder Lauterbach einen Kranken mißhandelte. Als ich den Bruder zur Rede stellte, sagte dieser: Wenn die Kranken nicht arbeiten wollen, dann müssen sie durch Schläge dazu gezwungen werden. In einem dritten Fall habe ich gesehen, wie Bruder Koch einem Kranken ein paar Ohrfeigen gab. Im weiteren habe ich gesehen, wie Bruder Engelmann einen Kranken mißhandelte. Als ich diesen Kranken nach der Ursache der ihm gewordenen Mißhandlung fragte, sagte

dieser: Ich soll arbeiten, bin aber zu krank und zu schwach. Ich habe schon gestern nichts zu essen bekommen und heute auch nicht. Der Kranke, der über heftige Schmerzen klagte, erzählte, daß er sich bei Herrn Dr. Huchzermeyer oder bei Herrn Dr. Noellner, das kann ich nicht mehr genau sagen, beschwert habe. Der betreffende Arzt habe ihm aber geantwortet: Die Kranken beschweren sich oftmals ohne Grund. — Sanitätsrath Dr. Huchzermeyer erklärt, daß ihm ein solcher Fall nicht bekannt sei. — Vertreter der Nebenkläger, Justizrath Huchzermeyer: Weßhalb gingen Sie von der Anstalt fort? — Zeuge: Weil ich in der Anstalt zu wenig verdiente. — Staatsanwalt: Sie sollen gesagt haben, Sie seien deshalb von der Anstalt fortgegangen, weil Sie mit dem Pastor Siebold, der Sie beschuldigt, daß Sie Sozialdemokrat seien, Streit bekamen? — Zeuge: Allerdings, das war auch ein Grund mit. — Rechtsanwält Dr. Klasing: Sind Sie nicht der Anstalt noch etwas schuldig? — Zeuge: Jawohl, ich habe aber eine Gegenrechnung. — Der folgende Zeuge ist Hausvater Bäcker von der Station Klein-Labor: Ich erinnere mich, daß einmal der Gärtner Schürmann mit einem jungen Menschen zu mir kam. Schürmann erzählte mir: Bruder Schneider habe den Jungen heftig an Ohr gezogen. Ich untersuchte das Ohr und fand, daß es etwas wund sei. — Präsi.: Welche es den Eindruck, als ob das Ohr eingeknickt war? — Zeuge: Keineswegs. — Präsi.: Was machte der Kranke für einen Eindruck? — Zeuge: Ich glaube, es war ein Epileptiker, er machte einen bösen Eindruck. — Präsi.: Haben Sie den Fall zur Anzeige gebracht? — Zeuge: Nein, ich hielt den Fall für unerheblich. Ich habe den Bruder Schneider allerdings zur Rede gestellt. Dieser sagte mir, er habe den Kranken nicht geschlagen, sondern ihn bloß an Ohr gezogen, weil er ihm häufig entlaufen sei. — Bruder Schneider: Geschlagen habe ich den jungen Mann nicht, ich habe ihn bloß mit dem Stod gedroht. — Präsi.: Haben Sie deshalb eine Klage erhalten? — Zeuge: Jawohl. — Präsi.: Von wem? — Zeuge: Von dem Hausvater Bäcker und vom Vorstand. — Präsi.: Wer vom Vorstand hat Ihnen die Klage ertheilt? — Zeuge: Das weiß ich nicht, die Klage geschah schriftlich. — Präsi.: Bäcker, haben Sie dem Zeugen eine Klage ertheilt? — Zeuge: Das ist möglich. — Präsi.: Haben Sie die Sache zur Anzeige gebracht? — Zeuge: Das glaube ich nicht. Wenn erinnern kann ich mich nicht mehr, es ist schon so lange her. — Präsi.: Schürmann haben Sie den Fall angezeigt? — Zeuge: Ich habe es nur dem Hausvater Bäcker angezeigt. — Präsi.: Bäcker, woher mag der Vorstand von der Sache Kenntniß gehabt haben? — Bäcker: Es ist möglich, daß ich Jemandem den Vorfall erzählt habe. — Vertreter der Nebenkläger, Rechtsanwält Dr. Klasing: Können Sie es auf Ihren Eid nehmen, daß Sie den jungen Mann bloß an dem gesunden Ohr gezogen und ihn nicht geschlagen, sondern ihm nur mit dem Stod gedroht haben? — Zeuge: Jawohl. — Gärtner Schürmann: Ich bleibe bei meiner Behauptung, daß der junge Mann mindestens zwanzig Minuten in Krämpfen gelegen hat. Als er zu sich kam, begann er wieder zu arbeiten. Er wurde aber bald so schwach, daß er nicht weiter arbeiten konnte. Daraufhin riß Bruder Schneider den Zeugen derartig am Ohr, daß das Ohr eingerissen war und dem jungen Mann das Blut zum Hock herunterlief. Der junge Mann lief nun, laut schreiend, nach der Station, um dort Hilfe zu suchen. Bruder Schneider lief dem jungen Mann nach und schlug ihn mit einem dicken Stod heftig auf Kopf und Rücken. — Bruder Schneider: Das ist nicht wahr. — Schürmann: Das ist doch wahr, Bruder Schneider. Der junge Mann lief zu Herrn Pastor v. Bodelschwing, um sich bei diesem zu beschweren. Ich lief dem jungen Mann nach und traf ihn gerade vor dem Garten. Die Pförtnerin wies uns aber ab. Ich ging nun mit dem jungen Mann zu dem Hausvater Bäcker. Dieser hat dem jungen Mann das Ohr verbunden; meine Aufforderung, die Sache zur Anzeige zu bringen, lehnte Bäcker jedoch ab. Ich habe darauf den Vorfall dem Hausvater Bäcker erzählt, letzterer suchte jedoch mit den Achseln. — Bäcker bemerkt: Er erinnert sich nicht, daß er dem jungen Mann das Ohr verbunden habe. — Der folgende Zeuge ist Arbeiter Schäfer: Ich habe gesehen, wie Leute mit blutigen Köpfen aus der Badewanne kamen. — Präsi.: Sie haben gesehen, wie Leute mit blutigen Köpfen aus der Badewanne kamen? — Zeuge: Einen habe ich bestimmt gesehen. — Präsi.: Wie können Sie aber alldam von einer Mehrzahl sprechen. Zeuge: Sie stehen hier unter dem Bilde und ich ermahne Sie, sich jedes Wort zu überlegen. Also sagen Sie, was haben Sie gesehen? — Zeuge: Ich habe einmal gesehen, wie ein Kranker mit blutigem Kopfe aus der Badewanne kam. Hausvater Bäcker lief hinter dem Manne her und schlug ihn fortwährend heftig mit einer dicken Latte auf den Kopf.

Präsi.: Weßhalb mag das geschehen sein? — Zeuge: Das weiß ich nicht. — Der Zeuge bekundet im weiteren auf Befragen: Ich habe außerdem noch mehrfach gesehen, daß Kranke in der Badewanne geprügelt wurden. Ich habe ferner einmal gesehen, wie Hausvater Bäcker einen Kranken mit einem dicken dreikantigen Knüttel heftig auf den Kopf schlug. Frau Bächner rief ihrem Mann zu: Laß doch den Mann gehen. In einem dritten Falle habe ich gesehen, wie ein Bruder einem Kranken, der in Krämpfen lag, ein paar Ohrfeigen gab. — Präsi.: Wer war dieser Bruder? — Zeuge: Ich kannte diesen Bruder nicht, ich weiß nur, daß er einen schwarzen Vollbart hatte. Ich habe außerdem einmal gesehen, wie Hausvater Bäcker einen Kranken auf einem Reubau heftig schlug. — Es erscheint danach als Zeuge Pastor Mörchen. Der Angeklagte Bäcker hat behauptet: Pastor Mörchen sei wegen eines Sittlichkeitsverbrechens auf dem Disziplinarwege seines geistlichen Amtes entsetzt worden. — Pastor Mörchen: Die Behauptung des Angeklagten sei vollständig erfunden.

Es wird Frau Jungst als Zeugin in den Saal gerufen. Bekanntlich behauptete der Angeklagte Bäcker, daß ihn Frau Jungst zur Begehung des Ehebruchs habe verführen wollen, während die Frau das Gegentheil behauptet. Frau Jungst erklärt auf Befragen, daß sie ihre Aussage verweigere. — Der Staatsanwalt beantragt jedoch: Die Zeugin unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu vernehmen. — Der Gerichtshof beschließt dementsprechend. Auch die Vertreter der Presse müssen den Saal verlassen.

Nachdem die Öffentlichkeit wieder hergestellt ist, wird Zeichner Kopp als Zeuge ausgerufen. Dieser bekundet auf Befragen des Präsidenten: Er habe an Epilepsie gelitten und sei deshalb mehrere Jahre in der Anstalt gewesen. Er habe einmal gesehen, wie Hausvater Engelmann im Hause „Mamre“ einen Kranken furchtbar mißhandelt habe. Der Kranke lag am Boden und Hausvater Engelmann schlug den Kranken, der heftig schrie, fortwährend mit dem Kopf auf den Fußboden und zauspte ihn an den Haaren. — Präsi.: Weßhalb mag das wohl geschehen sein? — Zeuge: Das weiß ich nicht. — Präsi.: Geschah diese Prozedur vielleicht aus Härte, etwa um den Kranken zu beruhigen? — Zeuge: Diesen Eindruck konnte ich nicht gewinnen. Hausvater Engelmann war furchtbar erregt und schlug heftig den Kopf des Kranken auf den Fußboden. Fingsten dieses Jahres begegnete ich in der Nähe von Paderborn zwei Kranken aus „Mamre“. Da diese sehr betäubte Gesichter machten, fragte ich sie, was ihnen fehle. Die Kranken antworteten mir: Hausvater Engelmann schlage sie häufig mit einem dicken Riemen. Die Kranken zeigten mir auch die ihnen dadurch verursachten Striemen. In einem dritten Falle habe ich gesehen, wie ein alter, kranker Mann im Jagareth heftig geschlagen wurde, weil er des Nachts sein Bett genäht hatte. — Präsi.: Wer hat diesen alten Mann geschlagen? — Zeuge: Das weiß ich nicht, entweder war es ein Kandidat oder ein Bruder. — Präsi.: Womit wurde er geschlagen? — Zeuge: Ich glaube, mit einem Stod, es ist aber auch möglich, daß es ein Riemen war. — Beiführender, Landrichter Quinde: Daß der Geschlagene ein alter Mann war, haben Sie gesehen, nicht aber mit welchem Gegen-

stande geschlagen wurde? — Zeuge: Nein, ich kann nicht genau sagen, ob es ein Stod oder ein Riemen war. — Vertreter der Nebenkläger, Rechtsanwält Dr. Klasing: Haben Sie diese Mißhandlungen zur Anzeige gebracht? — Zeuge: Nein. — Rechtsanwält Dr. Klasing: Weßhalb nicht? — Zeuge: Herr Rechtsanwält, wenn man jeden einzelnen Fall hätte melden wollen, dann wäre man aus den Meldungen nicht mehr herausgekommen. Es kamen täglich mehrere Mißhandlungen vor. Ich selbst wurde mehrfach mißhandelt. Man wird schließlich gegen diese Mißhandlungen gleichgültig und abgestumpft.

Hausvater Engelmann sagt aus: Ein Kranker in „Mamre“ habe sich immer auf den Erdboden geworfen und mit dem Kopfe auf denselben geschlagen. Er habe daher den Kranken an der Schulter festgehalten, konnte aber nicht verhindern, daß der Kranke den Kopf unaufhörlich aufhob und senkte und dadurch mit dem Kopf auf den Fußboden schlug. Einen anderen Kranken, der eine Thür demolirt hatte, habe er allerdings mit einem kleinen Stod geschlagen.

Hausvater Bächner: Die Kranken gehen häufig auf einander los. Es ist in diesen Fällen meine Pflicht, dazwischen zu treten und die Krämpfenden auseinanderzubringen. In solchen Fällen muß ich selbstverständlich die Krämpfenden sofort angreifen, und wenn sie nicht gehorchen wollen, auch schlagen. Ich habe auch einmal einen Kranken, der furchtbar priente und dies trotz allen Verbois nicht lassen wollte, geschlagen.

Präsi.: Sie sollen den Kranken mit einer dicken Latte auf den Kopf geschlagen haben. — Zeuge: Auf den Kopf nicht, nur auf die Schulter. — Präsi.: Haben Sie den Kranken dabei verletzt? — Zeuge: Nein. — Präsi.: Haben Sie deshalb vom Vorstand einen Verweis erhalten? — Zeuge: Jawohl. — Auf ferneres Befragen bekundet der Zeuge noch: Er habe niemals einen Kranken in der Badewanne geschlagen, dagegen komme es häufig vor, daß die Kranken sich gegenseitig mit Holzschuhen bearbeiten. — Hausvater Kopp bekundet, einen Kranken geschlagen zu haben, er müsse allerdings die Kranken oftmals scharf ansassen, um sie auseinander zu bringen.

Dialon Slogau, der danach als Zeuge erscheint, wird von dem Zeugen Schäfer als derjenige erkannt, der einem Manne, der einen Krampfanfall hatte, ein Paar Ohrfeigen gegeben haben soll. — Dialon Slogau, bekundet das. — Schäfer: Das ist doch wahr. Sie haben einen Manne, der in Krämpfen lag, links und rechts ein Paar kräftige Ohrfeigen gegeben. Ich sagte Ihnen noch: Das ist nicht schön von Ihnen. — Dialon Slogau: Das bestritt ich. Sie konnten das ja so genau gar nicht sehen. — Schäfer: Ich fand ja ganz dicht dabei. — Slogau: Ich bestritt das. — Schäfer: Und ich halte eine Aussage aufrecht. — Maurer Schildermann: Er habe einmal gehört, daß ein Kranker infolge Unvorsichtigkeit in eine Wanne mit kochendem Wasser gefallen sei und sich derartig verbrüht habe, daß er nach einigen Tagen gestorben sei. — Arbeiter Schirmer: Er habe einmal gesehen, wie Hausvater Bächner einen blödsinnigen Kranken, weil derselbe nicht arbeiten wollte, mit einem Stod heftig geschlagen habe. Der Kranke sei infolge dessen entlaufen und habe seine Holzschuhe fortgeworfen. — Hausvater Bächner bestritt das. — Maurermeister Wolf bekundet: Schäfer, der bei ihm längere Zeit beschäftigt war, sei ein ganz vorzüglicher Arbeiter; er sei aber früher stark dem Trunk ergeben gewesen. — Dialon Erzgeist bekundet das. Schäfer sei jetzt kein Trinker mehr, sondern gehöre dem „blauen Kreuz“ an. — Es wird darauf aus dem Handelsregister festgestellt, daß die Firma Schumann u. Co. aus mehreren Inhabern bestehe. — Redakteur Hoffmann, der hierauf als Zeuge erscheint, bekundet: Schumann habe das Anerkennen Pablers, ihm für 500 M. das Manuskript abzukaufen, von vornherein abgelehnt. Dieser habe wohl kaum vier Seiten gelesen, sodah derselbe von dem Inhalt der Broschüre keine Kenntniß hatte. Dagegen habe er (Zeuge) das Manuskript durchgesehen und in Gemeinschaft mit Pabler verschiedene Stellen theils geändert, theils gestrichen, so daß seiner Meinung nach alle Verleumdungen ausgeglichen waren. Er habe deshalb zu Schumann gesagt: Diesmal werden wir eine Broschüre drucken, die nicht angeklagt werden kann. Zu seinem Bedauern habe er sich darin getrrt. Die Broschüre sei in 5000 Exemplaren gedruckt worden. Schumann habe auf seine (des Zeugen) Bestürmung nur den Druck übernommen, den Verlag aber entschieden abgelehnt. — Schumann: Er habe vor dem Druck der Broschüre gefragt, ob er einen dunklen Punkt in seinem Vorleben habe. Dies habe Pabler verneint. Hätte er das Vorleben Pablers getannt, dann würde er auch den Druck der Broschüre abgelehnt haben. — Auf Befragen Pablers bekundet noch der Zeuge Hoffmann: Wenige Tage vor dem Erscheinen der Broschüre sei der Hausvater Bäcker zu Pabler in die Wohnung gekommen und habe diesem in verdeckter Weise gedroht, ihn wegen Entwendung einer Matratze anzuklagen. — Hausvater Bäcker bestritt, irgend eine versteckte Drohung ausgesprochen zu haben.

Auf Antrag des Staatsanwalts beschließt der Gerichtshof, den Zeugen Hoffmann wegen bringenden Verdachts der Theilnahme nicht zu verurtheilen.

Verteidiger Justizrath Bock stellt nunmehr den Antrag: den Kreisphysikus Dr. Rinninghoff, der der ganzen Verhandlung beigewohnt, aber den Gefeszuhand seines Klienten Pabler zu vernehmen. Pabler, der sich überall von Geheimagenten verfolgt wähne, leide zweifellos am Größenwahn. Dazfr sprächen auch noch verschiedene Briefe desselben. — Der Staatsanwalt und die Vertreter der Nebenkläger erklären, daß sie zu dem Antrage nichts zu erklären haben. — Der Gerichtshof beschließt nach längerer Berathung: den Antrag des Verteidigers abzulehnen, da der Gerichtshof aus dem Verhalten des Angeklagten Pabler die Ueberzeugung gewonnen habe, daß derselbe weder zur Zeit der That, noch augenblicklich sich in einem Geisteszustande befindet, die seine freie Willensbestimmung ausschließt.

Auf Antrag des Staatsanwalts Dr. Klasing bemerkt Regierungsrath Feigell: Die Untersuchungskommission habe verschiedene Kranke gefragt, ob sie eine Beschwerde haben. Es haben sich einige Kranke beschwert. Die nähere Untersuchung habe jedoch in allen Fällen ergeben, daß diese Beschwerden vollständig unbegründet waren und die betreffenden Kranken an Halluzinationen litten.

Die Verhandlung wird auf Mittwoch, vormittags 9 Uhr, verlag.

Am Mittwoch wurde die Verhandlung zu Ende geführt. Das Urtheil lautet gegen den Angeklagten Pabler auf zwei Jahre Gefängniß und spricht dem Kläger die Publikationsbefugniß durch das „Berliner Tageblatt“ und die „Rheinische Ztg.“ zu. Schumann wurde freigesprochen.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten, bei jeder Anfrage eine Schilfer (zwei Buchstaben oder eines Buchst.) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll.

Die juristische Sprechstunde findet am Montag, Freitag und Sonnabend von 6 bis 8 Uhr abends statt.

N. D. 100. J. Orsbach-Rosenthal, Zigarrenfabrik, N., Schönhauser Allee 55, part. I u. II.

E. S. 22. Sie würden zur Zahlung verurtheilt werden. — W. W. 100. 1. Ende 1898. 2. Die Mittel würden trotz Verschwendung haften. — Wartenberg. Schriftliche Antwort ertheilen wir nicht. Zur Sache selbst: Der Vater hat nach zutreffender Ansicht auch im Gebiete des Verdrachts das Recht, seine über 21 Jahre alte Tochter, die sich selbst ernährt, in sein Haus zurückholen zu lassen, nicht. — S. D. 1. In 10 Jahren. 2. Sie müssen beim Amtsgericht eine richtige Darreichung in zwei Exemplaren einreichen. Formulare hierfür erhalten Sie in der Buchhandlung Bornhardt, N. O. Uns unmdglich. — N. D. 100. 1. In 5 bis 10 Jahren. 2. Nicht überall in Deutschland. 3. Der Vormund. — W. W. Vertheil ertheilt.

Wetter-Prognose für Donnerstag, 16. Dezember 1897.

Mild und vielfach heiter, zeitweise wolkig mit etwas Regen und mäßigen südwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Verfassungen.

Im Wahlverein für den sechsten Reichstags-Wahlkreis referierte am Dienstag Reichstags-Abgeordneter Genosse Vogt über die Notwendigkeit politischer Organisation. Unter Würdigung des Umstandes, daß die Hilfe der Partei bei gewerkschaftlichen Kämpfen oft in Anspruch genommen wird, forderte der Redner, auch die Gewerkschaften sollten politisch ihre Schuldigkeit thun. Aus seiner Thätigkeit im Parlament habe er die Erfahrung gewonnen, daß für jede Partei ein Lebensbedürfnis ist, in fester und enger Fühlung mit den Wählern zu bleiben. Den Sozialdemokraten gegenüber sind unablässig Einflüsse thätig, die versuchen, die Abgeordneten von dem ursprünglichen Massenstandpunkt abzudrängen; da sei es notwendig, durch die politische Organisation die Abgeordneten in ununterbrochener Verbindung mit den Massen zu erhalten. Das Wachstum der Partei brächte auch eine Steigerung der Anforderungen — das ist ein weiterer Grund, unsere Organisation auszubauen. Den Schluß der Rede bildete eine Betrachtung der gegenwärtigen politischen Lage mit dem Hinblick auf die Reichstagswahlen; die Aufforderung zum Wirken für die Organisation fand lebhaften Beifall. In der Debatte machte Kühn die mangelhafte Organisation für den Ausfall der Stadtverordneten-Wahl in Moabit

verantwortlich. Er meinte, auch von den Berufen, die gern die Partei in Anspruch nehmen, gehören nur wenige dem Wahlverein an. Kiesel und Guttman betonten, gegenüber der Agitation der National-Sozialisten sei es jetzt doppelt notwendig, die Wahlvereine zu stärken. Zum Schluß wurde noch mit wenigen Worten der Antrag Bebel betreffend Landtagswahlen berührt; man will vorläufig eine abwartende Stellung einnehmen.

Die Holz- und Bretterträger hielten am 7. d. M. eine Agitationsversammlung ab, in der Th. Meurer referierte. Die Anwesenden verpflichteten sich, Mann für Mann, soweit dies noch nicht geschehen, dem Fachverein der Holz- und Bretterträger beizutreten.

In Treptow Baumfahnenweg fand am 11. d. M. in dem Lokal von Speer eine gutbesuchte öffentliche Volksversammlung statt. Dr. Joel referierte über den Kampf um den Nordpol. Der bei-fällige aufgenommene Vortrag dehnte sich bis zur Polizeistunde aus, so daß die anderen Punkte der Tagesordnung nicht mehr vollständig erledigt werden konnten.

Charlottenburg. Am 12. Dezember fand im Lokal von Lehder eine öffentliche Versammlung der Delegierten zur Charlottenburger Gewerkschaftskommission behufs Stellungnahme zu den am Sonntag, den 19. Dezember, stattfindenden Delegiertenwahlen der

Charlottenburger Allgemeinen Ortskrankenkasse statt. Es wurde all-fällig als notwendig anerkannt, daß auch Leute da hinein delegiert werden müssen, welche auch die Interessen der Klassenmitglieder energisch vertreten. Unter „Gewerkschaftlich“ befaßt die Ver-sammlung, dem Vertrauensmann eine Anzahl Gesetzbücher zu ver-schaffen. — Sammellisten für die streikenden englischen Maschinenbauer sind beim Vertrauensmann Otto Flemming Schläferstr. 71 zu entnehmen.

Arbeiter-Bildungsschule. Insehr. 10, v. 22. Mittwoh: National-ökonomie (Grundriss der Nationalökonomie; Dr. Carl Schmidt). Donnerstags: Geschichte (Die vorgeschichtliche Zeit und die ersten geschichtlichen Lebensformen; Dr. Georg Jepsen). Freitag: Geographie (Weltkarte, die festpolitische Geographie, Strafrecht, geographisches Kon-zeptschema, Ethik, Völkerrecht, Erb- und Familienrecht, öffentliches Recht; Rechtsanwalt Wolfgang Heine). Die Bibliothek ist von 8-9 Uhr geöffnet. Büchleibezug monatl. 25 Pf. Kurios (10 Bände); 1 Pf. pro Band. Zeitschriften werden aufgenommen in der Schule und in folgendem: Gottf. Schenk, Kollmann, 40a; Neul. Buchhändler, 42; Schuler, Rosenhaldenstr. 27; Göttert, Müllerstr. 70; Paul Wiede, Wartenburgstr. 128; G. König, Pflanzstr. 30. Alle Buchstellen sind an den Vorlesungen Paul Wiede 1c, 50. Neue-zeitschr. 128, Geldentwässerungen an den Kaiserstr. 8, 201/2, S. Pflanzstr. 30, 31 (siehe).

Zentralverein der Bureau-Angestellten Deutschlands (Mitgliedschaft Berlin) Donnerstag, den 16. Dezember, abends 8 1/2 Uhr bei Schuler, Rosenhalden-straße-67; Sitzung. Vortrag: Gahr willkommen. Samstag, 19. Dezember, abends 10 1/2 Uhr: Ver-sammlungen bei Müller, Androstr. 26 und bei Petzin, Sonnenstr. 44.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

- Donnerstag, 16. Dezember. Opernhaus. Carmen. Anfang 7 1/2 Uhr. Schauspielhaus. Coriolan. Anfang 7 1/2 Uhr. Deutsches Jugendfreunde. Anfang 7 1/2 Uhr. Berliner. Faust I. Teil. Anfang 7 Uhr. Goethe. Ein Sommernachtstraum. Anfang 7 1/2 Uhr. Leistung. Hand Dusebin. Anfang 7 1/2 Uhr. Neues. Die Logenbrüder. Anfang 7 1/2 Uhr. Schiller. Heimg. Anfang 8 Uhr. Belle-Alliance. Deborah. Anfang 8 Uhr. Neffens. Divorçons. Anfang 7 1/2 Uhr. Unter den Linden. Orpheus in der Unterwelt. Anfang 7 1/2 Uhr. Central. Berliner Fährten. Anfang 7 1/2 Uhr. Thalia. Bitte recht freundlich. Hierauf Berlin über Alles. Anfang 7 1/2 Uhr. Suisen. Fröhliche Weihnacht! Anfang 8 Uhr. Friedrich. Wilhelmstädter. Am Rande der Wahrheit. Anfang 8 Uhr. Ostend. Leben und Lieben. Anfang 8 Uhr. Alexanderplatz. Die Herrscherin. Anfang 8 Uhr. Urania. Taubenstraße 48-49. Naturkundl. Ausstellung v. 10 Uhr vormittags ab. Abends 8 Uhr Wissenschaftl. Theater. Invalidenstr. 57/62. Täglich (außer Sonntags und Mittwochs) abds. 8 Uhr: Wissenschaftliche Vorträge. Näheres die Tagesanschlüsse!

Urania

Taubenstr. 48-49. Naturkundl. Ausstellung täglich geöffnet von 10 Uhr vorm. ab. Eintritt 50 Pf. — Abends 8 Uhr: Wissenschaftl. Theater. Invalidenstr. No. 57/62: Täglich (außer Sonntags und Mittwochs) abds. 8 Uhr: Wissenschaftliche Vorträge. Näheres die Tagesanschlüsse!

Passage-Panopticum. Wiener Tanz- und Operetten-Gesellschaft. Neues Programm. Illustration of a woman dancing.

Castan's Panopticum. Neu!! Indisch-hindustanische Gaukler — und — Schlangen-Beschwörer. Das BÄRENWEIB. Illustration of a bear.

OLYMPIA-Riesentheater. Täglich abends 8 Uhr Neues. Bolossy Kiralfy's „Constantinopel“. An Sonn- und Feiertagen 2 Vorstellungen, nachmittags 4 Uhr, abends 8 Uhr. Direction: Harman Freund, Haller u. L. Saenger.

Luisen-Theater

31. Reichenbergerstr. 31. Abends 8 Uhr: Fröhliche Weihnacht. Gaubermärchen mit Musik in 5 Bildern von L. Ottomeyer. Musik von Felix Krause. Freitag: Fröhliche Weihnacht. Direkte Verbindung mit dem Theater: Dietr. Bohn: Pantomime-Weihnachtsbergrichte in 10 Minuten.

Apollo-Theater. Desroches-Bianca Otto Reutter Carmen Faur La Foy's Feuer- u. Flammentanz. 32 Kunstkräfte 1. Ranges. Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr. Anfang 7 1/2 Uhr.

Neue Welt. S. Hasenhalde 108. Jeden Sonntag: Spezialitäten-Vorstellung und Ball. Empfehlung meine beiden Söhne (mit Theaterbüchse) zu Winterfestlichkeiten jeder Art. Einige Sonntage sind noch frei. Besichtigungen für Sommerliche werden schon jetzt entgegengenommen 32172.

Achtung! Maurer. Achtung!

Freitag, den 17. Dezember, abends 8 Uhr, in der „Conhalle“, Friedrichstraße Nr. 112: Große öffentliche Maurer-Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Die Einigungsfrage Leiber-Organisationen event. Ergänzungswahl der Einigungs-Kommission. 2. Die Abkündigung der Sammelkarten. 3. Gewerkschaftliches. 4. Bericht aller Kollegen, welche den Bericht der so wichtigen Tagesordnung zu würdigen wissen, ist es, in dieser Versammlung anwesend zu sein. Die Lokalkommission.

Gebrüder Herrnsfeld's I. Original-Budapester Possen- u. Operetten-Theater Kaufmann's Variété. Heute Anfang 8 Uhr. Gewöhnliche Preise. Ein Abend im Wintergarten und die unvergleichliche Situationskomödie Im Atelier. Hauptrollen: Anton und Donat Herrnsfeld. Ausserdem die Virtuosen des Humors Georg Rösser, William Schuff, Geschwister Reinhold. Die neueste Sehens-u. Hörens-würdigkeit, das Unikum von Humoristen-Wettstreit zwischen Dr. Steinitz und William Schuff. Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Das März-Denkmal!

Freitag, den 17. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, in Lips Brauerel, Am Friedrichshain 22-29: Große öffentl. Volksversammlung. Tages-Ordnung: Das März-Denkmal, eine Ehrenschuld der Berliner Bürger-schaft, und der Berliner Magistrat. Referenten die Herren Heinz Krieger und Dr. Julius Moses. Es gilt, den Wünschen der Bürgerschaft, daß den Todten des Jahres 1948 endlich die schuldige Ehre der Dankbarkeit abgetragen und ihnen eine in jeder Hinsicht würdige Ruhestätte bereitet wird, Ausdruck zu geben. Wir hoffen, daß die Bürgerschaft ihr Verständnis für die Sache be-weisen und durch zahlreiches Betheil der Versammlung betätigen wird. Das Comité zur Errichtung eines Denkmals für die März-Gefallenen. 23226

Wägemangeln Bringmaschinen von 16 Mark an. — empfiehlt als bestes Geschenk — E. Krieg, W. Leipzigerstr. 112; Kurfürstendamm 219. 50. Kolonnenstr. 136. Illustration of a machine.

Central-Theater

Alte Jakobstr. 30. Direction Richard Schultz. Donnerstag, den 16. Dezember 1897. Emil Thomas a. W. Zum 103. Male: Berliner Fahrten. Barocke Aufstiegsposse mit Gesang und Tanz in 5 Bildern von Julius Freund und Wilhelm Ranaardt. Musik von Jul. Einddorfer. Anfang 7 1/2 Uhr. Morgen und folgende Tage: Berliner Fahrten.

Ostend-Theater.

Gr. Frankfurterstr. 132. Dir. G. Welh. Zum 21. Male: Leben und Lieben. Volksstück mit Gesang in 5 Akten von O. Klein. Musik von G. Wanda. Anf. 8 Uhr. Im Tunnel von 7 Uhr ab: — Freilichtkonzert. — Sonntag, 14. 1. Male: Christlich. Weihnachtsmärchen mit Gesang von Günther Drauer.

Volks-Theater im Welt-Restaurant

97. Dresdenstr. 97. Mit vollen Segeln. Lebensbild in 3 Akten von G. Schutz. Hauptrollen: August Scherzinger; Rudolf Schaub; Wilhelm Scherzinger; Otto Wendi; Marie; Ida Richter. Die kleinste Contorsionistin der Welt Little Elsa. Im vorderen Saale: Tyroler Sänger Alois Ebner. Sonntag 6 Uhr. Anfang: Donnerstags 7 1/2 Uhr.

Alcazar

Variété-Theater I. Ranges. Dresdenstr. 62/63 (Witz-Passage) Annenstraße 42/43. Direction Richard Schultz. Vornehmster Familien-Aufführung. Real Novität! Rosen aus dem Süden. Große Aufstiegs-Posse in 1 Akt von G. W. W. — Fortsetz. Eine nette Bescheinung. Lustspiel in 1 Akt von L. Angelo. Auszeiten. Sämtlicher Kunst-Spezialitäten. Anfang: Donnerstags 8 Uhr. Sonntags 6 1/2 Uhr. Entree 20 Pf. Reservirt. Platz 50 Pf. Borzugskarten haben Gültigkeit. Sonntag, den 19. Dezember 1897: Letzte Vorstellung vor Weihnachten.

Circus Busch

(Bahnhof Börse). Donnerstag, 16. Dezember 1897. abends 7 1/2 Uhr: Wohlthätigkeits-Vorstellung für das XIII. Komitee des Nationalbank für Veteranen. In der Tanzstunde, gr. Quadrille. Die vorzüglichsten Freizeitspieler des Dir. Busch. Pferd und Mensch. Original-Dressur des Hgn. Gerra-dini. Der neu dressierte Elefant, höchst kom. Episode. Maria Doré à la Cavalier, auf dem ohrenth. Hengst „Petronius“. Hr. Marie Marions. Kopf-Gambellist a. fliegendem Tropez. Außerdem: Amantille Gionovis; Eugen Weidemann; Fredes Bergere; Gnanuelo & Modigliani; Bogomonsky; Gerold und Rogrini. Zum Schluß die letzten 3 Akte aus der Pantomime Nach Sibirien. Das großart. aller Wandgen-Schauf. Morgen 7 1/2 Uhr: Elite-Abend.

Maehr's Theater

Oranienstr. 21. Donnerstag, den 16. Dezember: Abschieds-Benefit für Charles Brunow. Täglich: Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung. Real! Ein toller Abend. Real! Ein Fehltritt. Real! Charakterbild. Mr. Willy, Jongleur a. d. rollenden Angel und Drahtseilkünstler. Anfang: Donnerstags 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr. Preise wie gewöhnlich.

Concerthaus

Leipzigerstr. No. 48. Täglich: Hoffmann's Quartett und Humoristen. Sonntag 7 Uhr. Anfang: Wochent. 3 Uhr. Alle fünf Barrisons. Zum 245. Male: Tene, liebe Tene.

W. Noack's Theater

Brunnen-Strasse 10. Täglich: Weihnachtswünsche oder: Ein Traum in der Christnacht. Weihnachtsmärchen mit Gesang in 3 Akten von Jacobson u. Girndt. Jeden Sonntag und Donnerstag nach der Vorstellung: Tanzkränzchen.

Berlin, was sagste nu!?!

Täglich erziehen in Quarg's Vaudeville-Theater, Gr. Hotel Alexanders! Das Armband von Müller, Das Modell von Gabel, einen Erfolg. aber nicht zu knapp. Die Original-Budapester (Lantzky & Splizer.) Vorzugskarten gelten.

Reichshallen-Theater.

Leipzigerstrasse 17. Das grossartige Monstre-Programm! Die drollig. Musik-Phantasten Gaetano-Olloms. Der brillante Imitator und Original-Humorist Bacchus Jacoby. Der Berliner Liebling Melanie Roberti. Das unerreichte Franklin-Quartett. 26 Kunstkräfte I. Ranges und der Excelsior-Himnograph. Anfang des Konzerts 7 1/2 Uhr. der Vorstellung 8 Uhr. Entree 50 Pf. Im Reichshallen-Tunnel: Gr. Militär-Konzert in Uniform.

Feen-Palast

22 Burgstr. 22. Dir. Winkler & Fröbel. Sonntag, den 19. Dezember: Letzte Vorstellung vor Weihnachten. Auftreten des gesammten Künstler-Personals in den besten Glanznummern. Um 8 1/2 Uhr die erfolgr. Posse Glue nette Weihnachts-beschreibung. Lebende Photographien etc. Anfang 7 1/2 Uhr. Entree 30 Pf. Am zweiten Weihnachtsfesttag mittags 12 Uhr: Extra-Fest-Matinée des gesammten Künstler-Personals unter Mitwirkung von Wilhelm Fröbel.

Ausserordentliche General-Versammlung der Mitglieder der Allgemeinen Sterbefälle für Männer und Frauen in Berlin

(ehem. Sterbefälle der Maschinenbau Arbeiter etc.) Sonntag, den 19. Dezbr. 1897. vormittags 10 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstr. 27b (oberer Saal). Tages-Ordnung: 1. Befähigung der vom Vorstand gewählten Kassendirektoren, laut § 23 des Statuts. 2. Wahl eines Revisors. 3. Antrag des Vorstandes über einen Antrag zu § 10 des Statuts. 4. Antrag Geze u. Genossen auf Neuwahl des Verwaltungsvorstandes und der Revisoren. Das Sitzungsbuch resp. Quittung der Sterbefälle legitimirt. Der Vorstand: Th. Medizinski, stellvert. Vorsitzender, Waldemarstr. 56. NB. Mitglieder, von denen die Beiträge noch nicht abgeholt sind, wollen ihre Adresse und Buch-Nummer im Kassensaal, Krausenstr. 14, baldigst angeben. 2331b

Oscar Möllner

im 48. Lebensjahre. 2332b Berlin den 14. Dezember 1897. Die tiefbetäubten Hinterbliebenen. Die Beerdigung findet Freitag, den 17. Dezember, nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des Jerusalemer Kirchhofes, Bergmannstraße, statt.

Konzert-Sanssouci

Kottbuser Straße Nr. 1a. Dir. G. Vlerr. Kritischer Leiter Jos. Alschinger. Mit vollen Segeln. Lebensbild mit Musik in 3 Akten, von G. Schutz. Gr. Spezialitäten-Programm. Anfang des Konzerts: Wochent. 7 Uhr, Sonntags 5 Uhr. Anfang der Vorstellung: Wochent. 8 Uhr, Sonntags 6 Uhr. Entree: Wochentags 30 Pf. Sonntags 50 Pf. Wochent. Pässe-partouts gültig. Voranzeige. Sonntag, den 19. Dezember: Letzte Vorstellung vor Weihnachten. Freitag, den 31. Dezember: Grosser Sylvester-Familien-Ball.

Ausserordentliche General-Versammlung der Mitglieder der Allgemeinen Sterbefälle für Männer und Frauen in Berlin

(ehem. Sterbefälle der Maschinenbau Arbeiter etc.) Sonntag, den 19. Dezbr. 1897. vormittags 10 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstr. 27b (oberer Saal). Tages-Ordnung: 1. Befähigung der vom Vorstand gewählten Kassendirektoren, laut § 23 des Statuts. 2. Wahl eines Revisors. 3. Antrag des Vorstandes über einen Antrag zu § 10 des Statuts. 4. Antrag Geze u. Genossen auf Neuwahl des Verwaltungsvorstandes und der Revisoren. Das Sitzungsbuch resp. Quittung der Sterbefälle legitimirt. Der Vorstand: Th. Medizinski, stellvert. Vorsitzender, Waldemarstr. 56. NB. Mitglieder, von denen die Beiträge noch nicht abgeholt sind, wollen ihre Adresse und Buch-Nummer im Kassensaal, Krausenstr. 14, baldigst angeben. 2331b

Unterstützungs-Berein der Kupferindustrie Deutschlands.

Stiliste Berlin. Sonnabend, den 18. Dezember 1897, abends 9 Uhr, in Feind's Salon, Weinstraße 11: Versammlung. Der Vorstand. 101/12

Für 36 Mark

erzige feinen Winterpellet in Waag, für 36 M. F. Anfang nach Waag, für 8-12 M. F. Winterpellet nach Waag. Man überzeuge sich im Riesenhofflager. Krausenstr. 14, I. kein Laden. Hirschfleisch, 3/2, 25, 30, 40 Pf. Kente und Ruten 70 und 80 Pf. Hasen 3. — auch geschl. 3,50. Landschwein, Gänse 45, 50 Pf. Wild- und Geflügelzubereitungen A. Ritschl, Dresdenstr. 61.

Gründung 1867.

Ferdinand Neumann

Gründung 1867.

Berlin SW., Leipzigerstrasse 51, Ecke Dönhofsplatz.

Donnerstag, Freitag, Sonnabend Ausnahme-Preise.

Damen-Strümpfe, echtschwarz, mit warmem Futter, engl. Länge	33 Pf.	Kopftücher, reine Wolle, alle Farben	50 Pf.
Damen-Strümpfe, reine Wolle, engl. Länge, schottisch kariert	1,15 Mk.	Kopfschawls, „ „	90 Pf.
Damen-Strümpfe, gestrickt, schwarz	50, 65 und 85 Pf.	Damen-Handschuhe, Glacé mit warmem Futter, schwarz mit Polabesatz	1,45 Mk.
Herren-Socken, gestrickt, melirt	25, 35 und 60 Pf.	Pelz-Boa mit Kopf	90 Pf.
Zephir-Wolle, alle Farben, 1/2 Kilogramm	2,40 Mk.	Kinder-Kleidchen, gestrickt	70 Pf.
Castor-Wolle, „ „	2,40 Mk.	Kinder-Jäckchen, weiss, hellblau, roth	70 Pf.

Uhren-, Goldwaaren-Versand.

Rum.
Echt und echt Verschnitt. — 4 Liter: Flasche Mark 1,50, 2,10, 3,10, 4,50.
— 2 Liter: Flasche Mark 1,00, 1,50, 2,10, 3,10, 4,50.
— 1 Liter: Flasche Mark 0,50, 0,75, 1,00, 1,50, 2,10.
Fernsprecher Eugen Neumann & Co. Amt IV. 9676.

Die Uhrenfabrik Max Busse

Brunnenstr. 175, Invalidenstrasse

empfehlen (37361)*

- goldene Damenuhren . 20 Mk.
- mit Email 24 „
- goldene Herrenuhren . 36 „
- silberne mit Goldrand . 18 „
- Nickeluhren 6 „

Bessere Gehäuse und Werke entsprechend theurer.
Grosse Auswahl in Regulateuren, Standuhren, Hängenuhren (Freischwinger) und Weckern.

Unsinn

Es ist viel Geld für gute Ausgaben, man erhält auch zu billigen Preisen gute und elegante Sachen, zum Beispiel:

- Knaben-Hüte 1, — Mk.
- Herren-Hüte 1,50 „
- Kind-Hüte 4, — „
- Haar-Hüte 4,50 „
- Chapeau elegant, Plüsch-Hüte, Turnschuhe enorm billig im Einzelverkauf bei Arnold & Eggert, Gut-Engersdorfer, Waldemarstr. 44, pt. r.

Dr. Thompson's Seifenpulver

ist das beste 7/1*
und im Gebrauch billigste und bequemste
Waschmittel der Welt.

Künstl. Zähne 1,50 M. Blumen 1 M. Zahnziehen frei. Zahnärztliche Klinik, Plantenbühlstr. 43, I., Ecke Oranienstrasse. Spr. 8—10 und 1—3 Uhr.

Carl H. Klippstein & Co. Wabecol und Versand-Geschäft Mülhausen I. Thür. No.

Grünhilde, Hauskleiderstoffe; Roland Cheviot, Herren-Anzug u. Kleiderstoffe; unfesa unverwundliche u. schiffbare Spezialitäten sind, was vielfache Anerkennungen bewiesen, unerreicht.

Unfassendst große Collection von Damen- und Herrenstoffen, sowie Postieren steht auf Wunsch franco aus Verfügung.

Kur- und Bade-Anstalt

Spezialität: patent. Heilwasser (Kneipp'sche Bäder). Strenge Kuren nach ärztlicher Vorschrift bei Gicht, Rheumatismus, Gelenksleiden, Nerven-, Unterleibs-, Haut-, Gefäßleiden.

Dr. Hirschfeld, Sprechstunden: tägl. 6—8 ab., Sonntag, Montag, Donnerstag ab 11—12 vorm.

Restaurations

Adolf Abendroth, Badstr. 12, Ecke Groppiusstrasse. Vereinstimmer, 50—80 Personen fassend.

Knaben-Anzüge, Knaben-Paletots, Einzelne Hosen

für das Alter von 2 bis 18 Jahren, nur eigener Fabrik, empfiehlt in größter Auswahl zu den billigsten Preisen

Karl Hustädt, Berlin O., Koppenstr. 85 pt. 2 Minuten (37903)* v. Schieflichen Bahnhof

Jeder Herr überzeuge sich vorher, bevor er seinen Bedarf in Herren- und Knaben-Garderoben

bedenkt, von meiner Leistungsfähigkeit. Ich habe 200 Stück in verschiedenen besten Qualitäten Knaben- und Paletot-Stoffe an Lager und fertige unter Leitung des ersten Schneider hochelegante Hüte

Salon-Anzüge in diversen Stoffarten nach Maß 2mal Anprobe, 20, —, 25, —, 30, — M.

Herren-Paletot nach Maß, 2mal Anpr., 20, —, 25, —, 30, — M.

Ein Versuch führt zu dauernder Kundenschaft, da jeder Kunde viel Geld spart.

Die vorhandenen fertigen Kleidungsstücke, als: Herren-Anzüge, Paletots, Foppen, Kinder-Anzüge verkaufe wegen Abgangs zu herabgesetzten Preisen.

Ehren-Hosen schwere Winter-Duck-Hosen, jed. Paar 3 M. Lieferant des Konsumvereins Nord-Ost.

A. Priester Gelegenheitsläufe i. Herren- und Knaben-Bekleidung. Gr. Frankfurterstr. 40.

Für 10 Mark

liefern Stoff zu einem H. Herren-Winterpaletot, für 5 M. liefern Stoff zu einem kompletten Herrenanzug, für 8—10 M. liefern 12 M. guten Sammetrocken oder Gehrock. Diese zu Knabenanzügen sehr groß 2—3 M.

Man überzeuge sich im Riesenhoflager Kranzenstr. 14, I., kein Laden.

Wibbel Theilzahlung. J. Kellermann, Jakobstr. 26.

Dr. Ringelmann

Spezialarzt für 35039* Haut-, Harn- und Unterleibsliden. Friedrichstr. 160, zw. Linden u. Behrenstr. 11—2, 5—7.

Maler!

Können nicht entscheiden das (soeben erhaltene) Werk: „Moderne dekorative Malereien in englischem Stil“ entworfen von C. Behrend, Lehrer an der I. Handwerker-Schule zu Berlin. 20 Tafeln in Folio für nur 18 M. Jedes Blatt ist gleich verwendbar, praktisch und der neuen Geschmacksrichtung entsprechend.

Preis vorräthig in der Fr. Senseshauser'schen Buchhandlung (C. von Rütli & R. Hahl) Berlin O., Alexanderstr. 37a. Zahlung nach Vereinbarung, gegen baar der übliche Rabatt!

Möbel

in jedem Stil und jeder Holzart äußerst billig, auch auf Theilzahlung. Gr. Lager gedruckter und verleiher gewählter Möbel

Oranienstr. 73.

Vorrath 350 elegante Kostüm-Röcke
Seidene Kostüm-Röcke
aus reiner Seide M. 21—24, 27—30 bis 60.
Velour-Moiré Kostüm-Röcke M. 33—36, 39—45 bis 90.
Kostüm-Röcke aus reinwollenen, dekorierten Stoffen, ganz gefüttert. M. 7,50, 9, —, 10,50, 12, —, 15, — bis 30, —.
Kostüm-Röcke aus farbigen und Fantasiestoffen M. 9, —, 10,50, 13,50, 16,50 bis 31, —.
Auch Aufbringung nach Maß. Für guten Sitz wird garantiert.
Fabrik: M. Adler, Brüderstr. 4. Verkauf: 1 Treppe.

Möbel

verleihen geordnet und neue, passend billig. Theilzahlung gestattet. Beantw. ohne Anzahlung. 29172*

Neue Königstr. 59
u. Gneisenaustr. 15.

Kleinstaubers

berühmte Patent-Röcke pfeifen haben die unerreicht dastehende Vorzüge: kein abschmeidendes Kurachen! Von ersten Anbeginn tabelloser Weidmader! — Nikotinreines Rauchen! — Pfeife wie Abbildung 29, Markt postfrei. Näherste Preisliste unlos.

Kleinstaubers's Pfeifenfabrik, Berlin S., Brandenburgerstr. 58.

Für Vereine

billigste Bezugsquelle zu Weihnachtsbescherungen. E. Loewicke, Weidenerstr. 18, 23305

Cigarrenspitzen Blumen.

Lachmann, Potsdamerstr. 97, vis-à-vis der Gollnowbrücke.

Billig! Reiterz. Anzüge. Billig! Rädchenleder, Knaben-Anzüge und Paletots sehr preiswerth.

O. Hoffmann, Beteranenstr. 14.

50 pft.

unt. Bodenpreis tauf man Uhren, Goldschmuck, Brillanten etc. im Verkaufshaus H. Graf, Beuthstr. 5 I. •

Bei Berl. in Kopenstr. 14, d. W., ein Herrenhut abhanden gekommen. Abzug. Kantstr. 160, Pledtsch.

Das Restaurant Steglitz, Schloss-Str. 74

vermischen wir sofort unter sehr günstigen Bedingungen. Böhmisches Brauhaus, Berlin, Landsberger Allee II—13. Feuerstein's Festsäle Alte Jakobstrasse 75. Jnh. Martin Herzberg. Grosse und kleine Säle zu Versammlungen unentgeltlich, sowie zu Sommer- u. Winterfestlichkeiten b. koulanten Bedingungen.

Bereinstimmer

Nach mehreren Tage frei. „Vorwärts“ liegt aus. Restaurant, Kottbuserstr. 7. 20175

Bereinstimmer in Piano ist zu vers. Doufflen-Allee 52. •

Weber. B. Nieß's Weber. Str. 17 Festsäle Str. 17. Sonnabend 1. Jan. 1898 frei geworden.

Künstliche Zähne

H. Steffens, Kolonnenstr. 61, 2 Tr. * Theilzahlung pr. Woche 1 M.

Dr. Simmel Moritzplatz, Haus v. Krichinger Spezialarzt f. Haut u. Halsleiden. 10—2, 5—7. Sonntag 10—12, 2—4.

Meyer's Lexikon

Brockhaus, Brockhaus's Lexikon und andere Werke fast Mannemann's Buchhdlg., Berlin, Friedrichstr. 208.

Goldabfälle

Gold, Silber, Redgold, Treffer, Platin kauft die Scheide-Anst. Zimmerstr. 32.

Christbaum-Konfekt, reizende Neuheiten, nur geistigere Waare, 1 Kiste, fortirt, Inhalt circa 420 Stk., 2 M. 50 Pf.; 1 Kiste, fortirt, Inhalt circa 270 große Stk. 3 M. Berlin, Siegfried Bros., Gollnowstr. 10a. 10110*

Betten

Stoppdecken, Gardin, Wäpche, postbill. Reanderstr. 6, Pfandl. Preisreize 5 Pf. • Zigaren im Zigarenladen Mariannenstr. 11.

Cylinder-Bureau, Plüschgarnit, gebt. Garberoden, groß, 24 M., Teppich, Ruchelhp., 30 M., Schlafsofa, 18 M. Gr. Hamburgerstr. 37, I.

Kinderwagen, sehr gut erb., bill. zu verk. Nicolais, Kottbuser Ufer 60.

Freundl. Schlafst. b. W. Bremer f. Herrn zu verm. Kottbuserstr. 11, I.

Arbeitsmarkt.

Lehrkräften zur Damenschneiderei Reuzjahr gewünscht. 23376

Wokan, Sommerstr. 2.

Tücht. Vergolderin verlangt O. Bergemann, Weinbergstr. 54. 23345

Tüchtige Mechaniker, Kurzweilmaschinen, verk. Stein, Blumenstr. 24